

Zeitschrift: Das Konzept : die Monatszeitung
Herausgeber: Verband der Schweizerischen Studentenschaften VSS
Band: 10 (1981)
Heft: 4

Heft

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 02.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

das Konzept

DER KAKTUS IM BLATTER WILD!

DIE MONATSZEITUNG

Hungerstreik BRD **MENSCHENVERACHTUNG**

Seite 4

Frauen
im Parlament**Keine Spur von Weiberherrschaft** Seite 5

Knüppelschlag

Ein Stück Schädel im Bauch Seite 6

Bewegung

Frühlingserwachen in der Grossstadt Seite 7

Polen

DIE PARTEI IM SANDWICH Seite 9

Nidwalden

DIE SP INS BOCKSHORN GEJAGT? Seite 11

Berufsverbot

DIE STANDESSCHELLE Seite 14

Wohnungsnot in Schweizer Städten so schlimm wie noch nie

Kampf um Rattenlöcher

Von Nicolas Lindt

Es gibt in der reichen Schweiz eine wachsende Zahl von Leuten, die «unter jedem Hund» leben: in Abbruchwohnungen, die eigentlich unbewohnbar sind. Aber Obdachlose nehmen alles, wie der Fall der Zürcher Marmorgasse 8 zeigt. In Zürich ist die Wohnungsnot am schlimmsten, doch auch in anderen Städten ist es nicht viel besser: Auch in Luzern (siehe Seite 2) haben Jugendliche eine SKA-Liegenschaft besetzt.

«Nun haben aber die zahlreichen Renovationen von Altbauwohnungen, welche derzeit geplant sind, auf Ende März eine grössere Kündigungswelle ausgelöst. Als Folge davon ist heute ein spürbarer Mangel an günstigem Wohnraum festzustellen. Zu befürchten ist, dass im April verschiedene Mieter obdachlos werden.»

Der Stadtrat von Zürich bestätigte damit offiziell, was wir schon lange wissen: In Zürich herrscht Wohnungsnot. Und Ende März stand eine massive Kündigungswelle bevor, so massiv wie noch

seit des «Tagblattes» ein stadträtlicher «Aufruf an die Hauseigentümer und Hausverwaltungen» mit der Bitte, leerstehende Wohnungen dem Büro für Notwohnungen mietweise zu überlassen. «Die termingerechte Rückgabe des Wohnobjekts und die Mietminderungen werden zugesichert. Helfen Sie mit, Obdachlosigkeit zu vermeiden. Sie können durch Ihre Bereitschaft einen sinnvollen Beitrag zum sozialen Frieden in unserer Stadt leisten.»

Eine Alibiübung und ihre Folgen

Stadtrat Max Koller soll erklärt haben: «Jeder Hausbesitzer muss jetzt selber entscheiden, ob er in einem leerstehenden Haus lieber das Büro für Notwohnungen oder Hausbesitzer hat.» Weder noch, sagten sich die meisten Hauseigentümer. Sie waren jedenfalls nicht bereit, den Stadtrat bei seiner Alibiübung zu unterstützen. Das Büro für Notwohnungen erhielt nur wenige Angebote – offenbar so wenige, dass es der Presse keine näheren Angaben machen wollte.

Ein Schlag ins Wasser? – Im Gegenteil, wir alle sind sehr erfreut über das stadträtliche Eingeständnis der Wohnungsnot – auch wenn es uns keine Wohnungen beschert. Aber es ist eine zusätzliche Ermunterung, die Stadt mit immer neuen Rattenlöcherge suchen zu bestimmen und andernfalls die Löcher zu besetzen. «Muss der Stadtrat diesen Leuten auch noch Argumente für ihr illegales Tun liefern?» fragte besorgt die «Neue Zürcher Zeitung». «Greift die in den vergangenen Monaten feststellbare Verwirrung um Recht und Unrecht weiter um sich?»

Vier Hausbesetzungen und drei weitere Mieteraktionen, ausserdem mehrere Brandsanschläge auf Baustellen – soweit die vorläufige Bilanz der Aktionen seit Ende März. Allerdings hat die Angst vor



Den Ausländerbestand aufblähen – nein!

Fotomontage: Walter Erb



Auch die Zürcher Hornbachstrasse 62...

nie. Schon Wochen davor trafen sich die Betroffenen, um gemeinsame Aktionen gegen die Kündigungen zu besprechen. Eine «Aktion gegen die Wohnungsnot» wurde gegründet, die als erstes eine Liste von rund 40 leerstehenden Häusern zusammenstellte. An den Vollversammlungen der Zürcher Bewegung wurde weniger über das AJZ als vielmehr über Hausbesetzungen und Auszugsboykotte diskutiert. Der «soziale Frieden» in dieser Stadt – seit dem letzten Sommer ohnehin im Eimer – schien erneut gefährdet. Der Stadtrat musste irgend etwas tun. Am 25. und 26. März erschien auf der Titel-

Kriminalisierung viele Obdachlose davor abgehalten, ein Haus zu besetzen oder einen Auszugsboykott durchzuführen. Eine berechtigte Angst, denn in den meisten Fällen ist bisher schon nach wenigen Stunden die Polizei eingefahren und hat auch Leute verhaftet.

Der Stadtrat habe «das Gespenst der Obdachlosigkeit an die Wand gemalt», schreibt die «NZZ» spöttisch. Doch in diesem Fall handelt es sich um ein Gespenst, das nicht nur in den Alpträumen der Hausbesitzer erscheint, sondern im realen Alltag dieser Stadt sein Unwesen treibt; denn es gibt tatsächlich Leute, die seit dem 1. April obdachlos sind. Die Stadt hat nur in wenigen Fällen geholfen. Und wie diese «Hilfe» konkret aussieht, sei hier am Beispiel der Marmorgasse 8 gezeigt.

nicht passt. – Er wusste, dass er damit recht hatte.

Die jungen Ratten an der Marmorgasse 8 wollten ihre Löcher für den Winter möglichst wohnlich einrichten und investierten viele Stunden Arbeit und viel «Stutz». Glogg selber übernahm nur einen Teil der Kosten. Aber kaum war der arge Winter in Zürich überstanden, erhielten die Marmorgässler auf Ende März die definitive Kündigung. Eine Fristenstreckung lehnte das Mietergremium ab. Darauf gingen die Mieter alle zusammen zur städtischen Liegenschaftsverwaltung und setzten durch, dass sie mit dem Chef persönlich reden konnten. Wir nehmen alles, sogar eine leerstehende Turnhalle, sagten sie ihm, wir haben keine Ansprüche und können die nötigen Installationen selber machen. Das war zwei Wochen vor dem 1. April. Ein paar Tage später bot die Liegenschaftsverwaltung eine «provisorische» Lösung an: eine städtische 5-Zimmer-Wohnung. Für 17 Leute fünf Zimmer? – Die Bürokraten zogen ihr Angebot bereits am nächsten Tag selber wieder zurück und versprachen, etwas Grösseres zu suchen. Aber dann hörten die Marmorgässler von der Stadt nichts mehr. Und Hausbesitzer Glogg liess nicht mit sich reden: Keinen Tag länger bleibt ihr drin.

31. März. Die verbliebenen 14 Mieter veranstalteten eine Pressekonferenz und verkündeten einen Auszugsboykott. Am frühen Morgen des 1. April verbarrikadierten sie das Haus, verliessen es klammheimlich mit dem Möbeln, hängten Transparente an die Fenster, liessen das Licht brennen und den Radio laufen: Marmorgasse 8 besetzt. ... Gegen Mittag versammelten sich mehrere Dutzend Leute vor dem besetzten Haus. Verwirrung bei der Polizei, beim Hausbesitzer und bei der Presse? Die Mieter selber sind offenbar ausgezogen, also muss das Haus von anderen Leuten besetzt worden sein?! Der Polizeisprecher: «Wir wollen noch abwarten, ob sich die Besetzer von selber verzichten, andernfalls müssen wir räumen.»

Die Aktion war erfolgreich, aber für die ehemaligen Mieter der Marmorgasse 8 stellte sich jetzt vor allem eine Frage: Wohin? – Am Mittag kam völlig unerwartet ein Angebot der Liegenschaftsverwaltung: Zwei kleine Häuser in Zürcher Aussenquartieren, in Höngg und Seebach. Je 7 Zimmer – für insgesamt 14 Leute, macht pro Person ein Zimmer. In Höngg ist es ein ehemaliges Bauernhaus, das seit über 10 Jahren leer stand. Alle Leitungen sind verrostet, der Boiler funktioniert nicht mehr, und die Fensterscheiben sind kaputt, aber sonst ist es schön, so am Rand der Stadt. Nur eben: Schon im Herbst werden die Wohnungen in Büros für das Tiefbaum umgewandelt. In sechs Monaten, wenn der nächste Winter naht, stehen die Marmorgasse-Leute schon wieder auf der Strasse. Auch jene, die in Seebach wohnen, müssen vielleicht im Herbst schon wieder ausziehen.

«Aber wir akzeptierten die beiden Angebote, weil wir nichts anderes hatten», sagte eine der Frauen von der Marmorgasse.

Fortsetzung auf Seite 2

«die wochezeitung» ab oktober

Im september erscheint die 100. nummer der monatszeitung «das konzept». danach will das heutige zeitungsteam zusammen mit einem halben dutzend erfahrenen zeitungsmachern w o c h e n t l i c h gesamtschweizerisch orientierte, politische engagierte informationen und analysen anbieten.

ab oktober 81 wird «die wochezeitung» im einzelverkauf (fr. 2.-) und im abonnement (fr. 80.- pro jahr) erhältlich sein. ziel: 50mal im jahr mindestens 14 seiten aktuelle und gründliche gegeninformation. startauflage 20'000. die macher, welche sich vor kurzen zur herausgeber-genossenschaft «infoLink» zusammengeschlossen haben, rechnen mit 6000 abonnenten und 5500 einzelverkäufen durch kiosk und strassenverkauf.

das fuer den start erforderliche eigenkapital ist vorhanden, das fremdkapital – 1 million franken – soll bis zum stichtag 1. juli mittels 2-prozent-anleihen zusammengetragen werden, dann werden auch die diskussionen um inhalt und gestaltung der «wochezeitung» in einer probenummer ein erstes greifbares resultat zeitigen.

zuerich, den 2. april 1981

mit freundlichen gruessen

☎ 52141 sdaz ch
572102 txkb ch

«die wochezeitung» (woz).

Diese Telex-Meldung wurde am 2. April 81 von der Schweiz. Depesch-Agentur den Redaktionen von Presse, Radio und Fernsehen übermittelt. Wie es dazu kam, lesen Sie auf Seite 2.

INSERAT

EUROTRAIN

**Fahren im Zug.
Sparen im Zug.**

- bis zu 50%
- bis 26 Jahre
- 280 Destinationen in 23 Ländern

Verlang den Sonderprospekt mit allen Preisen! Tel. 01/242 30 00

SSR-Reisen
Postfach, 8023 Zürich

Kampf um Rattenlöcher

Fortsetzung von Seite 1

Gasse. Diese Frau ist es schon seit mehreren Jahren gewohnt, von Loch zu Loch zu zügeln. «Ich hatte bisher nie ein eigenes Zimmer für mich. Bevor ich an die Marmorgasse kam, wohnten wir zu zweit in einer Mansarde und dann sogar in einem Büroraum, weil wir nichts anderes fanden. An der Marmorgasse waren wir zu viert in zwei Zimmern. Ich habe mich auch daran gewöhnt, nur kaltes Wasser zu haben und ohne Dusche auszukommen...»

Die neuen 3-Zimmer-Wohnungen an der Marmorgasse 8 werden etwas 1000 Franken kosten. «Glogg erklärte uns: Wenn ihr regelmässig arbeiten würdet, könntet ihr euch auch diese neuen Wohnungen leisten. Darauf sagte ein italienischer Arbeiter, der danebenstand, zu ihm: Er arbeite regelmässig und verdiene 2300 Franken, aber mit seiner Frau und dem Kind könne er sich keine 3-Zimmer-Wohnung für tausend Franken leisten.»

Der Kampf um die Rattenlöcher in Zürich wird also weitergehen. Weil Wohnungen zu teuer sind. Und weil Rattenlöcher viel gemütlicher sind. Wenn wir nur drin bleiben könnten...

Wie die Stadt «hilft»

«Gehört ihr zur Bewegung?», fragte der Beamte der städtischen Liegenschaftsverwaltung die Leute von der Marmorgasse. Die Behörden wollen sich potentiell Hausbesitzer und andere Chaoten vom Hals halten. Wie schon eine andere WG mussten auch die Ex-Marmorgässer einen Mietvertrag unterschreiben, der ihnen ausdrücklich die «Beteiligung an unbewilligten Demonstrationen» untersagt. «Wir haben das Recht, uns abzuschirmen», erklärte dazu Herr Würstchen von der Liegenschaftsverwaltung. «Steine werfen gegen den Staat und nachher städtische Hilfe erwarten, das geht nicht.»

Luzern: SKA plant

Sozialwohnungen im Bankneubau

Von Toni Matter

In Luzern geschieht Ungewöhnliches: Der Stadtrat hat die Schweizerische Kreditanstalt, die im Stadzentrum einen Bankneubau errichtet, verpflichtet, die Hälfte des geplanten Wohnraums als Sozialwohnungen zu vermieten. Mitte März hatten Jugendliche einen Teil der SKA-Abbruchliegenschaft für zwei Wochen besetzt gehalten.

Seit der «Einhorn»-Besetzung wird in Luzern über die Wohnsituation diskutiert. In der Stadt werden dieses Jahr 120 Altwohnungen abgebrochen – das sind doppelt so

ganze 12 Wohnungen vorgesehen. Sechs davon muss die Bank jetzt zu verbilligten – das heisst realistischen – Mietzinsen vermieten.

Erschwerend kommt für die Bank hinzu, dass diese Sozialwohnungen nicht wie sonst üblich vom Bund subventioniert werden können. Dafür übersteigen die Bodenpreise von mehreren tausend Franken pro Quadratmeter Stadtboden die vom bürgerlichen Gesetz als «sozial» festgelegten Grenzen. Sie sind also eigentlich unsocial, aber dies nur nebenbei. Doch auch das Fehlen von Subventionen wird die SKA nicht vom Stuhl (oder von der Bank) werfen.



viel, wie in den vorausgegangenen Jahren üblich. Die Wohnsituation verschärft sich, billiger Wohnraum wird rar.

Das Hotel «Einhorn» wurde Ende März von den Jugendlichen wieder geräumt. Nicht ganz freiwillig. Zwar kam es in Luzern nicht zu einem Polizeieinsatz, doch hatten jugendliche Teddies und bürgerwehnhäufige Verbände den Besetzern den Garaus gemacht.

Mit dem Ende der Besetzung erhielt die SKA auch die lange erwartete Abbruchbewilligung. Eine Abbruchbewilligung spezieller Art: Erstmals verlangte der Stadtrat – gestützt auf ein Gesetz über die Erhaltung von Wohnraum –, dass ein Bauherr in der Innenstadt die Hälfte des geplanten Wohnraums als Sozialwohnungen vermietet.

Der Vorgang ist einmalig und geht für die Bank – so ein städtischer Beamter – «an die Grenze des Zumutbaren». Doch so schlimm wird's nicht: Im 50-Millionen-Neubau sind

Auch ist wenig wahrscheinlich, dass die geplante Bank die ihr zustehenden rechtstaatlichen Beschwerdemittel ergreifen wird. Sie könnte zwar gegen die in der Abbruchbewilligung vorgeschriebene Verpflichtung zum fünfzigprozentigen sozialen Wohnungsbau beim Regierungsrat rekurrieren. Doch das gibt zeitliche Verzögerungen. Und Zeit kostet auch bei Banken Geld. Ein Rekurs gegen den sozialen Wohnungsbau der SKA in Luzern würde die psychologische Bankfassade – oder was sie davon noch hat – ganz kaputt machen.

Auf dringenden Wunsch der SKA-Filiale in Luzern sei hier noch die Telefonnummer aufgeführt, bei der sich Wohnungsmenschen, Punker und sonstige Erdenbürger, die gerne mal in einer Grossbank sozial wohnen möchten, um eine der sechs SKA-Sozialwohnungen bewerben können: (041) 50 11 55. Viel Glück.

Die Fettnäpfchen des Monats

Der «Limmattaler» war's

Der Sex-Verwalter von Neerach, Spot in «dk» Nr. 3/81

Der Urdorfer Lehrer Fredi Bruppacher wurde nicht, wie behauptet, in der «Limmat-Zeitung» von den Gegnern des Sexualunterrichts in Urdorf verhetzt; sondern im «Limmattaler». Die «Limmat-Zeitung» hat sich eindeutig hinter die Urdorfer Lehrerschaft und Schulpflege gestellt.

Unverwechselbar Schaffhausen!

Kopfteile zum Artikel «Le Provinzial» in «dk» Nr. 3/81

Dass der US-Aussenminister immer noch die Kontinente verwechselt und der CH-Zuständige für Auswärtiges, Aubert, Inner- mit Ausser- rhoden, gibt uns noch lange nicht das Recht, über einen Beitrag zur alternativen Schaffhauser Politik, ein St.-Galler Wappen zu steilen. Gerade ein linksaufgeschlossenes Blatt sollte nicht alles östlich von Zürich in einen Topf werfen.

Übrigens: Der nicht länger ungenannt sein wollende Autor des Lennon-Beitrags in der Märznummer ist Ueli Balsiger, der auch über Polo Hofer geschrieben hat («dk» 4/80).



Dietrich Kittner, hauptberuflich Kabarettist, übt sich neuerdings in Feldforschung. An 20 Kiosken zwischen Kiel und Regensburg verlangte Kittner: «Das Lügenblatt bitte!». In allen Fällen erhielt er kommentarlos und erwartungsgemäss die «Bild-Zeitung».

Beim amerikanischen Atompersonal herrscht neuerdings ein grosser Mangel. Wie die US-Atombehörde (NRC) mittelt, haben letztes Jahr 30 Prozent der Reaktoroperatoren ihr Examen nicht bestanden. Die Behörde führt dies u. a. auf die Erhöhung der Prüfungsanforderungen zurück, die nach dem Reaktorunfall von Harrisburg eingeführt wurden. Vorher lag die Versagerquote lediglich bei 5 Prozent.

Die amerikanischen Eisenbahngesellschaften weigern sich, nuklearen Brennstoff und Atom-müll zu transportieren. Nun hat jedoch der Oberste Gerichtshof der USA entschieden, dass die Eisenbahngesellschaften den Transport von Kernmaterial nicht übelnehmen dürfen. Darüber hinaus legte der Gerichtshof fest, dass die «heisse» Ware auch noch als «common carriers», das heisst als normales Frachtgut, zu transportieren sei.

Die Beteiligten nehmen Stellung zur «WochenZeitung»:

Verschwindet «das konzept»?

Im Herbst steigen die jetzigen «konzept»-Macher aus und lancieren zusammen mit anderen Leuten die «Wochen-Zeitung» («WoZ»). Um zu erklären, wie es dazu kam und was das für die Studentenschaften bedeutet, blenden wir kurz zurück:

«das konzept» («dk») wurde 1972 gegründet, als Herausgeber fungierten der VSS, die alte SUZ (Zwangskörperschaft an der Uni Zürich) und der VSETH. Ziel war die Schaffung eines gemeinsamen studentischen Sprachrohrs für die ganze Deutschschweiz. Aber 1968 ging endgültig vorbei, und vorbei war es auch mit der grossen Bildungseuphorie. Reformen wurden verwässert, dann schubladisiert, und schliesslich folgte der Gegenangriff. Ein solcher Gegenangriff traf die alte SUZ (Studentenschaft der Universität Zürich).

Wegdriften?

Der Verlust der SUZ brachte viel Tohuwabohu: An der Uni Zürich ging die Linke daran, den VSU aufzubauen, und der VSS (Verband Schweizerischer Studentenschaften) begann ob des nun spärlicher fliessenden Geldes zu kämpfen (die Basler Zwangskörperschaft wurde ebenfalls abgesagt). Der VSETH hatte seine eigenen Probleme. Als aus dem «zürcher student», der bis anhin einmal im Monat zusammen mit dem «konzept» herausgekommen war, eine Wochenzeitung wurde, ging das Bewusstsein, dass «das konzept» einmal eine studentische Zeitung war, endgültig verloren. Die Kassiere der Verbände überwiegen zwar weiterhin Beiträge, aber sonst hatten sich die Studenten daran gewöhnt, dass «das konzept» einfach da war.

Das Wegdriften von den Studentenschaften spiegelt sich im Inhalt wider: Die Verbandsnachrichten machten – wenn überhaupt – eine Seite aus, die irgendwie nicht so zum Rest der Zeitung passen wollte, die Bildungspolitik ging mehr oder weniger unter. «das konzept» war zu einer kritischen linken Monatszeitung mit allgemeinem Inhalt geworden.

... wie es kommen musste

Aufgeschreckt durch Andeutungen und Gerüchte, die «konzept»-Redaktion wollte ihre De-facto-Unabhängigkeit auch auf dem Papier durchsetzen, begann es in den Studentenköpfen wieder zu rumoren. Erste wilde Debatten fanden statt. Dann kam der Sommer 80. Ein erster Vertragsentwurf, der für die «konzept»-Macher weitgehende Unabhängigkeit vorsah, wurde von den Studentenschaften abgelehnt. «das konzept» sollte den Studentenschaften nicht verloren gehen. Die «konzept»-Macher dürsteten immer noch nach Unabhängigkeit, sie und andere Medienleute fühlten sich durch die Entwicklung herausgefordert, das «WoZ»-Projekt entstand. Jetzt haben die Studentenschaften «das konzept» wieder ganz für sich allein – was nun?

Eckwerte

Die Studentenschaften haben bis jetzt jährlich etwa 26 000 Franken ans «konzept» bezahlt. Mit diesem Betrag können wir rechnen. Auf der inhaltlichen Ebene ist es wohl die Pflicht der Studentenschaften, der Bildungspolitik wieder vermehrt Beachtung zu schenken. Dies könnte aber auf ganz verschiedene Arten passieren:

● **Lokal:** Das Geld wird in die lokalen Blätter gesteckt, die gesamtschweizerischen Belange werden durch den VSS wahrgenommen, der die lokalen Blätter mit Communiqués, Artikeln etc. beliefert. Oder: «das konzept» erscheint in Zürich als Beilage zum «zürcher student», die anderen Hochschulen werden nur mit dem «konzept» beliefert. Oder: «das konzept» wird nationales Mantelblatt, die lokalen Blätter werden darin integriert – oder andersrum: eine nationale Beilage «das konzept» wird den örtlichen Studentenzeitungen (also auch dem «berner student», dem «kolibri», dem «Spectrum») beigelegt. Die beiden letzten Untervarianten würden eine Einigung auf Satz- und Druckverfahren voraussetzen, ebenso müsste die Erscheinungsweise koordiniert werden.

● **Tandem:** Die Studentenschaften machen mit der «WoZ» einen Deal: Sie produzieren auf eigene Kosten und in eigener Verantwortung einmal pro Monat während des Semesters ein «konzept». Es wird der «WoZ» beigelegt, diese erscheint einmal im Monat als Grossauflage und wird an den Hochschulen aufgelegt. Das ergibt einerseits einen Public-Relations-Effekt für die «WoZ», andererseits können die Studentenschaften die «WoZ» als Transmissionsriemen für ihre Anliegen gebrauchen, indem die

Beilage «das konzept» mit der «WoZ» auch in ausseruniversitäre Kreise gelangt. Der Vorteil dieser Variante besteht darin, dass die Erbmasse vom alten «konzept» (Abo-Karte, Ansprüche der Abonnenten, die «dk» für das ganze Jahr bezahlt haben, aber nur bis im September erhalten) einermassen reibungslos aufgeteilt werden könnte. Dieses Hucklepuckverfahren hat den Charakter einer gegenseitigen Geburtshilfe, mittelfristiges Ziel ist die totale Entflechtung der beiden Zeitungen, «das konzept» sollte so etwas wie eine (aus)bildungspolitische Monatszeitung werden. Diese Variante könnte im Herbst gestartet werden.

● **Alleinige Weiterführung:** würde bedeuten, dass «das konzept» breiter abgestützt werden müsste (alle Studentenschaften plus eventuell weitere Partner), um die Kräfte zu sammeln und zu konzentrieren. Diese alleinige Weiterführung würde sicher einige Vorbereitungszeit bedingen (finanzielle, personelle, inhaltliche Abklärungen). Frühestmögliche Starttermin wäre Anfang 82. Diese maximale Variante muss – im Sinne einer Rückbesinnung auf eventuell noch vorhandenen studentischen «Power» – mitberücksichtigt werden, auch wenn diese Fragen noch ungeklärt sind.

Was läuft konkret?

Es scheint Einigkeit darüber zu herrschen, dass die Präsenz an den Hochschulen mit einer eigenen Zeitung auf keinen Fall aufgegeben werden darf. Über die einzelnen Varianten finden zurzeit innerhalb der Vertreter der verschiedenen Verbände (VSS resp. dessen einzelnen Sektionen, VSETH, VSU) hitzige Debatten statt. Alle Studierenden und vor allem die Studentenparlamentarier sind aufgefordert, sich Gedanken über die weitere Entwicklung unseres Studentenorgans zu machen.

Martin Mani, Delegierter im Herausgeberverein «das konzept»

Warum die «WochenZeitung» kommt

In der schweizerischen Presse fehlt die kritische, engagierte Gegeninformation. Optimisten sind der Meinung, dass «das konzept» bisheriger Machart eine solche Aufgabe erfüllt. Wir «konzept»-Macher und -Macherinnen jedoch wollen mehr: wir möchten raus aus dem schleppenden Monatsrhythmus, raus aus der Enge finanzieller Beschränkungen (sowohl bei den Produktionsbedingungen wie auch beim nichtexistenzdeckenden Lohn), raus aus der redaktionellen Kleinstgruppe von bloss 4 Leuten – wir wollen die «WochenZeitung» wagen (siehe Kasten auf Seite 1). Der Mut zum unternehmerischen Risiko ist nicht von selbst gekommen, die äusseren Umstände haben uns ermuntert. Einige davon sind besonders wichtig:

- Die Zahl der «konzept»-Abonnenten hat sich in den letzten anderthalb Jahren auf etwa 5000 verdoppelt.
- Bis zum Oktober 1980 haben wir am Kiosk durchschnittlich 200 Exemplare pro Monat verkauft, seither durchschnittlich 2000.
- Die «Bewegung» hat auch bei uns alles Eis abgeschmolzen, der «Eisbrecher» ver-

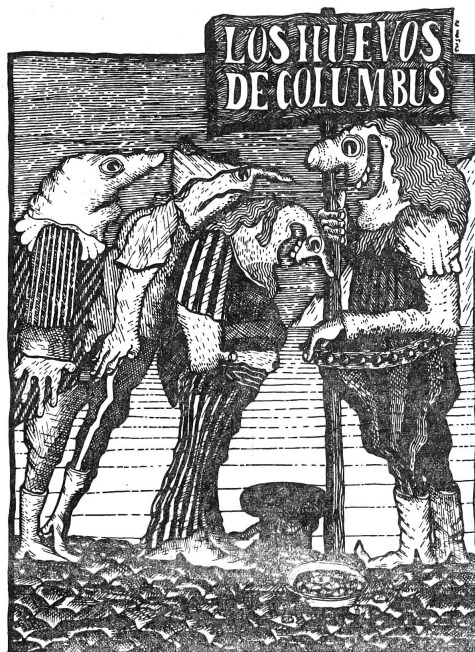
suchte es als Wochenzeitung und verkaufte 20 000 Exemplare... Viele Leute fragten uns: «Warum versucht ihr es nicht, wir wären dabei!» Im Januar 1981 haben wir beschlossen, wir versuchen es mit der «WochenZeitung». Die Redaktion



PS. Jedoch: die Verbundenheit der bisherigen «konzept»-Macher und -Macherinnen mit der in langen Jahren aufgebauten Zeitung lässt sich nicht einfach abstreifen wie eine Schlangenhaut. Deshalb ist die «WochenZeitung» an einer möglichen Zusammenarbeit interessiert und bereit, die Zukunftsvariante «Tandem» (siehe Beitrag der «konzept»-Herausgeber) zu unterstützen.

Mehr über Inhalt und Finanzierung der «WochenZeitung» in der nächsten Ausgabe von «das konzept».

Oster-Schweiner-Eier



Zeichnung: Eugen Bisig

Optik Iselin

Rämistrasse 39, 8001 Zürich
Telefon 01 69 44 41

das konzept
DIE POLITIKZEITUNG

Redaktion: Marianne Fehr, Georg Hodel, Nicolas Lindt, Liselotte Suter
Redaktion und Administration: Weinbergstrasse 31, CH-8006 Zürich, Schweiz. Telefon 01 (01) 47 75 30, PC-Konto 80-37626.

Redaktionsstelle Bern: Postfach 1351, CH-3001 Bern.

Redaktionsstelle Basel: D. Wiener, Postfach, CH-4001 Basel.

Nachdruck nach vorheriger Absprache mit der Redaktion und mit Quellenangabe gestattet. Für unverlangt zugesandte Unterlagen kann keine Verantwortung übernommen werden.

Herausgeber: Verein «das konzept» (Mitglieder: Verband der Schweizerischen Studentenschaften, Verband der Studierenden an der ETHZ, Verband Studierenden an der Uni Zürich).

Erscheinungsweise: Monatlich an allen Hochschulen, Techniken, Lehrerseminaren, Musikonservatorien, Höheren Wirtschafts- und Verwaltungsschulen und Schulen für Sozialarbeit der deutschen Schweiz sowie am Kiosk. Auflage 32 000.

Abonnement: pro Jahr 22 Fr. (Aussl. 30 Fr.), PC-Konto 80-37626

Inserat: Inseratenverwaltung «das konzept», Weinbergstrasse 31, CH-8006 Zürich.
Tel. 01 (01) 47 75 30, PC-Konto 80-36/61
1-sp-nm-Zeile (27 mm) ~72 Fr. Gültiger Tarif Nr. 82

Druck und Versand: Tages-Anzeiger, Zürich

Redaktionschluss: Nr. 5/81: 27. 4. 81
Inseratenschluss: Nr. 5/81: 30. 4. 81

EVANGELISCHE HOCHSCHULGEMEINDE ZÜRICH

Ich habe die Hunde des Himmels
abgeschüttelt.
Jetzt fehlen sie mir
zuweilen.

Setz' wieder ein paar
auf meine Spur,
aber bitte nur
kleine magere Hunde,
am Horizont,
nicht näher.

Johannes Hofmann-Hereros

AUSSETZEN

wollen wir uns,
dem, was unser Leben nach seinem Sinn befragt,
dem, was ihm den Sinn zu rauben droht,
dem, woraus ihm Sinn zukommen könnte.
Wir wollen Fragen offenhalten,
die Raum geben
für Phantasie,
für einander,
vielleicht ... für Gott.

WO MAN UNS FINDET

Haus am Lindtor, Hirschengraben 7
8001 Zürich, T 251 87 55

MITARBEITERTEAM

- Käthi La Roche, Pfarrerin, Auf der Mauer 6, 8001 Zürich, Tel. 69 37 34
- Kurt Straub, Sozialarbeiter, Schwellstrasse 9, 8052 Zürich, Tel. 301 14 29
- Christof Schwarz, Sekretariat, Kanzlerweg 13, 8302 Kloten, Tel. 813 39 51

Assistenten

- Herbert Beck, psych.
- Gabry Belz, psych.
- Sonja Straub, psych.
- Kathrin Zatti, germ.

Wenn du mit jemandem von uns reden möchtest,
bei einer Tasse Kaffee, freuen wir uns auf deinen
Besuch. Am besten ist es, wenn du uns vorher
anrufst oder im Vorbeigehen am Hirschengraben 7
etwas mit uns abmachst.

Die Evangelische Hochschulegemeinde ist getragen
von der Zürcher Reformierten Landeskirche, sie
steht allen offen.

Unsere katholischen Partner sind am anderen
Ende des Hirschengrabens zu finden, Nr. 86,
Tel. 47 99 50:
P. Dr. W. Schnetzer, P. Dr. W. Heierle und
P. Dr. A. Ziegler

SPRECH STUNDE

Neu in der EHG besteht die Möglichkeit individueller
Beratung. Sprechstunden zweimal pro Woche:
montags 13-14 Uhr und
donnerstags 17-18 Uhr oder zu Terminen nach
Vereinbarung.

Die Sprechstunde ist offen für alle, die in Lebens-
und Glaubensfragen in eine seelische Krise gera-
ten sind und ein persönliches Gespräch suchen.
Sie wird betreut von
Käthi La Roche
(Theologin mit psychotherapeutischer Erfahrung).

Die Beratung soll der Dringlichkeit und Aktualität
einer Krise entsprechen, ist also kurz bis mittelfri-
stig und unentgeltlich.

VIELSTIMMIG

Unter der eiszeit stell ich mir vor
das langsame vorrücken der gletscher
die eisfelder übernahmen das kommando
das heisst sie gingen nicht weg im frühjahr
es war zuwenig was wegschmolz
Kurz blieb der sommer
Hat sich das land nicht gewehrt
ich meine die erde die alten wurzeln in ihr
die bäume die saft hochsaugen
die wiesel und marder in hohlen
und was war mit dem gras das immer wieder
kommt
es hat doch nein gesagt als die eiszeit kam
ist nicht nach süden emigriert mit den tieren
es ist doch
den widerstand lehnend
geblieben
Lang ging der Winter

Aus: Dorothee Sölle: fliegen lernen

Sinkt jeder Tag
hinab in jeder Nacht,
so gibt's einen Brunnen,
der drunten die Helligkeit hält.
Man muss an den Rand
des Brunnendunkels hocken,
entsunkenes Licht zu angeln
mit Geduld.

Aus: Pablo Neruda, Letzte Gedichte

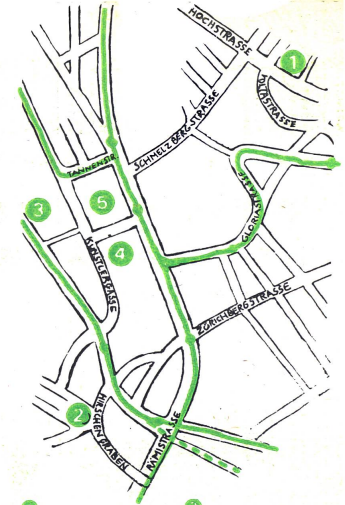
STUDENTEN FOYER

Eines wie das andere empfehlenswert für Morgen-,
Mittags- und Nachmittagspausen, zum Lesen, Dis-
kutieren, Lernen, Ausspannen; für Fachvereine,
Tutorate, Arbeitsgruppen, gute Freunde

Das eine am Hirschengraben 7
wenn du ins Haus kommst
links halbe Treppe hoch
die massive Eichentüre rechts
nicht zu übersehen
mit Zeitungen
Mineralwasser
Kochherd, Kaffee und Tee.

Das andere an der Voltastrasse 58
zürchbergwärts
vor allem im Sommer sehr schön
da es einen Garten gibt
mit Linden, Lavendel
Stühlen und kleinen Tischen
Kochplatten
und Konsum vis-à-vis.

Tagsüber offen und zugänglich für Unangemelde-
te, einzelne und Gruppen
Abende bitte frühzeitig reservieren!
Tel. 251 87 55



- 1 Foyer Voltastrasse
- 2 Foyer Hirschengraben 7 und Büro
- 3 Katholisches Akademikerhaus
- 4 Uni
- 5 ETH

SOMMERSEMESTER 1981

OSKAR WEISS



EVANGELISCHE
HOCHSCHULGEMEINDE
Hirschengraben 7
8001 Zürich
T 251 87 55

Meldetalon

Ich bin an den Veranstaltungen der EVANGELISCHEN HOCHSCHULGEMEINDE interessiert, insbesondere an:

Name: _____

Vorname: _____

Fak./Abt.: _____ Sem.: _____

Studienadresse: _____

Tel.: _____

Ausschneiden und senden an:
EVANGELISCHE HOCHSCHULGEMEINDE
Hirschengraben 7, 8001 Zürich, T 251 87 55

Was geht uns ein Hungerstreik noch an?

MENSCHENVERACHTUNG

Von Marianne Fehr

«... auch unter Berücksichtigung der Erkenntnis, dass durch die Absonderung eine Isolation hervorgerufen wird, die mit einem hohen Grad der Reduktion der sämtlichen Umweltreize und der Gefahr erheblicher gesundheitlicher Einbußen verbunden ist ...»

hält das Landgericht Regensburg in seinem Beschluss vom 22. 12. 1980 die Absonderung des RAF-Mitglieds Rolf Heissler für unerlässlich:

«... weil sie die (...) erforderliche Einwirkung auf den Betroffenen besser erreicht als jedes andere im konkreten Fall zulässige Reaktionsmittel.»

Rolf Heissler ist einer der jetzt noch etwa 27 politischen Gefangenen (vor allem RAF und Bewegung 2. Juni), die in den Hochsicherheitsstrakten fast aller Bundesländer im Hungerstreik sind und das «zulässige Reaktionsmittel» mit Leib und Seele in Frage stellen. Anfang Februar waren sie noch über 200. Aufgehoben hat zum Beispiel Verena Becker, die im Kasseler Knast an Tbc erkrankte. Ein Vertrauensarzt bestätigte ihr, sie werde nicht überleben, wenn sie nicht abbreche. Bei Knut Folkerts müsse bereits von Organschädigungen ausgegangen werden, sagen die Ärzte. Heinz Herlitz in Celle hat am ganzen Körper entzündete Stellen und kann weder sitzen noch liegen. Manchmal läuft er bis unter die Fingernägel blau an, und man konstatiert «akute Lebensgefahr durch Wegsacken des Kreislaufs». Den Eltern von Gabriele Rollnick liess der Berliner Senat höflich ausrichten: «Beileben Sie sich, wenn Sie Ihre Tochter noch lebend sehen wollen.» Gleichzeitig verbreitete derselbe Senat über die Agenturen, bei den Berliner Hungerstreikenden bestehe «derzeit keine akute Lebensgefahr».

★

Erschüttern uns diese ewig wiederkehrenden Hungerstreiks noch? Woher nehmen diese Leute bloss die Hoffnung, dass sich der zusehends verhärtete Rechtsstaat durch ein paar tote Terroristen erweichen lasse? Einige – auch politische Gefangene – sagen, Hungerstreik tut nichts, wir lassen uns doch nicht zu Tode foltern, wir müssen andere Wege

finden. Aber welche? Was können die im Knast noch tun, wenn sie den ganzen Tag in schalldichten Kästen hocken, mit niemandem reden, von den Informationen abgeschnitten sind und keine rauslassen können? Die Anwälte der Hungernden meinen: «Positive Veränderungen für die Gefangenen konnten bislang

darf). Gabi Kröcher in Hindelbank darf jetzt manchmal mit anderen Frauen zusammen sein, und im Thorberg lässt man Christian Möller in der Schneiderei arbeiten.

Man müsste vielleicht wieder einmal die Photo des durch Unnachgiebigkeit verhungerten Holger Meins (kurzlich im



SERRÉ

nur durch Hunger- und Durststreiks erreicht werden.» 1977 hat man es (vorübergehend) zugelassen, dass sich eine Gruppe von politischen Gefangenen in Stammheim bildete, 1980 wurde Irmgard Möller nach Lübeck verlegt, wo die Haftbedingungen etwas menschlicher sind (sofern man dieses Wort in diesem Zusammenhang überhaupt brauchen

«Spiegel») betrachten, um das Quentchen Emotionen zu mobilisieren, das einem noch geblieben ist, für die Wut über einen Staat (oder ein System), welcher Menschen einfach krepieren lässt, um sein Gesicht zu wahren. Oder man müsste beobachten, mit welchen Mitteln ein Staat sein Gesicht zu wahren versucht. In der Schweiz und in der BRD. Der deutsche Generalbundesanwalt Kurt Rebmann lehnt nach wie vor alle Forderungen ab. Er verhandelt nicht, solange sich die Inhaftierten im Hungerstreik befinden. Und wenn sie tot sind? Für die Folgen macht er deren Anwälte verantwortlich. Sie hätten es in der Hand, etwas dagegen zu unternehmen.

★

Als Zeichen des guten Willens wird das Mittel der Zwangsernährung bemüht – obwohl bekannt ist, dass diese äusserst gefährlich ist. (...) Die Zwangsernährung im Magen, die zusätzlich durchgemachte Prozedur schaffen ein Gefühl, als wäre man unter Bleiplatten begraben. Ich bin ins Bett gekippt und habe da fünf Stunden bewegungslos gelegen, hundemüde, nicht aber in der Lage zu schlafen, in denen ich Brechgefühle, Magen- und Darmkrämpfe und immer wieder Zitteranfälle, begleitet von Heiss- oder Kälteattacken, bekommen habe und in denen ich so schwach war, dass ich mich nicht einmal mehr aufsetzen konnte», berichtet Karl-Heinz Dellwo seiner Anwältin, nachdem er gefesselt, geschlagen worden ist, nachdem man ihm mit Gewalt einen Schlauch in den Magen gestopft hat. Ein nächster Ernährungsversuch musste wegen Erstickungsgefahr abgebrochen werden.

Die meisten – auch bürgerliche – Ärzte wollen die Schuld des Staates aber nicht tragen. Aus Holland sandten 80 Ärzte einen Brief an die deutschen Anstaltsmediziner und forderten sie auf, Zwangsernährung zu verweigern. Sie nahmen Bezug auf einen Verhaltenskodex, welcher 1975 von der World Medical Association verabschiedet wurde: «Wenn ein Gefangener Nahrung verweigert und vom Arzt als zurechnungsfähig in dem Sinne erkannt wird, dass er ein vollkommenes und rationales Urteil darüber bilden kann, was die Konsequenzen von solcher freiwilliger Verweigerung von Nahrung angeht, soll er nicht künstlich ernährt werden.» Die deutschen Behörden haben Mühe, Mediziner zu finden, die zwangsernähren. Das Echo in der BRD war auch nicht überwältigend, als man Ärzten anbot, «dass bei einer eventuellen Zusage die Festsetzung der Honorarlöhne ihnen überlassen» werde. Allein

in Berlin haben 93 Ärzte gegen die Zwangsernährung mit Empörung reagiert, der Knastarzt von Stammheim hat seinen Dienst schon quittiert. Aber einige finden sich immer noch, denen Tod durch Zwangsernährung lieber ist als Tod durch Hunger – da verdient man wenigstens noch was dran.

★

So allein wie in den vergangenen Jahren sind Hungerstreikende heute nicht mehr. Zu viele – vor allem Leute der «unpolitischen» Nach-68er-Generation – haben das Recht des Staates am eigenen Leib gespürt! Häuserbesetzungen, Pfleisterwerfern und Landfriedensbrechern sind Isolationszellen eine nähere Realität als die Marx-Engelschen Werke. Der Slogan «Solidarität mit RAF und Hungerstreikenden» zielt(e) nicht nur Bundesrat Furglers St.-Galler Einfamilienhäuschen – aber das auch. Erzurte besprachen die 29 Heidelberger Autobusse des öffentlichen Verkehrs in corpore, besetzten die Berliner Meineckekirche, steckten die SPD-Zentrale gleichwohl dreimal in

Brand, nahmen sich (für kurze Zeit) das Frankfurter Schauspielhaus, deponierten in einer Geschäftsstelle des Nachrichtenmagazins «Der Spiegel» einen Molotowcocktail, legten im Frankfurter Amerikahaus Feuer, stoppten verschiedene bundesdeutsche Züge etc. – und hinterliessen immer ihre Parolen. Nicht, dass der Staat dem Treiben tatenlos zugehört hätte: Er verhaftete Demonstranten, Flugblattverteiler in Stuttgart, Heidelberg, Karlsruhe, Nürnberg, durchsuchte Frankfurter Anwaltsbüros und eröffnete Strafverfahren gegen Verteidiger von politischen Gefangenen. Verwandte der Hunger- und z.T. auch Durststreikenden, die sich in Bonn öffentlich angekettelt haben, werden strafrechtlich verfolgt – wegen «Unterstützung einer terroristischen Vereinigung». Aber die handfeste Opposition gegen die Unwirtlichkeit des Staates lässt sich nicht mehr auf ein paar «meistgesuchte Terroristen» beschränken. Und im BKA gibt's schon Leute, die fragen sich, ob perfekte Hochsicherheitsstrakte wohl neue Terroristen produzieren. ●

Bezirksgericht: Wenn zwei dasselbe tun ...



Bagatellen

Die drei Angeklagten Barbara K., Andrea R. und Stefan B. sitzen am 25. März kurz nach 14 Uhr vor ihrem Richter im Zürcher Bezirksgericht, Zimmer 161, wo ein Fenster ein erhebliches Loch aufweist und ein frisches Frühlingslüftchen in die kahlen Räumlichkeiten einlässt. Am Anfang hat es eine kurze Verzögerung gegeben: Die Presse sollte draussen bleiben, weil die Angeklagten zum Teil noch minderjährig sind. Ihre Zustimmung nützt nicht viel. Erst als ihr Rechtsvertreter die volle Verantwortung für das Beisein der Zeitungsleute übernimmt, kann die Sitzung beginnen.

In der Anklageschrift heisst es: «Die Angeklagten (...) haben aufgrund eines gemeinsamen Tatplanes und in gemeinsamem Zusammenwirken mit einem weiteren Unbekannten eine fremde, bewegliche Sache beschädigt, indem sie (...) insbesondere am Warenhaus Globus Kleinfaltblätter im Format A4 (sog. Flugblätter), welche zum Boykott der Firma Globus aufrufen, mit Fischkleister ankleben, wobei einer der Angeklagten mit Billigung der andern Angeklagten u. a. bei der Firma Globus (...) ein solches Flugblatt auf ein 290 cm x 125 cm grosses, handgefertigtes und mit Goldbuchstaben bedrucktes «***-Delikatessa-(Traiteur-)Plakat, welches für Degustationswochen warb, aufklebte, was zur Folge hatte, dass der Werbeträger nicht mehr verwendet werden konnte, da sich das aufgeklebte Boykott-Flugblatt nicht ohne Beschädigung entfernen liess (Deliktbetrag ca. 250 Fr.).»



Die Mittelschüler und Lehrlinge sind in der Nacht vom 17. auf den 18. September in flagranti beim Kleben gestellt worden, zwar nicht beim Globus, aber anderswo in der Stadt; man hat sie auf den Posten geschleppt, stundenlang einzeln verhört und bis am nächsten Vormittag behalten. Vom beschädigten Globus-Plakat, das ursprünglich für Degustationswochen warb, war damals noch nicht die Rede. Erst später konnten die Behörden die Firma Globus als Klägerin gewinnen. Zum Glück, denn sonst wäre die Rechtswidrigkeit der U'haft für diesen Bagatellfall auf den ersten Blick ersichtlich gewesen. Globus hat dankend angenommen und hinter der Flugblattaktion sofort einen dunklen Hinterrang aus der «TA»-Redaktion gewittert. Natürlich liess sich selbiger nicht finden; die Militanz der «TA»-Leute soll man nicht überschätzen. Die Jugendlichen hatten das sog. Flugblatt in eigener Regie und auf eigene Kosten entworfen und gedruckt. Um sich über den Globus'schen Inserateboykott zu empören, muss man nicht notgedrungen vom «TA» angestellt sein.

Zufälligerweise hat tags zuvor das Gericht im gleichen Zimmer über vier andere junge Angeklagte befunden. Nicht so zufällig ist, dass ihre Tat schon mehr als ein Jahr zurückliegt: Am 15. Februar 1979 wurden vier Männer von der Stadtpolizei beobachtet, wie sie Abstimmungsschilder, welche für die Atomschutzinitiative waren, mit Nein-Klebern verzierten. Verhaftet hat man sie nicht, bloss zu 20 Franken Busse verurteilt, weil sie mit geschwätzten Nummernschildern herumfuhrten. Laut Gesetz ist es möglich, eine solche Handlung (Verdecken der Autoschilder) mit Gefängnis

zu bestrafen. (Zum Vergleich: «Eisbrecher»-Verkäufern kann man Bussen bis zu 60 Franken aufgebummelt. Ein Gesetz von 1894 – welches längst durch ein neues ersetzt ist, von der Regierung aber immer noch unter Verschluss gehalten wird – sieht hier eine Höchstbusse von 100 Franken vor. Der Ermessensspielraum ist halt weit.)

Den nächtlichen Klebern liess man genügend Zeit, sich auf die polizeiliche Vernehmung vorzubereiten. Die ersten Befragungen fanden zwischen dem 21. März und dem 11. Juni 1979 statt. In der Zwischenzeit blieb genügend Musse, sich mit ihrem Lehrer, welcher die Kleber in Auftrag gegeben und verteilt hatte, zu besprechen: Dieser heisst Werner Pflanzler, Elektroingenieur und Hauptlehrer an der Berufsschule Zürich, ist Präsident des «Aktionskomitees für vernünftige Energiepolitik Zürich», welches schon öfters in Erscheinung getreten, zum Beispiel mit Hetzinsaraten gegen LdU-Nationalrat Franz Jaeger im Oktober 1979.



Frau Gertrud (Pflanzler) hat sich als Leserbefragte profiliert. In höchste Besorgnis versetzte sie die Vermutung, der WWF Schweiz könnte Gelder, die für die ausstehenden Fledermaus bestimmt seien, für die Abstimmungskampagne pro Atomschutzinitiative veruntreuen. Als der WWF sie nach einem persönlichen Gespräch vom Gegenteil überzeugt hatte, musste er sich vom Herrn Gemahl Nötigung vorwerfen lassen.

Diesen Herrn Pflanzler wollten die Geschädigten – die Produzenten (Produzentengalerie Zürich, Hersteller der Plakate) und die Initianten der Atomschutzinitiative – auch vor Gericht sehen. Doch er wusch seine Hände in Unschuld. Für die Taten seiner Schüler könne er keine Verantwortung übernehmen, denn er habe ihnen lediglich den Auftrag erteilt, die Nein-Plakate, die von den AKW-Geenern beschädigt worden seien, zu flicken. «Sollten im Überfahre auf gegnerische Plakate überklebt worden sein, so verhehle ich nicht, dass dies mich auch hinterher noch freut.» Und vorher? Da die Schüler ihren Lehrer nicht belasteten, wurde das Verfahren eingestellt.

So hatten denn die beiden Gruppen von «Rechtsbrechern» ihrer Urteile (Busse zwischen 80 und 100 Franken), und wir wundern uns über die erstaunliche Flexibilität der Behörden im Umgang mit Bagatellfällen. Marianne Fehr

TIP-TIP-TIP

Kulturmagazin

Aus dem «Kulturmagazin» Nr. 25 (Thema: Autonomie) hat N. Lindt im letzten «konzept» Teile eines Bellini-Interviews zitiert. Soeben ist Nr. 26 des «Kuma» erschienen. Beiträge: Keramik-Handwerk; Strasse/Autotor; Gespräch mit der Pianistin E. Henz-Diemand, die ihren Flügel zeitweilen auf einen Kleinstalter verlädt und in den Dörfern spielt; dritter Teil der Geschichte der eigenständigen Kulturpolitik und anderes.

Das «Kulturmagazin» kann für 4-5 Fr. in Buchhandlungen (auch alternativen) bezogen werden. Ein Abo kostet 22 Fr./Jahr, die Adresse: «Kulturmagazin», Postfach 3188, 3000 Bern 7.

Alles was Recht ist ...

fh. Wenn Behörden Gesetz und Ordnung hüten, haben sie sich an bestimmte Regeln zu halten. Der schweizerische «Rechtsstaat» hat nun aber die Eigenheit, dass diese Regeln sehr unterschiedlich sind. Es gibt so viele Strafprozessordnungen wie Kantone, also 26 ganz und gar unterschiedliche Bestimmungen über die Rechte von Festgenommenen, Verhafteten, Gefangenen, Angeklagten usw.

In diesen für Laien wie Spezialisten oft undurchdringlichen Gesetzesdschungel versuchen verschiedene Publikationen engagierter Juristen Licht zu bringen. Als jüngste Broschüre ist jene für den Kanton Bern («Dossier Polizei und Justiz») zu vermerken. Daneben gibt es Informationen für die Kantone Zürich, Wallis, Genf, Waadt, Neuchâtel, Freiburg und Jura.

Diese Rechtshilfen gehören nicht nur in jede Zelle von Untersuchungshäftlingen (beim Verteidiger verlangen!), sondern sollten von allen Leuten, die sich immer mal wieder in Gefahr begeben (wo man bekanntlich nicht umkommt), gelesen werden.

● **BE:** «Dossier Polizei und Justiz», herausgegeben und vertrieben von den Demokratischen Juristen Bern, Postfach, 1391, 3000 Bern 1, 1981, 100 Seiten, dazu juristischer Anhang. 5 Fr. (Anhang 3 Fr.). Solidaritätsbeiträge erwünscht.

● **ZH:** «Strafuntersuchung – was tun?», herausgegeben vom Anwaltskollektiv Zürich, Badenerstrasse 89, 8026 Zürich, ver-

trieben von Buch 2000, 8910 Affoltern a. A., 1979.

● **VS:** «Sitten soll gar nicht gesund sein», herausgegeben und vertrieben vom Kritischen Oberwallis, Postfach 41, 3904 Naters, 1980.

● **GE, VD, NE, VS, FR, Anhang JU und BE:** «Les droits de la personne arrêtée», herausgegeben von Groupe Action Prison, vertrieben von Edition d'en Bas, Case postale 304, 1000 Lausanne 17, 1979.

Allgemein: «Die Rechte des Beschuldigten im Untersuchungsverfahren, besonders bei Untersuchungshaft» von Prof. Martin Schubarth, Verlag Stämpfli, Bern, 1973, 301 S., 56 Fr. (teilweise überholt und für den Laien zum Teil schwer verständlich).

«Das Verhalten gegenüber der Klassenjustiz», herausgegeben und vertrieben von der Roten Hilfe, Postfach 2027, Zürich, 1979.

«Wie man gegen Polizei und Justiz die Nerven behält» von Klaus Eschen und Renate Sami, Rotbuch-Verlag 2027, Berlin, 1973.

Armee: Und auch für den Staat im Staate gelten bestimmte Rechtsregeln; welche, das steht in der «Rechtshilfe für Soldaten (gegenüber Vorgesetzten)» herausgegeben vom Soldatenkomitee, mit vielen mehr und weniger gelungenen Karikaturen. Erhältlich über das Soldatenkomitee Zürich, Postfach 1337, 8030 Zürich.

Bisch nöi in Züri?

Dann lohnt sich auf dem Weg von der Uni in die ZB ein Abstecher zu Vitamin B an der Mühlegasse 29. Da gibt's eine grosse Auswahl an lockeren und bequemen Kleidern und viele Schuhe zu unvergleichlichen Preisen. Zum Beispiel:

Original Levi's Jeans Fr. 49.–
Farrow-Hemd, 100% Baumwolle Fr. 15.–

PREISLICH UNVERGLEICHLICH

VITAMIN B

MÜHLEGASSE 29 • MEINRODENTIERSTR. 15

Frauen in der Politik – ein Gespräch mit solchen, die dabei sind

Keine Spur von Weiberrherrschaft

Seit zehn Jahren sind die Frauen in der Schweiz offiziell zur Politik zugelassen, auch aktiv als Parlamentarierinnen geduldet. Mehr kaum. Wo Frauen öffentlich auftreten, wird oft unter der Gürtellinie argumentiert. Die politischen Gegner halten sich an Männerwitzen. Was können wir Frauen im Kampf um unsere Rechte da mehr tun als den Anstand wahren?

«Wir Frauen sind ziemlich cool»

«das konzept»: In der Jugendbewegung wurde Emilie Lieberherr wegen ihres «hervorlugenden» Unterrocks angegriffen.

Das Gespräch mit Doris Morf (SP Zürich, Nationalrätin seit 1975) und Ursula Mauch (SP Aargau, Nationalrätin seit 1979), führten Liselotte Suter und Marianne Berna vom «konzept».

fen, Wagner und Kaufmann hingegen auf einer viel sachlicheren Ebene. Wie werden Sie mit solchen Dingen fertig?

Doris Morf: Als mir das erste Mal ähnliches passiert ist, oft um einiges schlimmer als das mit dem Unterrock, hat mich das sehr bestürzt. Früher war das ganz schlimm. Was heisst früher?

D. M.: So zwischen 70 und 73. Ich war

«Bei der U-Bahn habe ich noch alle technischen Schrauben durchgeackert, damit niemand sagen kann, ich verstehe nichts von der Sache.» (Doris Morf)

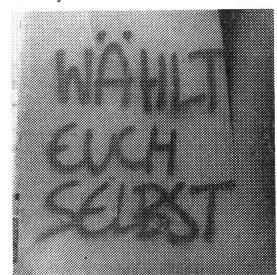
damals neu im Zürcher Gemeinderat. Als ich da den Kampf gegen die U-Bahn führte, gab's viele solche Dinge. Ich weiss nicht, vielleicht habe ich inzwischen eine dickere Haut entwickelt. Ich kenne jetzt die Mechanismen, die dahinterstecken: Wenn man vor einer Frau Angst hat, versucht man sie lächerlich zu machen. Und je mehr solche Anfeindungen kommen, je mehr kann man sich ja auch sagen, man hat eine Wirkung.

Auch an der TV-Livesendung zu den Themen Fristenlösung und Eherecht («Café Fédéral» vom 18. 3.) hat es von persönlichen Anwürfen und zweideutigen Bemerkungen nur so gewimmelt. Die Herren Politiker waren emotional überbortet. Nur die Frauen blieben betont kühl und sachlich. Ich weiss nicht, ob das aus Berechnung geschah, und wenn, ob eine solche Rechnung richtig ist.

D. M.: Das ist nicht immer so. Es gab auch schon Kommissionen, da bin ich herausgeplatzt mit meinen Reaktionen auf gewisse Bappeli-Voten. Dieses Recht nehme ich mir heraus.

Aber nicht vor der Öffentlichkeit?

D. M.: Vor dem Fernsehen lief es nicht wegen der Öffentlichkeit anders, sondern weil wir dieses Thema (Fristenlösung, die Red.) schon so unzählige Male behandelt und dabei schon so viele Schläge eingesteckt haben, dass wir mit der Zeit fanden: Ach Gott, was soll's...? Vielleicht war es gut, dass wir Frauen «cool» blieben. Viele Zuschauer, die nicht den ganzen Prozess mitverfolgen konnten, denken sonst nur: Tun die hysterisch.



Es stört mich, dass sich die Frauen dieser ungeschriebenen Norm offenbar weitgehend unterwerfen. Ich habe dann das Gefühl: diese Frauen lassen sich ja alles gefallen.

D. M.: Wir haben uns einfach angeschaut und den Kopf geschüttelt. Aber vielleicht hätten wir dreinfahren sollen, das stimmt.

Man könnte auch die Diskussion verweigern, davonlaufen, anfangen zu «mühen», oder kurz und knapp klarstellen... Jedenfalls gibt es ein grösseres Spektrum als die Anständigkeit, welche die Rechte der Frauen doch nicht vertritt.

D. M.: So was wäre gut gewesen – wenn es mir in den Sinn gekommen wäre, damals. Ein solches Gespräch verlangt grosse Aufmerksamkeit. Wenn ich weiss, dass am Fernsehen Millionen zuhören, nehme ich mir immer vor, zwei bis drei wichtige Punkte anzubringen. Darauf muss ich mich konzentrieren.

Bei Ihnen, Frau Morf, habe ich das Ge-

fühl, dass sehr viel ihrer Reaktionsweise – cool bleiben, wenn möglich Schlagfertigkeit beweisen – aus der Erfahrung, dem Abgehärtetsein kommt, aus einer gewissen Gewöhnung auch.

D. M.: Gewöhnung keinesfalls; aber ich muss abwägen, was ist mir wichtiger: die Argumente oder dass es mich «vertätscht».

Wenn man ganz frisch in die Parlamentsarbeit einsteigen würde, würde man sicher auffahren bei solchen frauenfeindlichen Äusserungen.

D. M.: Kaum, als Neue sind Sie im allgemeinen eher zurückhaltend.

Ursula Mauch: Was man auch immer überlegen muss: Wenn wir so spontan, emotional reagieren, wird uns das sehr viel mehr übel genommen als den Männern. Zum Beispiel am Fernsehen!

Läuft der alte Strei über die erhöhte emotionale Reizbarkeit von Frauen auch im Rat selbst noch oder nur auf der Ebene TV/Zuschauer?

U. M.: Im Rat weniger. Aber wir Frauen dort sind auch alle mehr oder weniger cool.

«Ein Kommissionsmitglied meinte, er habe seiner Frau noch nie mitgeteilt, wieviel er verdiene, und er werde es auch nie tun, Ehe recht hin oder her.» (Ursula Mauch)

D. M.: Sicher auch darum, weil du weisst, warum die so reagieren.

Machen Frauen in der Politik laufend solche schlechten Erfahrungen mit den Männern?

D. M.: Nein, solche massiv frauenfeindlichen Äusserungen sind Ausnahmen. Dann gibt es allerdings noch jene Männer, die vielleicht so denken, sich aber gar nicht zur (öffentlichen) Aussage drängen. Sie haben offenbar das Gefühl, diese Themen seien eigentlich gelaufen und sie könnten für sich persönlich nur etwas verderben dabei. Irgendwie haben die zur Kenntnis genommen, dass Frauen über 50 Prozent der Bevölkerung sind. Vielleicht waren sie auch bei den letzten Wahlen Stimmzähler und haben gesehen, wie auf einer Liste nach der andern Männer gestrichen worden sind und nur die Frauen draufblieben.

Sie haben aufgrund Ihrer Erfahrungen das Gefühl, es lohnt sich, ruhig dabei zu bleiben und einzustecken?

Die Politik der kleinen Schritte

Haben Sie das Gefühl, durch die (schwache) Präsenz der Frauen im Parlament konnte bisher etwas erreicht werden?

D. M.: Ich glaube, fast jede Frau im Rat schaut bei allen «ihren» Geschäften – sei das jetzt Sozialpolitik, Energie, Aussenpolitik oder was auch immer: Was bringt das den Frauen, wie müsste man den Frauenstandpunkt einbringen? Man muss einfach präsent sein und sich getrauen, sofort aufzustehen. Und ich muss sagen, manchmal wird man so müde, die drei Wochen Session, die Sitzungen und Besprechungen drumherum sind so anstrengend. Da lassen wir manchmal etwas schlüpfen, wo wir Frauen uns eigentlich wehren müssten.

Melden sich eigentlich die 10% Frauen im Rat überdurchschnittlich viel?

D. M.: Jeder Rat hat sein eigenes Klima: im Nationalrat zum Beispiel – ganz im Gegensatz zum Zürcher Gemeinderat – kaum Zwischenrufe, und ausserdem wird es als anständig angesehen, nicht mehr als drei-, viermal pro Session das Wort zu ergreifen. Sonst verheizt man sich leicht.

In der parlamentarischen Arbeit haben sich die Formen offenbar sehr stark eingespielt.

D. M.: Ja, wie gesagt, im Hinblick auf das Thema: Was soll ich die wertvolle Zeit, die man zur Verfügung hat, um ein Thema an die Leute zu bringen, vergeuden für persönliches Geplänkel?

U. M. Ganz konkret: Ich bin in der Kommission Umweltschutzgesetz. Dort kennt man die Leute. Man weiss, warum wer welche Argumente bringt, welche Interessen dahinterstecken. Wir könnten uns da pausenlos einschleichen, etwa auf die besonders reaktionär Argumentierenden. Aber das wäre eine völlig hoffnungslose Situation. Wir würden uns einen Tag lang anbrüllen. Zu dem, was wir da erledigen sollten, käme gar nichts

D. M.: Ich habe nicht das Gefühl, eingesteckt zu haben. Aber heftige Reaktionen hätten einfach vom Thema abgelenkt, und das kann nicht meine Absicht sein. Das Parlament ist doch dazu da, zur Bewusstseinsbildung bezüglich bestimmter Themen, die sonst gar nicht auf Tapeten kämen, beizutragen, damit die Öffentlichkeit – oder fast die ganze Öffentlichkeit – zur Kenntnis nimmt, dass es da Sachen gibt, die sich verändern, verbessern lassen.

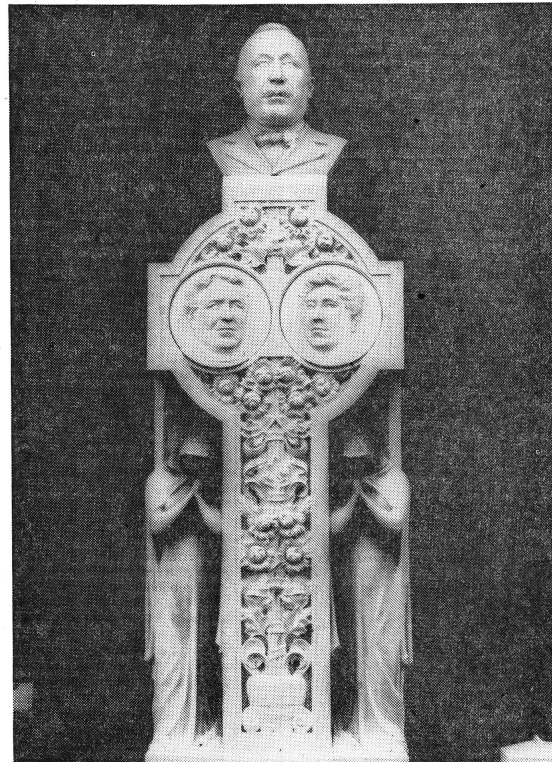
Aber man kann das ja ganz verschieden angehen: rationale Argumente zur Fristenlösung zusammentragen oder sich gegen Tiefschläge des politischen Gegners verteidigen und so Dinge zur Sprache bringen – zwar vielleicht nicht rationale

Argumente – die auch zum Thema gehören. Hier zum Beispiel die unterschwellig Annahme: Fristenlösung sei ohnehin etwas, was nur Frauen mit unseriösem Lebenswandel betreffe.

D. M.: Das habe ich eigentlich getan, in der Debatte selbst, als ich darauf hinwies, dass im Rat möglicherweise der eine oder andere Bappeli mit Doppelmoral sitze, der sofort in Genf, Zürich oder wo auch immer einen Arzt für den Schwangerschaftsabbruch auftreiben würde, wenn er ein Mädchen geschwängert hätte. Da habe ich die Antwort sozusagen vorweggenommen.

Als Frau hätte ich das Bedürfnis, diese Struktur aufzubrechen: Auch die Emotionalität – oft unter einem Mäntelchen von Sachlichkeit versteckt – der andern aufzudecken.

D. M.: Emotional ist ja gar nicht negativ. Emotional im Sinn von subjektiv ist das Ehrliche.



Fotos: Gertrud Vogler

D. M.: Man kommt nicht näher zusammen, man handelt etwas aus. Manchmal ist man geschickter, manchmal wird man ausgetrickst.

U. M. Und diskutieren natürlich. Das ist eine Möglichkeit, es zu versuchen.

D. M.: Und das mit dem Gegner ist auch nicht schwarz- Weiss zu sehen. Wer bei der einen Sache sehr stur sein kann, zeigt sich woanders recht flexibel.

U. M. Es lassen sich viele nicht zum vornehmen festlegen.

Die Meinungsbildung auf rationaler Ebene läuft also?

U. M.: Mehr oder weniger.

D. M.: Jedenfalls mehr, als wenn man sich «Schlötterlig» an den Kopf wirft.

Wenn man eine Session lang das Eherecht diskutiert, gibt es dann am Schluss ein anderes Stimmverhältnis?

D. M./U. M.: Nein.

D. M.: Aber es gibt immer wieder Überraschungen...

U. M.: ...komische Koalitionen.

D. M.: Es geht ja nicht nur um die Meinungen, die unter Umständen schon gemacht sind. Sondern darum: Gibt es Möglichkeiten, wo man sich treffen kann, um den gütigdenössischen Kompromiss herauszufinden? Das ist die Bedeutung von Politik: dass man sich zusammensetzt und den kleinen Schritt findet, der in eine bestimmte Richtung geht. Und wenn alle gemerkt haben, dass es gar nicht so schlimm ist, geht man vielleicht noch einen Schritt weiter.

U. M.: Es ist irgendwie sehr unbefriedigend. Die grösstmögliche Unbefriedigung ist eigentlich das Resultat, weil jeder mehr oder etwas anderes möchte.

D. M.: Ich habe in Marokko viel gelernt für den Nationalrat: die ganze Taktikhandlung. Man schreit für mehr, als man eigentlich meint und weiss: der andere schreit auf seine Art, und dann trifft man sich, wenn man Glück hat, in der Mitte. Meistens hat man nicht mal Glück.

«Kämpfen tut sie bestimmt»

Die Frauen hinter den Parlamentarierinnen sind keine organisierte Lobby.

D. M.: Drauf kommt es nicht an, sondern auf die Aktivitäten.

Trotzdem: die Frauen mit ihrem 10%-Anteil sind in der Politik krass untervertreten. Da müsste doch was unternommen werden.

D. M.: Ja, was hat man in andern Ländern unternommen, in denen das Frauenstimmrecht schon viel länger eingeführt ist? Irgendwie geht es uns sogar noch besser. In andern Ländern waren einmal mehr Frauen in der Politik, und dann haben die Zahlen abgenommen. Das Frauenstimmrecht ist dort von den Regierungen, den Parlamenten dekretiert worden. Bei uns hat knapp die Hälfte der Bevölkerung mehrheitlich dem Frauenstimmrecht zugestimmt. Darum wächst die Beteiligung der Frauen auch langsam, aber stetig an.

U. M.: Bei uns im Aargau haben wir seit den letzten Wahlen 14% Frauen im Parlament. Die Frauen haben sehr oft Frauen gewählt. Aber sie lassen sich auch weniger portieren. Neun von zehn Frauen behaupten, das kann ich nicht.

D. M.: Diese verdammte Demutsgeste! Es ist ja eigentlich nichts anderes.

«Als Frau muss ich viel mehr Dinge erarbeiten. Das ist einfach so.» (Doris Morf)

U. M.: Von einem Mann habe ich noch nie gehört, dazu bin ich nicht fähig. Das gibt es einfach nicht, einen Mann, der zu irgend etwas nicht fähig ist.

D. M.: Wir hatten einmal die Hälfte des Vorstands Frauen. Da haben wir wieder die Demutsgeste gemacht: einen Mann genommen, obwohl wir eine Frau hätten wählen können. Wir haben gefunden, es könnte uns das Klima im Vorstand vermiesen, wenn wir soweit gehen. Dann machen bestimmte Leute nicht mehr mit, sagen, wir hätten eine Weiberrherrschaft. Diese Leute waren noch nicht reich dazu, auch die Frauen nicht. Da haben wir über die eigene Nasenspitze hinausdenken müssen.

U. M.: Dass es so wenig Frauen gibt, liegt vermutlich auch an den Parteien selbst. Dort denkt man kaum anders als im breiten Volk. Wenn es darum geht, Leute zu suchen für höhere Positionen, denken die dafür Zuständigen automatisch an Männer.

D. M.: Hingegen wenn es eine heikle politische Situation ist und man weiss, da liegt nichts drin, da nimmt man gern Frauen. «Vielleicht eine Frau», das ist dann immer so das letzte Zauberwort. Auch heute noch?

D. M.: Ja, bei heiklen Themen: wenn ein Mann, der Karriere machen will, weiss, nach dieser Sache legen sie ihm alle Knüppel in den Weg, und er deshalb nicht so gern einsteigt. Im allgemeinen ist man dann ganz froh, wenn man eine Frau schicken kann. Kämpfen tut sie bestimmt. Aber nachher ist sie verheizt.

Sind die heute 21 Frauen im Parlament, wenigstens was die anstehenden Fragen wie Föderalisierung der Fristenlösung, Eherecht, gleiche Rechte für Mann und Frau angeht, eine mehr oder weniger homogene Gruppe?

D. M.: Es kommt ganz drauf an. Bei einigen Themen können wir gut zusammenarbeiten, bei andern nicht. Und wenn es um Finanzielle geht, da jammern viele wegen der Kosten, und ich sage: Geld ist genug da, man muss nur Prioritäten setzen. Zum Beispiel beim gleichen Lohn für gleiche Arbeit und bei der Krankenkassengleichheit, beim Mutterschutz, da sind bürgerliche Frauen abgesprungen, sobald sich Kosten abzeichnen.

Die Frauen im Parlament sind also sehr stark an ihre Partner, die Männer in ihren Parteien, gebunden, auch in solchen Fragen, von denen man annehmen könnte, es gebe es etwas wie Fraueninteressen?

D. M.: Ich kenne alle Frauenrechtlerinnen, die sich manchmal komisch verhalten, weil es so anders läuft, als sie es sich vorgestellt haben. Dass sie da dauernd von ihren Männern zurückgepfiffen werden – und die sich auch zu rückpfiffen lassen.

U. M.: Ja, und viele Frauen, die da dabei sind, leben in einer ziemlich heilen Welt. Ich eigentlich auch. Aber die identifizieren sich dann nicht gross mit irgendwelchen Minderheiten oder Frauen, die wirklich Probleme haben.

D. M.: Mich hat die Politik in dem Versuch bestärkt, auf eigenen Beinen zu stehen. Ich hab' mir gedacht, ich kann nicht immer am Abend grosse Reden schwingen, ich muss mir selber wieder glaubwürdig sein. Das muss ja nicht immer so laufen. Aber eine gewisse Phantasie, Kontakt auch zu anders lebenden Frauen, braucht es schon.

Gummiknüppelschlag führte zu Gehirnblutung

Ein Stück Schädel im Bauch

Von Nicolas Lindt

Am 4. September 1980 erhielt der 27-jährige Max einen Schlag auf den Kopf. Es war der Tag, als das Zürcher AJZ zum erstenmal geschlossen wurde. Als Max sich in der Nähe des AJZ aufhielt, wurde er von Polizisten angegriffen und mit dem Gummiknüppel geschlagen. Die ärztliche Diagnose stellte Gehirnblutung fest. Max musste zweimal operiert werden und war seit dem letzten Oktober arbeitsunfähig. Trotzdem bekam er von der Suva bisher keinen Rappen Unterstützung. Max ist seit bald sieben Monaten auf die finanzielle Unterstützung durch seine Freundin angewiesen.

4. September 1980. Die Nachricht von der polizeilichen Räumung des AJZ verbreitet sich rasch, und gegen Abend strömen immer mehr Leute Richtung Limmatstrasse, wo inzwischen starke Polizeikräfte aufmarschiert sind. Auch Max fährt nach der Arbeit zum AJZ. Er weiss nichts Genaueres und glaubt, es sei noch offen. In der Nähe des AJZ kommt Max mit spanischen Arbeitern einer Früchtehandlung ins Gespräch. Plötzlich taucht ein Trupp Grenadiere auf, zwei Polizisten stürzen auf Max los, und einer

schlägt zu. Max fällt zu Boden, die Polizisten lassen ihn liegen, marschieren weiter. Einer der spanischen Arbeiter hat es genau gesehen.

Was dann geschah, weiss Max nicht mehr; jedenfalls kam er nach einer Weile zurück, in die Wohnung im Kreis 4, die er zusammen mit seiner Freundin Kathrin bewohnt. Er klagt über grausames Grindweh, und am nächsten Tag geht er nicht arbeiten. Das Grindweh ist hartnäckig, schliesslich lässt sich Max von einem Arzt krankschreiben und be-

kommt Schmerzmittel. Kathrin: «Er hat dann aber nichts mehr von Kopfweh gesagt, und später ging er auch wieder zur Arbeit.» Max war zu jener Zeit als Hilfsmechaniker beschäftigt.

Operation im letzten Moment

Einen Monat später, am 5. Oktober, plötzlich rasende Kopfschmerzen und Übelkeit. Kathrin kommt um zehn Uhr abends nach Hause, realisiert, dass Max nicht mehr gehen kann und völlig wegsagt. Er sucht zum Beispiel seine Socken, obwohl er sie anhat. Kathrin bekommt Angst und telefoniert dem Notfallarzt. Verdacht auf Gehirnblutung stellt der Arzt fest und veranlasst die sofortige Einweisung ins Kanti. Dort wird der Verdacht zur Gewissheit: Max hat eine Gehirnblutung zwischen Schädeldacke und Hirnhaut. Sofort operieren. Der behandelnde Arzt sagt, es war höchste Zeit für die Operation. Wäre Kathrin später heimgekommen, hätte ihr Freund wahrscheinlich schon nicht mehr gelebt. Bei Gehirnoperationen weiss man nie, wie sie ausgehen, sagt der Arzt noch zu Kathrin, bevor sie das Spital verlässt.

Die Operation dauert sieben Stunden, bis vier Uhr morgens. Die Ärzte haben Max ein Stück Schädeldacke entfernt, denn der Schlag mit dem Gummiknüppel hatte eine Quetschung zur Folge; die verletzte Stelle schwoll dadurch an und drückte gegen die Schädeldacke. Also musste ein Teil der Schädeldacke entfernt werden, damit die verletzte Stelle darunter heilen konnte. Das Stück Schädeldacke – bis zur zweiten Operation – in den Bauch von Max eingenäht und so «aufbewahrt».

Nach zehn Tagen wird Max aus dem Kanti entlassen. Alle wundern sich, wie schnell er sich von der Operation erholt. Aber natürlich ist er nicht arbeitsfähig und muss sich schonen bis zur zweiten Operation. Am Tag nach seiner Entlassung steht bereits morgens um sieben Uhr der Suva-Vertreter vor der Tür, um die Sache abzuklären. Aber auf Unterstützungsgeld von der Suva warten Max und Kathrin vergebens. Max wird zu einem «Fall» und gerät in die Mühlen der Suva-Bürokratie. Es sieht so aus, dass Max für die ganzen Operationskosten – mehrere zehntausend Franken – und für seinen Lebensunterhalt trotz Arbeitsunfähigkeit selber aufkommen muss. Die Eltern von Max sind pensioniert und können ihrem Sohn nicht mehr als 200 Franken pro Monat geben. Max ist voll

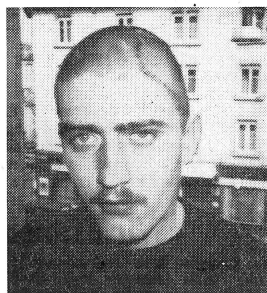
auf die finanzielle Unterstützung seiner Freundin angewiesen.

Das Stutzproblem belastet die Beziehung

Bisher haben Kathrin und Max manchmal mit Jobben abgewechselt, jetzt muss Kathrin ständig für beide arbeiten. Dabei wollten sie im Winter in den Süden. Ende Oktober wären sie abgereist. Kathrin: «Es wurde beschissen vom Punkt an, wo ich kein Ende mehr sah. Ich wusste nicht, wie die zweite Operation ausgeht und wann Max wieder selber verdienen kann.» Dass Max von Kathrin finanziell so abhängig ist, belastet natürlich die Beziehung der beiden. «Krise ist noch gelinde ausgedrückt», meint Kathrin, «Max fühlte sich häufig erschöpft und kaputt. Er war sehr darauf angewiesen, dass ich möglichst viel bei ihm war. Seine Abhängigkeit von mir führte dann zu Spannungen zwischen uns.»

Max und Kathrin sind nicht ganz allein, sie haben Freude im Kreis 4, auf die sie zählen können, wenn's drauf ankommt. «Als Max noch im Spital war, musste ich einmal längere Zeit dort warten», erzählt Kathrin. «Plötzlich hielt ich es nicht mehr aus in diesen weissen, sterilen Spitalkorridoren. Ich hätte am liebsten losgeschrien. Ich telefonierte den Leuten von einer WG, die ich kenne, und nach kurzer Zeit kamen zwei von ihnen zu mir ins Spital. Max und ich konnten auch jederzeit zu ihnen nach Hause gehen. Das war für uns sehr wichtig in den letzten Monaten.»

Die zweite Operation war ursprünglich auf den Januar angesetzt, aber da der zuständige Arzt wechselte, wurde sie auf den März verschoben. Vor einigen Wochen nun ist Max operiert worden. Das Schädeldacke im Bauch war inzwischen gewachsen und musste zuerst zurückgesägt werden, bis es wieder in die Schädeldacke hineinpasste. Diesmal dauerte die Operation eine Stunde. Nach Aussage des Arztes war sie erfolgreich. Aber wie das Gehirn langfristig darauf reagiere, lasse sich nicht voraussagen. Vorläufig ist Max noch arbeitsunfähig. Kathrin müsste also nach wie vor voll für ihn aufkommen. So kann das nicht weitergehen. Die beiden sind auf finanzielle Unterstützung angewiesen, und zwar sofort.



Max, nach der zweiten Operation

Die Suva soll zahlen!

Um sich vor der Leistungspflicht zu drücken, kann sich die Suva auf die Bestimmungen des KUVG (Kranken- und Unfallversicherungsgesetz) berufen. Zitat aus der Broschüre «Die Suva – Ihre Partnerin»: «Die Versicherung gegen ausserbetriebliche Unfälle fällt aus naheliegenden Gründen dann, wenn der Versicherte sich gewissen aussergewöhnlichen Gefahren aussetzt. Das sind (...) die Teilnahme und die beabsichtigte Anwesenheit bei Unruhen oder an Versammlungen, die von der zuständigen Behörde verboten worden sind (...).» Ein Suva-Beamter erklärte: «Auch wenn der Betroffene als Gaffer an einer unbewilligten Demo teilnahm, kann er nicht mit Suva-Leistungen rechnen. Leistungspflicht besteht nur, wenn der Betroffene unbeabsichtigt in eine unbewilligte Demonstration hineingeraten ist, zum Beispiel, wenn er mit dem Auto durchfahren wollte.»

Als die Suva im Fall von Max nicht zahlen wollte, stellte der Anwalt von Max im Januar einen formellen Antrag. Darin heisst es: «M. beabsichtigte ins AJZ zu gehen. Kenntnis davon, dass es am gleichen Tag auf behördliche Anordnung geschlossen wurde, hatte er nicht.» Die Suva Zürich gab Ende März (sechs Monate nach der ersten Operation) den Fall an den Suva-Hauptplatz in Luzern weiter. Dort wird der Fall zurzeit abgeklärt, wie es so schön heisst. Der Suva-Beamte zum «konzept»: «Wir lehnen Leistungen nicht gern ab, wir zahlen lieber aus...» Wirklich?!

Zur erweiterten Neufassung des Buches von Holger Strohm

«Friedlich in die Katastrophe»

Heinz Brandt, Mitglied des Deutschen Gewerkschaftsbundes, hat die Formeln des (deutschen) Imperialismus festgehalten: «Unsere Zukunft liegt auf dem Wasser (in der Flottenrüstung zur Sicher-

Daraus resultiert eine besorgniserregende Anreicherung von künstlich erzeugten radioaktiven Substanzen, die ständig zunimmt. Viele Untersuchungen belegen überdies, dass diese Substanzen durch zusätzliche biologische Anreicherung in der Nahrungskette und schliesslich je nach Isotop in bestimmten Organen des Menschen konzentriert werden.

das konzept

Buchkritik

rung der deutschen Kolonien, hiess sie im Kaiserreich; «Volk ohne Raum» im Dritten Reich. Dem entspricht heute: «Volk ohne Energie», bezogen auf die politische Ökonomie im Weltmassstab.»

Liefen soll diese Energie, nach dem Willen der transnationalen Energieproduzenten, die «friedliche Nutzung der Kernenergie». Vorzustellen als Uranerzabbau, Stromproduktion aus Reaktoren, schnelle Brüder mit eingeschlossen, Wiederaufbereitung und Atommüllendlagerung. Die Erfahrungen mit dieser Art von Energieproduktion sind nach Strohm Buch katastrophal:

● Durch die Nutzung der Atomenergie sind Tausende von Menschen getötet worden oder zu Schaden gekommen; die Zahl erhöht sich drastisch, wenn man die Wirkungen der Atombombentests mit einbezieht. Tausende von Menschen, Bergarbeiter, Personal in Atomanlagen, darunter die für kurze Zeit angeheuerteten Gelegenheitsarbeiter, welche mit hochradioaktivem Material umgehen müssen und dabei einer erheblichen Strahlenbelastung ausgesetzt sind, Menschen in der Umgebung von Atomanlagen, haben heute Strahlendosen abbekommen oder inkorporiert, die in vielen Fällen mit Sicherheit zu Krebserkrankungen und Schäden am Erbgut führen werden.

● Die als «tolerierbare» bezeichneten Strahlendosen (im Fachjargon sogenannte vernachlässigbare Wahrscheinlichkeit von schädlichen Wirkungen) mussten in den letzten fünfzig Jahren schrittweise herabgesetzt werden. Heute steht fest, dass keine «Toleranzschwelle» für radioaktive Bestrahlung existiert. Laufend treten neue, bisher nicht berücksichtigte Wirkungen geringer Strahlendosen zutage: besondere Gefährdung der Föten, Herabsetzung der Abwehrkräfte gegen Krankheiten, Gehirnschäden.

● Der atomare «Kreislauf» leckt überall, auch dort, wo dies gar nicht denkbar ist.

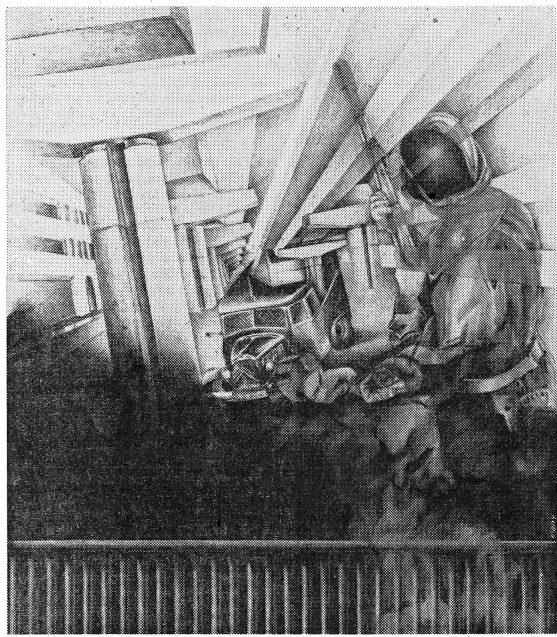
● Die Antwort der Atomindustrie auf diese atomaren Lecks ist die Forderung nach Herabsetzung der erlaubten Emissionswerte, speziell für den Betrieb des schnellen Bräters und der Wiederaufbereitungsanlagen. Sie hat diese Forderung in Dutzenden von Bewilligungsverfahren für AKW-Projekte – immer mit dem Hinweis auf die Wirtschaftlichkeit – auch durchgesetzt.

● Die Wahrscheinlichkeit eines Unfalls von katastrophalem Ausmass – etwa die Freisetzung von 20 bis 30 Prozent des radioaktiven Inventars eines grossen Reaktors durch das Verschmelzen des Reaktorkerns (man erinnert sich an Harrisburg) – ist völlig unbekannt. Diesbezügliche Hypothesen beruhen auf Annahmen, die durch das Ausbleiben bzw. Eintreten solcher Unfälle erst empirisch getestet werden müssten.

● Die offiziellen Katastrophenpläne haben schlicht mit den zu erwartenden Auswirkungen nichts zu tun, sie gehören ins Gebiet der «Public Relations»; die darin vorgesehenen Massnahmen sind einfach und durchführbar. Nach Geheimplänen der deutschen Bundesregierung sollen atomar verseuchte Gebiete militärisch abgesperrt werden, die darin eingeschlossene verstrahlte Bevölkerung soll an der Flucht gehindert werden. Entsprechende Vorkehrungen wurden in Nato-Manövern bereits erprobt!

Die hier summarisch geschilderten Sachverhalte vermögen kaum die Dimension des atomaren Abenteuers anzudeuten, das Strohm auf über 1500 enggedruckten Seiten bis ins letzte Detail schildert.

Das Buch von Holger Strohm ist im freien Buchhandel vorerst nicht erhältlich. Es kann aber bestellt werden bei AGZ, Postfach 2018, 8023 Zürich. Es kostet 20 Franken.



Zeichnung: Claire Zahnd

Politik in der BRD

Wann geht Schmidt zur CDU?

Wird Helmut Schmidt im Jahr Orwells als Spitzenkandidat der CDU eine weitere Amtsperiode als deutscher Bundeskanzler anstreben? Wer seit der letzten Bundestagswahl gewisse Bewegungen in der Parteienlandschaft aufmerksam verfolgte, kann diese Frage nicht nur als absurden Witz begreifen. Er wird Schmidts Chancen als CDU-Kandidat aber vorsichtig einschätzen müssen, weil dieser Kandidat für viele in der jüngeren Generation der bürgerlichen Christenpartei zu unbeweglich-konservativ ist, ein phantasieloser Pragmatiker, dem das Geschäft der Machterhaltung vor der Beschäftigung mit unkonventionellen Ideen steht. – Das Parteienspektrum in der BRD ist nicht mehr zuverlässig abzustecken und einzuordnen.

Im wesentlichen liegt das daran, dass neue Kategorien des politischen Denkens aufgetaucht sind, für die man die Kriterien nicht ohne weiteres im alten Links-rechts-Schema findet und für die Verhaltensregeln auch noch nicht in Parteiprogrammen festgeschrieben sind. Über die Frage etwa nach dem Sinn des unendlichen Wachstumsstrebens gibt es verschiedene Antworten oder wenigstens Mutmassungen in allen Parteien; das steigende Brutto sozialprodukt ist bei den Gewerkschaften die heilige Kuh als bei manchem Vertreter der Kapitalinteressen; Ziele der internationalen Solidarität werden bei der «Linken» schnell unpopulär, wenn die «Rechte» mit dem Gespenst gefährdeter Arbeitsplätze operiert; Sorgen um die Endlichkeit der globalen Ressourcen werden überall diskutiert.

Insbesondere bei der moralischen Qualifikation politischer Vorgänge gibt es Brüche quer durch die Parteien. Da ist zum Beispiel der sozialdemokratische Bundestagsabgeordnete Karl-Heinz

Hansen, der die Politik seines Bundeskanzlers in Sachen Rüstung und Waffenexport als Schweinerei bezeichnet und dafür vom Establishment der Partei fürchterliche Prügel bezieht, und auf der anderen Seite gibt es den einflussreichen Fernsehmann Franz Alt (Report, Baden-Baden), der als CDU-Mitglied die gleiche Position wie Hansen bezieht, dann aber noch hinzufügt, wenn seine als christlich deklarierte Partei gegen diese Politik Schmidts nicht Front mache, stehe man vor einem Abgrund von Heuchelei. Wie wirkt so etwas auf der (angebliehen) Gegenseite? Der Sozialdemokrat Emil Obermann mokiert sich achselzuckend über seinen Berufskollegen Alt: «Er ist eben ein Ethiker!» An solchen Kleinigkeiten wird deutlich, wo und wie sich die Geister scheiden.

Es geht da nicht mehr nur um die altbekannten Flügelkämpfe, es ist eine Auseinandersetzung um wesentliche Inhalte der politischen Arbeit im Gang, um Entscheidungen auch, die weit über das bundesdeutsche Tagesgeschehen hinausreichen. Die rüde Art, mit der die neue amerikanische Regierung der BRD ihre Vasallenrolle vor Augen führt und entsprechenden Gehorsam fordert, ist eine Herausforderung, auf die man keine Antwort im Parteibuch findet. Die Taktik der Politiker verliert da schnell den Kontakt zur Basis. Wenn Schmidt und Genscher sich beim Wettbewerb um die Macht aus zweiter Hand gegenseitig in Unterwerfungsgeländen vor dem Sheriff in Washington überbieten, geben sie nicht nur politische Wertvorstellungen preis, sondern vergessen auch jede Rücksicht auf deutsche Selbstwertgefühle. Anders Willy Brandt. Er erkennt bei seinem Wunsch nach einem stärkeren Europa bereits die Gefahren des amerikanischen Fahrwassers, aber bevor ihm

Schmidt und Apel folgen werden, kann er mit der Unterstützung aus andern Parteilagern rechnen. Und bei der Gefolgschaft für Reagan geht es nicht mehr um Nuancen, sondern um die politische Gretchenfrage schlechthin.

Zwar stehen dort, wo die grossen bundesdeutschen Parteien verwaltet werden, noch verwirrte Pfeiler traditioneller Prinzipien, aber zwischen diesen Pfeilern sind Gedanken denkbar geworden, die rundum Irritationen auslösen, und über alle verstaubten programmatischen Schemata hinweg gibt es einen wachsenden Konsens der Entscheidungsnöt vor den meisten Zukunftsfraßen. Helmut Schmidt und Erhard Eppler verkörpern eine Partei, aber gleichzeitig zwei Welten des Denkens, die Folge davon könnte eigentlich nur die Trennung sein. Oder das ehrliche Eingeständnis, dass die Partei ein Karrieristenverein ohne politische Inhalte ist.

Der Schweizer Hans A. Pestalozzi, der Schrecken der Zürichsee-Goldküste, der BRD kürzlich durch einen Fernsehfilm bekannt geworden, wird am 11. Mai nach Bonn reisen, um mit Bundestagsabgeordneten über Hintergründe der Jugendrebellion zu sprechen. Die Einladung dazu ging nicht von Judos und nicht von Jusos aus, sondern von der CDU/CSU-Fraktion. Aus diesem erstaunlichen Vorgang kann man zynisch schliessen, dass nun auch alternative Gedankenspiele folgenlos konsumierbar geworden sind. Der Vorgang zeigt aber auch, wie sich die Sozialdemokraten in der konsequenten Fortführung ihrer historischen Rolle als korrupter Aufsteigerpartei die Auseinandersetzung um heisse Fragen aus der Hand nehmen lassen. Man könne auf die Jugendkrawalle nicht einfach mit Polizeieinsätzen reagieren, ohne nach den Ursprüngen zu forschen, sagte Helmut Kohl. Dem andern Helmut wird die Angst vor der linken Etikette eine solche Einsicht vielleicht demnach verschlossen sein.

Roman Brodmann

Zürcher AJZ nach neuem Krawall wiedereröffnet

Frühlingserwachen in der Grossstadt

Von Nicolas Lindt

In Zürich hat alles begonnen. Inzwischen sind in Basel, Bern und St. Gallen Autonome Jugendzentren eröffnet worden – nur die Türen des Zürcher AJZ blieben verbarrikadiert. Doch die Ereignisse in dieser Stadt überstürzten sich wieder einmal. Der Frühlingsbeginn brachte eine Konfrontation von Frieden und Gewalt, einen Ausbruch von Gefühlen und Aggressionen, wie sie nur in einer kaputten Grossstadt möglich sind.

Der Frühling erwachte schon am Donnerstagabend, als noch vor dem AJZ das Schigu besetzt wurde – völlig überraschend für die meisten von uns. Das Schindlergut, eine alte Villa mit Park, mitten in der Stadt gelegen, war 1978 zwei Wochen lang Autonomes Jugendzentrum. Mit Polizeigewalt setzten damals die Behörden dem Aufblühen der Autonomie ein rasches Ende. Aus dem Schigu wurde eine Jugend-Freizeitstätte mit Öffnungszeiten, Betreuung und al-

ben: Hopp, schon steht er draussen im Hof, die Räder in der Luft, die «Mitenand»-Initiative am Boden verstreut...

Nicht alle beteiligten sich an der Befreiungsaktion, viele schauerten nur zu. Aber nur wenige setzten sich. Auch für mich stimmte, was da vor sich geht, es entspricht der Stimmung, die in der Luft liegt. Grossstadt-Feelings... Vorbei mit der Biederkeit, Anständigkeit, Kompromissbereitschaft, Durchschnittlichkeit. Alles total, radikal, extrem. Am Boden sitzt ein Punk, vor ihm eine Punk-Frau. Mit der Schere schnipselt er ihr noch die letzten Haare vom Kopf. Vorne am Eingang entsteht eine Schlange. Jemand blutet. Plötzlich Betroffenheit, einige Sekunden lang. Weiter. Irgendwer hat es geschafft, das Büro aufzubrechen. Draussen im Hof züngeln schon die Flammen. Die Bürokratie fängt Feuer. Ab 23 Uhr ist das Schigu offiziell geschlossen. Es ist kurz vor Mitternacht. Die lange Nacht im Schigu dauert noch bis zum frühen Morgen.

Ueli Haldimann, 68er Linker und Journalist, schreibt am Samstag im «Tages-Anzeiger», dass die Besetzung des Schigu «in unsinnige Zerstörungen ausartet». Unsinnig? – Zerstörung kann sehr sinnvoll sein, sinnvoll im Sinne von sinnlich. Zerstörung kann Befreiung bedeuten. Befreiung der Gefühle, die in dieser Stadt unterdrückt werden – die manchmal explosionsartig an die Oberfläche dringen, nach Luft schnappen, wild um sich schlagen. Unbegreiflich für die Vernünftigen, solange sie nicht mitfühlen. Am nächsten Morgen wird im Schigu aufgeräumt, am Mittag gibt es für alle Nudeln mit Champignonsauce.

Psychologie und Gewalt

Samstagmittag, Zürcher City. Polizeiwagen fahren durch die Strassen, mit Transparenten: «Demo ja, Lampe kei, Chaos nei». Junge Polizeiaspiranten in Zivil verteilen am Bellevue Flugblätter in die Demonstranten, die sich dort versammeln. Die Polizei ruft zu einer friedlichen Demo auf. Die Idee stammt von der Info-Stelle der Kontonspolizei. Pressesprecher Leiser: «Ich mache schon 10 Jahre PR, aber so etwas haben wir noch nie gemacht. Wir wollten mit unserer Aktion dem Vorwurf entgegenreten, die Polizei sei stur und un kreativ. Insgesamt verteilen wir 5000 Flugblätter, und wir hätten noch viel mehr verteilen können. Die Reaktion der Leute auf der Strasse war positiv. Ich sehe ein, dass Demos notwendig sind, aber sie müssen friedlich verlaufen. Mit unserem Aufruf

eines Polizeipsychologen», der die Demo zum Weitergehen auffordert. Frühlingsanfang in Zürich: Psychologie statt Gewalt?

Die sanfte Stimme heisst Bieler, dipl. Psychologe, Chef der Ausbildung bei der Stadtpolizei. Als ich ihn später zu seiner Rolle an diesem Samstag befrage, weicht er aus. Er will sich offensichtlich innerhalb der Polizei nicht zu stark exponieren mit seiner Haltung. Es war das erste Mal, dass Bieler so direkt eingeschaltet wurde, und er wollte sich dieses Vorgehen auch für ein nächstes Mal offenhalten, sagt er. Die Stunde der Tauben?

Friedliche, gelöste Stimmung kommt auf, wie schon lange nicht mehr. Alle strahlen sich an: Der Frühling hat gerade erst begonnen, und wir sind schon im AJZ. Der Verein Frühlingsdemo hat – mit Hilfe des Polizeipsychologen – erreicht, dass wir zwei Stunden im AJZ bleiben können. André Eisenstein vom Verein pro AJZ, der die Demo mitorganisierte: «Wir wollten dann verhandeln. Bieler, der Psychologe, nahm uns im Auto mit zur Einsatzzentrale der Polizei. Wir mussten vor dem Eingang warten. Nach einer Weile kam Stadtrat Frick,

neben Nebenraum gebracht. Mehrere Polizisten stehen da, im Halbkreis, wie wenn sie mich erwartet hätten. Ich sehe Blut am Boden, und mir kommt der Typ in den Sinn, den sie kurz vorher ebenfalls von der Strasse weg verhaftet und in diesen Raum geschleppt haben. Nachher fuhr das Krankenauto vor. Ein Schmier nimmt mir die Brille ab. Sie schlagen auf mich los, beschimpfen mich, sicher zehn Minuten lang. Als ich am Boden liege, mich krümme vor Schmerz, sprayt mir ein Polizist Tränengasspray mitten ins Gesicht. Ein Polizeioffizier steht daneben, schaut zu. «Und Sie dulden das», schreie ich ihn an. Er verzieht keine Miene. Sie reissen mich hoch, schlagen weiter auf mich ein. Offenbar wissen sie, dass ich zum Verein Frühlingsdemo gehörte und die Demo mitorganisierte. Einer legt mir ein Elektrokabel um den Hals und zieht es langsam zusammen: «Das sollte man mit dir machen, genau das.» Dann werde ich zum Verhaftungswagen geschleppt.

Montagabend, Blitzdemo durch die City. Strömender Regen. Kaum biegt der kleine Demo-Zug in die Bahnhofstrasse ein, rennen ein paar Leute los, an den Passanten vorbei, klirr klirr, die Bahnhofstrasse in Scherben. Wie ein Spuk, schon ist's vorbei. Verheerter vorne fährt die Schmier ein, verhaftet jeden, der ihr gerade in die Finger kommt. Elke: «Wir sind ins Tram gestiegen, aber



Am Morgen nach dem «sinnlosen» Vandalenakt im Schigu: Der Tresor brannte am längsten

der Polizeivorstand, zu uns heraus, sichtlich gelöst und gut gelaunt. Lassen Sie doch das AJZ offen, sagten wir. Kommt nicht in Frage, antwortete Frick. Auf dem Rückweg, wieder im Polizeiauto, meinte der Fahrer: «Ich sage euch nur, die Leute bei uns sind total geladen. Ihr könnt euch auf einen massiven Einsatz gefasst machen, so massiv wie noch nie.»

18.15 Uhr. Die 2-Stunden-Frist ist abgelaufen. Schawinsky vom Radio 24 telefoniert mit Pressesprecher Huber von der Stadtpolizei. Huber: «Das Hochbauinspektorat hat Klage wegen Hausfriedensbruchs gestellt. Der Entscheid für einen Polizeieinsatz erfolgt auf Grund dieser Klage, es ist kein politischer Entscheid. Die Stadträte werden deshalb nicht konsultiert.» In diesem Moment wird Zürich von der Einsatzzentrale der Polizei aus regiert.

18.20 Uhr. Aufmarsch der Truppen. Tränengaseinsatz. Fast 500 Mann im Einsatz. Zahlreiche Verhaftungen, sogar acht Sanitäter werden festgenommen. Fluchtende Demonstranten werden von Bürgerwehren oder von zivilen Schmier in Hinterhöfe gezerrt, zusammengepackt. Später am Abend zückt ein Polizist seine Pistole, zielt auf einen Demonstranten. Frühlingsanfang in Zürich. Der Polizeipsychologe kann nach Hause gehen, er wird an diesem Wochenende nicht mehr gebraucht.

Blut am Boden und ausgeschlagene Zähne

Am Sonntag wird das AJZ erneut besetzt. Wieder bleibt alles ruhig. Ungutes Gefühl im Magen: Wann kommen sie wohl? Gegen Abend wird ein Feuer angezündet. Seltsame Stimmung. Wir stehen uns Feuer herum und wärmen uns, wie wenn wir die letzten Überlebenden dieser Stadt wären.

Am Montagmorgen gegen 9 Uhr kommen sie, machen sich wieder breit im AJZ, spannen Stacheldraht und warten auf Anweisungen. Martin: «Am Nachmittag gehe ich beim AJZ vorbei, um zu sehen, was los ist. Ein paar Dutzend Leute stehen herum, ab und zu werden die Polizisten ausgebuht. Ich lese die Gummigeschosse auf, die noch am Boden liegen. Grenadiere, die vor dem AJZ patrouillieren, stürzen plötzlich auf mich los und zerren mich ins AJZ hinein: «Dich nehmen wir dran, du Steinschmeisser...» Ich werde in einen klei-

nen Raum geführt. Eine junge Frau werden mehrere Zähne ausgeschlagen, ihr Freund hat beide Arme gebrochen. Ein Kind ist allein zu Hause, weil die Eltern verhaftet sind und nicht mehr freigelassen werden. So ein Kind gehört sowieso in ein Heim, sagt die Polizei nachher am Telefon. Nach acht Tagen werden die sieben Leute wieder aus der U-Haft entlassen. Alle haben ein Verfahren am Hals: Gewalt und Drohung gegen Beamte.

Dienstagabend nach Beizenschluss, vor dem «Krokodil», einer Beiz, die als Treffpunkt der Bewegung gilt: Ein paar Leute stehen davor und schwatzen noch. Als ein Typ – nach Polizeiangaben – in der Nähe Autopneus aufschlitzt, will ihn eine Schmierpatrouille verhaften. Die Leute aus dem «Krokodil» kommen ihm zu Hilfe. Die Polizisten fordern Verstärkung an. Innerhalb Minuten treffen mehrere Streifenwagen ein. Wie wenn die Polizei eine Falle gestellt hätte. Eine Treibjagd durch die nächtlichen Strassen beginnt, die Flüchtenden werden angefahren, zusammengeschlagen, von Polizeihunden gebissen... Einige können entkommen, aber sieben werden verhaftet. Fast



Psychologie statt Gewalt?

alle sind verletzt. Einer jungen Frau werden mehrere Zähne ausgeschlagen, ihr Freund hat beide Arme gebrochen. Ein Kind ist allein zu Hause, weil die Eltern verhaftet sind und nicht mehr freigelassen werden. So ein Kind gehört sowieso in ein Heim, sagt die Polizei nachher am Telefon. Nach acht Tagen werden die sieben Leute wieder aus der U-Haft entlassen. Alle haben ein Verfahren am Hals: Gewalt und Drohung gegen Beamte.

Am 1. April bewilligt der Gemeinderat den Kredit für das AJZ. Schon am Tag darauf dürfen wir ungestraft den Boden des AJZ betreten. Das gleiche AJZ, aus dem wir wenige Tage vorher mit Tränengas hinausgejagt und hinausgeprügelt worden sind. So begann der Frühling in Zürich.

TIP·TIP·TIP·

Literatur-Zensur

«Mit bestem Dank zurück», dieser freundlichen Floskel geht die Nummer 50 der Literaturzeitschrift «drehpunkt» nach. Sie ist alljährlich, diese Redewendung, wo mit dem Druken von Geschriebenem geschäftet wird. «drehpunkt» suchte die Systematik: Zensur, politisch motivierte Zensur. Sie fand denn auch Beispiele dafür: Interview mit Reto Hänni über den Text, der im «Tages-Anzeiger-Magazin» nicht erscheinen durfte. Das Schweigen der Presse über die Bücher Otto Steigers, weil dieser ein Linker ist (vgl. seinen neuesten Roman «Spurlos vorhanden», Eco-Verlag, 1980). Sie fanden weitere, weichere Formen der Zensur, die sich hinter den «Zu lang», «Zu anspruchsvoll», «Passt nicht in unser Programm»-Argumenten versteckt. Da wird's schwieriger. Beispiele aus der Redaktionskiste des «drehpunkt» selbst zeigen jedoch, dass eine politisch motivierte Ablehnung offenbar durchaus auch Berechtigung haben kann – wenn sie von der «drehpunkt»-Redaktion herührt.

«drehpunkt», halbjährlich erscheinend, im Abo 15 Franken, Einzelnummer 8 Franken, Postfach 3559, 4002 Basel.

Literaturzeitschrift «orte»

Die Nummer 32 der Literaturzeitschrift «orte» bringt einen Aufsatz des Zürcher Dramatikers und Poeten Claus Bremer: eine Abgabe an die «konkrete Poesie», zu deren Vertretern er – mit anderen Schweizern wie Dieter Roth, Daniel Spoerri, André Thomkins – gehörte. Konkrete Poesie, für viele nur Spielerei mit Worten in bestimmten Anordnungen, war nach dem Zweiten Weltkrieg als lyrische Protestform gegen den Nationalsozialismus, gegen den Faschismus entstanden. Bald wurde jedoch diese Art des «nur noch Worte Schreibens» von der Grafik und Werbung vereinnahmt. Claus Bremer macht mit seinem Essay und vielen Beispielen seiner neueren Arbeiten deutlich, dass die Abgabe an die konkrete Poesie (die heute kaum mehr geschrieben wird und nur noch in Anthologien und schwer erhältlichen Bänden zu finden ist) ein Abgehen vom plakativen, pop-artig vermittelten Inhalt zur komplexeren Aussage bedeutet. Im selben Heft ist ein Interview mit Dora Koster über ihre Schreib-Erfahrung und -absicht abgedruckt.

«orte», erscheint fünfmal jährlich, Abo 25 Franken, Einzelheft 5.20 Fr., Postfach 2028, 8033 Zürich.

Berner «Telefonzytyg»

Nach Zürich soll nun auch in Bern eine «Telefonzytyg» rasche Gegeninformation verbreiten. Im Provisorischen Autonomen Jugendzentrum, auch «Roschi-Palatz» genannt, hat sich eine Arbeitsgruppe «Telefonzytyg» gebildet, die das Projekt möglichst bald «ins Leben vor dem Tod rufen will». Zurzeit mangelt es aber noch an den nötigen Finanzen. Wer sich im Zeitalter von SRG-Monopol und Radio 24 regelmässig per Telefon informieren will, was in Bern – ausserhalb des Bundeshauses – so alles läuft, ist zur Unterstützung der Berner «Telefonzytyg» aufgerufen.

Postfach 1348, Bern, PC-Konto 30-37067.

Bald ein Videonetz?

Die Möglichkeiten des Mediums Video werden in der Schweiz bis heute noch wenig ausgenutzt. In den Videozentren stapeln sich zwar interessante Produktionen, doch fehlt die nötige Infrastruktur, diese Bänder sinnvoll auszuwerten. Der Videoladen Zürich schlägt deshalb vor, ein Netz von Videospielestellen aufzubauen: Beteiligten sollen sich Kollektivbeizen, Freizeitanlagen, Kulturzentren, AJZ usw. Dadurch könnten aktuelle Produktionen in kürzester Zeit an vielen Orten gezeigt werden. Diese Abspielstellen hätten die Möglichkeit, ein regelmässiges oder thematisch ausgerichtetes Programm zu zeigen, das sie selbst aus den bestehenden Videotheken zusammenstellen könnten. Die Leute vom Videoladen möchten auch das Projekt «Monatsschau» diskutieren: Aktuelle Ereignisse im lokalen und regionalen Bereich – von Videogruppen dokumentiert – könnten an verschiedenen Abspielstellen vorgeführt werden.

Der Videoladen Zürich lädt alle Interessierten zu einem Treffen ein: am Sonntag, 26. April, 19 Uhr, im Filmkollektiv, Josefstrasse 106, 8005 Zürich (Infos bei: Videoladen, Tel. 01/241 77 90, täglich 13.30-18.30 Uhr).

Spots

Dem Zürcher Kantonsrat liegen Informationen vor, wonach die Polizei neuerdings einen Funkpfeifen unterhält, um bei Demos und anderen Aktionen gegen allfällige Radiopiraten vorzugehen. Wieder einmal wissen die PTT von nichts, denn bis jetzt haben sie nichts gegen das rechtswidrige Einschalten der Polizei in den Ätherkrieg unternommen.

Die Polizei würde allzuerne die Besetzer vom «Schindlergut» verhaften, kann aber nicht. Noch weigert sich der Verein Jugendhaus Zürich (VJZ), Anzeige gegen die Besetzer einzureichen, ohne die eine Verhaftungsaktion nicht durchgeführt werden kann. Die Besitzerin des «Schindlergutes», die Zürcher Stadregierung, hat jetzt dem VJZ die Kündigung angedroht, falls er sich weiterhin weigert, Anzeige zu erstatten.



Foto: Michel Frick

Dein Freund und Helfer

ternativem Konsumprogramm. Damit schien das Kapitel Schigu erledigt. Aber nicht alle hatten die autonomen Tage in der ehrwürdigen Villa vergessen – und am 19. März 1981 wurde sie zum zweiten Mal besetzt.

Die Auferstehung der Autonomie

Donnerstagabend, 22 Uhr. Alle Räume des Schigu hell erleuchtet, mehrere hundert Leute im Innern des Hauses, im Hof und im Garten. Die Polizei ist vorbeigekommen, hat sich aber wieder verzogen. Abwarten. Jemand ruft zu einer VV auf, noch jemand will lieber ein Fest



Die inoffizielle Wiedereröffnung am 21. März

machen. Aber nichts von dem kommt zustande, denn das Schigu ist noch nicht zurückerobert, das ganze Haus ist noch erfüllt vom sterilen Geruch einer alternativen Freizeitanlage.

Drohende Punk-Sounds aus der wiederbelebten Diskothek. Der hinterste Winkel des Schigu wird umgekrempelt. Eine «Kulturrevolution» fegt durch das alte Haus. Der Leserraum wird unleserlich gemacht, der Getränkeschrank fließt in Strömen, die alkoholfreie Bar schenkt ab sofort Bier und Merlot aus, und sogar der echtitalienische Eselskaren mit Propagandamaterial für die «Mitenand»-Initiative muss dranglau-

wollen wir vor allem die Mitläufer ansprechen.»

Demo zum Frühlingsanfang: strahlender Sonnenschein, über 8000 Mitläuferinnen und Mitläufer auf der Strasse. Als der Demo-Zug die Limmatstrasse erreicht, wird das AJZ besetzt, als wäre es die selbstverständlichste Sache der Welt. Immer mehr Leute strömen hinein, können es noch gar nicht recht glauben: Nach der AJZ-Besetzung am 24. Dezember schlug die Polizei schon nach wenigen Minuten los – diesmal bleibt alles ruhig. Nur ein Wagen mit Lautsprecher fährt vorbei, daraus ertönt – laut «Tages-Anzeiger» – «die sanfte Stimme

Polens Arbeiter und Bauern in der Offensive

DIE PARTEI IM SANDWICH

Von Andreas Hössli, Warschau

Anfang August 1980, wenige Tage vor dem Streik in der Gdansk Lenin-Werft, zählen die «freien Gewerkschaften» Polens acht Mitglieder. Vier Monate später sind es acht Millionen. Im ersten Programm vom September will sich «Solidarnosc» auf gewerkschaftliche Ziele beschränken. Die Bewegung treibt weit darüber hinaus. Bereits im November bereitet sich «Solidarnosc» im Kampf um rechtliche Anerkennung auf einen Generalstreik vor. Ende März nun wird der Generalstreik nach der Polizeilaktion in Bydgoszcz in die Wege geleitet. Die Auseinandersetzung um die unabhängige Bauerngewerkschaft steht bevor. Die herrschende Staats- und Parteielite verteidigt das Machtmonopol vor dem Ansturm der Arbeiter und Bauern.

Anfang Februar lassen Angestellte des Lodzer MZW-Spitals in der Kantine Lebensmittel verteilen, die für die Direktion reserviert sind. Fünf werden entlassen. Am 10. März legen darauf 300 000 Streikende die Stadt lahm: sie verlangen die Wiedereinstellung sowie Garantien für die gewerkschaftliche Tätigkeit im Spital.

Einen Tag später beraten die Delegierten des überbetrieblichen «Solidarnosc»-Komitees (MKZ) in Radom über Kampfmaßnahmen: es geht um Schikanen der Polizei gegen «Solidarnosc»-Mitglieder, das MKZ verlangt dazu die Entlassung verschiedener Staats- und Parteifunktionäre und eine Untersuchung gegen die Verantwortlichen der Polizeilaktion von 1976.

Niemand weiss in Radom zu dieser Zeit, dass das Oberste Gericht Anfang Januar in einem Rekurs eines betroffenen Arbeiters entschieden hat, dass «die Streiks von 1976 eine legale Form des Protests waren». Denn dieses Urteil wurde unter Verschluss gehalten.

In Bydgoszcz werden Gewerkschafter zusammengeschlagen, «Solidarnosc» leitet den Generalstreik vor – der in letzter Minute von der zentralen Leitung abgeblockt wird, um der Sowjetunion keinen Vorwand zur Okkupation Polens zu geben. Die unabhängigen Gewerkschaften sind zu einer Macht geworden, in welche Richtung geht ihr Kampf heute?

Ohne «Solidarnosc» läuft nichts

Als die Gründer im August statt «freie Gewerkschaften» den Namen «Unabhängige, selbstverwaltete Gewerkschaft Solidarnosc» wählten, war das kein Zufall. «Unabhängig» von den Arbeitgebern, den Direktoren, Ministern und Parteinstanzen soll die Gewerkschaft sein und «selbstverwaltet», was die demokratischen Bestrebungen in der Bewegung und den Veränderungen in Staat und Wirtschaft unterstreicht. Der Prozess der «grundlegenden Veränderungen» beginnt «mit der Einführung der Öffentlichkeit unseres sozialen und wirtschaftlichen Lebens und der Schaffung von Bedingungen der Zusammenarbeit und Mitverantwortung für das Schicksal unseres Landes und unserer Gesellschaft», heisst es in der ersten politischen Erklärung. Neben dem Recht zur Bildung einer unabhängigen Gewerkschaft stehen denn auch die Beteiligung an einer Reformdiskussion und die Beurteilung der grundlegenden Planentscheide durch «Solidarnosc» im Mittelpunkt der Vereinbarungen mit der Regierung.

Die anfängliche Beschränkung auf rein gewerkschaftliche Ziele wird für «Solidarnosc» zu einem echten Problem, denn «schon die ersten Tage zeigten, dass uns die Arbeiter und eigentlich die ganze Gesellschaft in Bereiche ausserhalb der Kompetenzen unserer Gewerkschaft drängte», meinte kürzlich ein «Solidarnosc»-Vertreter aus Warschau in einem Interview. Und in der Tat beginnen sich die Arbeiter spontan in die Belange der Wirtschaftsverwaltung und Produktion einzumischen. In Schlesien arbeitet «Solidarnosc» eine eigene Planversion für die Kohleförderung aus, weil wegen der Fälschungen innerhalb des bürokratischen Betriebes niemand die wirkliche Produktionsmenge und Produktionsbedingungen kennt. In der Traktorenfabrik Ursus kommen dieser Tage Gewerkschaftsdelegierte mit Vertretern der Direktion und Partei zusammen, um erste Schritte für eine «realistische Planung» zu machen. Bei der Überwindung von Produktionsengpässen, der Ausnutzung brachliegender Anlagen, beim Umweltschutz oder beim Kampf gegen die Verschwendung von Rohstoffen und anderen Produktionsmitteln sind die «Solidarnosc»-Organisationen dabei, oft im Konflikt mit Betriebsleitung oder Direktion.

«Materielle Legalität» nennen die «Solidarnosc»-Mitglieder diese Tätigkeit. Nach dem gültigen System wären zum Beispiel Personalentscheidungen die alleinige Sache der Parteinstanzen. Doch «Solidarnosc» schert sich kaum um ein

solche formale Kompetenzfragen. Bei der Besetzung von Kaderpositionen reagiert «Solidarnosc» mit stillschweigendem Einverständnis oder mit offener Ablehnung. Mehr als die Hälfte der 49 Bezirkspräsidenten (Wojwoden) und Hunderte von Direktoren und Parteisekretären mussten in den letzten 7 Monaten den Hut nehmen. Mit Unterstützung des MKZ der Hütte Katowice besetzten Arbeiter Ende Jahr über hundert leerstehende Wohnungen bei Dabrowa Gornicza und erhielten davon 70 zugeteilt.

Das Entscheidungsmonopol des Staats- und Parteiapparats ist vor allem auf lokaler Ebene gebrochen, ohne dass «Solidarnosc» schon direkt in Entscheide eingreifen könnte. Denn trotz der Macht der Bewegung, welche in der spontanen Aktivität von Millionen Polen zum Ausdruck kommt, gibt es keinen politischen

Was aber verlangt die Basisbewegung in der Partei? «Schon heute muss der Kampf um die Sprengung des Monopols der ausführenden Parteiorgane bei den Kader- und Programmatscheiden aufgenommen werden. Das gelingt nur unter der Bedingung der Organisation der gewöhnlichen Mitglieder von unten», schreibt ein politischer Kommentator im Bulletin der Parteibewegung. Demokratische Spielregeln sollen die Macht des Apparats brechen und «den wählbaren Instanzen die leninistische Funktion der Delegiertenräte zurückgeben» (aus einem Diskussionsbeitrag). In solchen Forderungen spiegelt sich die Tatsache, dass rund die Hälfte der drei Millionen Parteimitglieder heute bei «Solidarnosc» eingeschrieben ist.

Warum eine Bauerngewerkschaft?

Nach Meinung der offiziell registrierten Wochenzeitung «Polityka» fristet die ländliche Dorfgemeinschaft ein Leben wie in der «dritten Welt», der Bauer werde als «Bürger dritter Klasse» behandelt. «Wenn sie (die Bauern) über Kohle reden, so fragen sie, warum der Bauer für die Schweine erhält, aber nicht für die Kinder, warum der Zement für den Bau von Villen reicht, nicht aber für den Stall, warum die Maschinen nicht der bekommt, der sie am meisten braucht, sondern der, der Beziehungen und mehr Geld zum Schmieren hat.» Das Haupt-



Rahmen, in dem «Solidarnosc» in den Hauptfragen der Wirtschaft mitreden könnte.

Die Partei auf den Kopf und Lenin auf die Füße gestellt?

In der Schiffswerft Tworim in Torun wählen die Parteimitglieder schon im August einen neuen Vorstand: die Mehrheit Mitglieder des damaligen Streikkomitees. Ende September kommen die Vertreter von acht betrieblichen Parteiorganisationen in Torun zusammen: sie wollen die Demokratisierung der Partei vorantreiben. Heute sind in Torun 32 betriebliche Parteiorganisationen in der zwischenbetrieblichen Kommission vereinigt, und solche Kommissionen verbreiten sich im ganzen Land. Einer der Vorkämpfer von Torun und Arbeiter bei Tworim, Iwanow, wird zum 1. Sekretär der Betriebsorganisation der Partei gewählt. Doch die örtliche Kontrollkommission schliesst Iwanow aus der Partei aus. Die Parteiorganisation von Tworim protestiert und erklärt öffentlich, dass sie Iwanow «weiterhin als 1. Sekretär im Betrieb anerkennt».

Welche Stimmung herrscht in der Parteilinie, zeigt der Beschluss des Zentralkomitees vom 29. März: Die Parteiführung muss zwei der Forderungen der Basisbewegung anerkennen, nämlich die geheime Wahl und die unbegrenzte Kandidatenzahl bei den Wahlen für die Kongressdelegierten, ein verbindliches Datum für die Durchführung des Parteikongresses wird festgesetzt, nachdem dieser immer wieder verschoben wurde.

problem: «Es geht nicht um einzelne Fälle von Unehrlichkeit. Es ist die Rede von den Folgen eines superzentralisierten, bürokratischen Herrschaftssystems, vom Entzug des Entscheidungsrechts der Bauern in den einfachsten Angelegenheiten, des Einflusses auf irgend etwas, was sie als Produzenten betrifft.» Die bestehende politische Struktur, inklusive die Genossenschaften, haben sich der Bauernschaft entfremdet. «Alle Institutionen mit dem Namen «Selbstverwaltung» wurden durch die Bürokratie kompromittiert, von der Selbstverwaltung blieben nur Schilder», schreibt «Polityka» weiter.

Saalszene in Bromberg: Ein Polizeimajor fordert die anwesenden Gewerkschafter auf, binnen 15 Minuten das Gebäude zu verlassen. Ein Gewerkschafter: «Sie haben kein Recht, der unabhängigen, selbstverwalteten Gewerkschaft solche Bedingungen zu stellen.» Polizeimajor: «Ich tue dies im Namen der Arbeiter- und Bauern-Klasse.» Gewerkschafter: «Die Arbeiter- und Bauern-Klasse stellt ihrer Gewerkschaft keine Ultimaten»...

Polens Bauern verlangen daher die Schaffung von echten, selbstverwalteten Genossenschaften, Einfluss bei der Festlegung der Preise und die gerechte Verteilung der Produktionsmittel. Die radikalisierte Bauernschaft will sich daher mit dem vom Obersten Gericht aufgezungenen Status einer Vereinigung nicht zu-

Wann greift Moskau ein?

Trotz der moderaten Tonalität von Breschnews Polenkommentaren am Parteikongress der tschechoslowakischen KP und der Beendigung der Manöver bleibt die Frage einer militärischen «Bruderhilfe» offen. Die am Parteikongress von Husak (Chef der tschechoslowakischen KP) gegen Polens Führung vorgetragenen Angriffe lassen an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig. Wir zitieren deshalb in diesem Zusammenhang den tschechoslowakischen Exil-Dissidenten Jiri Pelikan, Mitglied der «Charta 77». In der Januar-Ausgabe der tschechoslowakischen Exil-Zeitschrift «Listy» erschien ein Aufsatz von ihm mit dem Titel «Die Lehren aus dem polnischen Sommer». Die folgende Einschätzung Pelikans der politischen Bedingungen einer sowjetischen Invasion Polens bleibt aktuell.

«Zahlreiche Journalisten befehlen sich zu erklären, warum Moskau diesmal nicht eingegriffen habe. Mir erscheinen derartige Kommentare verfrüht, denn das tatsächliche Dilemma, das ein Eingreifen Moskaus provozieren könnte, ist noch gar nicht eingetreten. Es ist bekannt, dass Moskau in Ländern seiner Einflussphäre unter zwei Voraussetzungen militärisch eingreift: Wenn die sich an der Herrschaft befindende kommunistische Partei selbst zum Träger demokratischer Reformen und damit zum Ketter wird, wie das bei der KP der Tschechoslowakei 1968 der Fall war, oder wenn die Partei sich selbst zu zerfallen droht, wie das im Jahr 1956 in Ungarn und Anfang dieses Jahres in Afghanistan der Fall war.

Keiner dieser Fälle trifft bisher auf die Situation in Polen zu: Die Partei ging zwar aus diesem Konflikt zweifellos in ihren Grundfesten erschüttert und geschwächt hervor, sie stellt aber auch weiterhin einen Machtfaktor dar, den die Streikenden, die Kirche und die politische Opposition anerkennen und mit dem sie bereit sind, Kompromisse zu schliessen. Nach der Wertung Moskaus gibt es in der polnischen Partei genügend internationalistisch gesinnte Führer und Funktionäre, um die Gewähr dafür zu geben, dass sie einen eventuellen Konflikt auch mit Gewalt lösen würden, das heisst unter Einsatz von Polizei und Armee, wenn auch deren Verlässlichkeit nicht hoch einzuschätzen ist. Erst wenn dieser Faktor entfallen würde, würde Moskau eine militärische Intervention erwägen. Eine derartige Situation existiert aber vorläufig noch nicht. Trotzdem darf nicht übersehen werden, dass die Kampagne in den sowjetischen Massenmedien gegen «antisozialistische Elemente», zu denen offen auch Lech Walesa gezählt wird, und «Einnischung aus dem Westen» bereits als psychologische Vorbereitung in der sowjetischen Bevölkerung dient, um eine entsprechende Entscheidung als unvermeidliche Massnahme zur Rettung des Friedens und des Sozialismus begründen zu können. Das Interesse an der Sicherung des (sowjetischen) Imperiums hat Vorrang vor der öffentlichen Meinung und dem Schicksal des Sozialismus. Im Notfall würde die Sowjetunion riskieren, dass der Sozialismus im Osten wie im Westen einen tödlichen Schlag erhielte.»

friedengeben, eine Gewerkschaft ist weniger abhängig von Behörden. Die Bauerngewerkschaft fordert die Parteimacht heraus, weil sie unmittelbar die gesamten sozialen Beziehungen auf dem Land, die Macht der Verwalter und Parteifunktionäre im Dorf in Frage stellt. Als Repräsentantin der 4 Millionen Privatbauern ist ihre Legalisierung aber nötige Bedingung für die Regelung der dringenden Wirtschaftsprobleme, so vor allem bei der Preispolitik bei den Lebensmitteln, ohne die jede Reform aussichtslos ist.

Der Konflikt um die Bauerngewerkschaft, deren Anerkennung die Regierung nun zum x-tenmal abgelehnt hat, spiegelt das Dilemma der Parteiführung: Zugeständnisse schwächen die Stellung des Partei- und Staatsapparats, doch gleichzeitig ist die Erweiterung der Kontroll- und Entscheidungsrechte der Arbeiter und Bauern eine Voraussetzung für die Lösung auch nur der dringenden wirtschaftlichen Probleme.

Die nächsten Konflikte sind schon vorprogrammiert

Der Konflikt zwischen der unabhängigen Gewerkschaftsbewegung einerseits und dem Staats- und Parteiapparat andererseits lässt sich nicht durch die Selbst-

beschränkung auf eine reine Gewerkschaftspolitik kanalisieren. Die Situation wird deshalb explosiv bleiben, und die Möglichkeit der landesweiten Ausweitung von lokalen Konflikten wird das Klima der nächsten Monate beherrschen. Bis heute sind die gesellschaftlichen Zielvorstellungen der «Solidarnosc»-Führung zu vage, als dass sie der tiefen Radikalisierung eine allgemein akzeptierte Richtung geben könnten. Die nächsten Konflikte liegen heute schon in der Luft: die Auseinandersetzung um das neue Zensurgesetz, die gewerkschaftliche Medienfreiheit, der Zugang zu Radio und Fernsehen, die Anerkennung der Bauerngewerkschaft und schliesslich das Gewerkschaftsgesetz und die Arbeiterselbstverwaltung, welche im Mittelpunkt der Diskussion über die Wirtschaftsreform steht. Hier schält sich auch ein gesellschaftspolitisches Programm heraus, eine Richtungsbestimmung, welche Institutionen geschaffen werden müssen, welche «politischen Garantien» – wie es der Wirtschaftsberater Ryszard Bugaj von «Solidarnosc» kürzlich ausgedrückt hat –, um der Arbeiter- und Bauernbewegung eine Teilnahme an den grundlegenden Entscheidungen in Wirtschaft und Gesellschaft zu ermöglichen.

Uno kritisiert Schweizer Finanzgeschäfte mit Südafrika

Banken finanzieren Apartheid

Von Walter Bertschinger

In Zürich fand vom 5. bis 7. April das «Internationale Seminar über Kredite an Südafrika» statt. Veranstalter war das Uno-Komitee gegen die Apartheid, unterstützt von der «Erklärung von Bern» und der «Schweizerischen Anti-Apartheid-Bewegung». Vertreter waren der ANC und PAC, afrikanische Diplomaten und die verschiedensten westlichen Anti-Apartheid-Organisationen. Die ebenfalls eingeladenen Schweizer Regierung und die Schweizer Banken fehlten hingegen: die Gnomen blieben in ihren Banktresoren.

Mit gutem Grund, wie sich schon nach wenigen Expertenbeiträgen zeigen sollte. Schweizer Banken nehmen in den Beziehungen zu Südafrika eine zentrale Rolle ein, dies insbesondere seit die Aktivitäten von Kirchen (vor allem in den USA) und Gewerkschaften (vor allem in Grossbritannien) verschiedene ausländische Grossbanken zum Abbruch der wirtschaftlichen Beziehungen mit Südafrika veranlasst haben. Fehlender Druck in der Schweiz hat den hiesigen Banken jedoch erlaubt, die Beziehungen zu Südafrika stark auszubauen. Vor allem spielten die Schweizer Banken bei der Überbrückung von Südafrikas Finanzkrise 1975-77 eine entscheidende Rolle.

Heute fliessen 60% des südafrikanischen Exportgutes über Schweizer Banken (Gold macht über ein Drittel der südafrikanischen Exporte aus). Allein in den ersten beiden Monaten dieses Jahres setzten schweizerische Banken auf dem schweizerischen Markt südafrikanische Anleihen im Wert von 93 Millionen Dollar 1974-79 auf dem internationalen Kapitalmarkt aufgenommenen Kredite ließen über Schweizer Banken. Über 10% der Anlagen ausländischer Banken in Südafrika stammen aus der Schweiz.

James Victor Gbeho (Ghana), der Vorsitzende des Uno-Komitees gegen die Apartheid: «... Schweizer Banken nehmen weiterhin eine führende Rolle in der Koordination verschiedenster südafrikanischer Finanztransaktionen ein, offensichtlich unter dem Schutz des schweizerischen Bankgeheimnisses. Nach unserer Meinung symbolisieren diese Kredite leider die konkrete Teilnahme der Schweiz an der Unterstützung eines der brutalsten Regimes seit dem Nazismus. Die schwei-



zerischen Kredite zeigen der südafrikanischen Regierung an, dass die Schweiz ein williger wirtschaftlicher Partner der Apartheid ist und dass soziale und ethische Erwägungen die Entscheidungen von Banken kaum beeinflussen, da diese ausschliesslich nach Profitkriterien handeln.»

Die Schlussdeklaration, welche namentlich die Schweizerische Bankgesellschaft, den Schweizerischen Bankverein und die Kreditanstalt erwähnt, hält fest: «Diese Kredite erlauben Südafrika auch, die Waffen- und Oelbomben der Vereinten Nationen zu durchbrechen.» Sollte sich die Schweiz weiterhin weigern, auf die Aufrufe der Uno einzugehen, sind Sanktionen gegen die Schweiz zu erwarten, im Extremfall der Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit der Schweiz. (Nur: ob diese Drohung überhaupt bis in die oberen Etagen der Bankenkuppel dringt? Die Red.)

Zeichnung: Eugen Bisig

Das Recht

...der freien Meinungs-Ausserung!



Autor: W. Fröhlich

In dieser Broschüre erzählt Walter Fröhlich seine Geschichte

Die Geschichte eines Geschäftsführers, der es gewagt hat, öffentlich seine Meinung zu sagen. Der die Brutalität der Zürcher Polizei in einem Leserbrief kritisierte – und darauf fristlos entlassen wurde.

Walter Fröhlich (48) leitete während Jahren die Zürcher Filiale des Modehauses Spengler. Weil er sich konsequent auf die Seite des Personals stellte, war er der Direktion ein Dorn im Auge. Aber noch fehlte ihr der konkrete Anlass, um den unbequemen Filialleiter loszuwerden. Da schrieb Walter Fröhlich seinen Leserbrief...

Die Dokumente in dieser Broschüre zeigen, wie es einem Geschäftsmann ergeht, der es wagt, aus seinen Reihen herauszutreten. Aus den abgedruckten Dokumenten geht hervor, was für ein Mensch das ist, dieser Walter Fröhlich. Er hat die Broschüre im Alleingang geschrieben und zusammengestellt. Er fand es wichtig, seine Geschichte an die Öffentlichkeit zu tragen, denn «was mir passierte, kann auch andere treffen». Ein Lehrstück...

Erhältlich bei «das Konzept», Weinbergstr. 31, 8006 Zürich zu Fr. 5.70 in Briefmarken.

Kollektiv sucht per sofort

Buchhalter(in)

2- bis 3-Tage-Woche.

Tel. (01) 42 15 45
Rolf oder Rosmarie verlangen.



Schallplatten

8001 Zürich, Obere Zäune 19
Tel. 01 69 4132

An- und Verkauf von Occasions-LPs
Studenten 10% Rabatt

Anwaltsbüro in Zürich
sucht

Anwalt (Anwältin)

und

Substituten (Substitutin)

per sofort oder später.

Anwaltsbüro Rambert und Garbade
Amtstr. 201, Postfach, 8040 Zürich
Tel. 52 90 77

Das

Schweizerische Arbeiterhilfswerk (SAH)

wird vom Schweiz. Gewerkschaftsbund (SGB) und der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz (SPS) getragen.

Wir suchen

auf den 1. Juni 1981 oder nach Vereinbarung

kaufm. Mitarbeiter(in)/ Sekretär(in)

für unser Sekretariat in Zürich.

Aufgaben:

- allgemeine Büroarbeiten
- Korrespondenz, Protokollführung
- Administration
- Bedienung einer kleinen Telefonzentrale

Organisatorisches Flair und Flexibilität sind unerlässlich.

Sind Sie an komplexen Aufgaben in kleinem Team in einer lebhaften Organisation interessiert? Wir bieten 42-Stunden-Woche bei gleitender Arbeitszeit, 4 Wochen Ferien, Bildungsurlaub, gute Sozialleistungen. Salär gemäss Bundesbesoldungsklassen.

Auskünfte und Anmeldung mit den üblichen Unterlagen:

Schweizerisches
Arbeiterhilfswerk (SAH)
Postfach, 8031 Zürich,
Tel. (01) 42 26 00

Inhalts- und Autorenverzeichnis 1972 bis 1980

Bestellen Sie jetzt zum
Subskriptionspreis
von 12 Franken.

Vorauszahlung
auf PC 80-37 626,
das Konzept, Zürich
mit Vermerk
«Verzeichnis 72-80»
auf der Rückseite des
Abschnittes.

Diskreter Versand hygienischer Artikel!

R3 aktiv-feucht

mit Reservoir

21 Stück Fr. 14.-
51 Stück Fr. 33.-
150 Stück Fr. 85.-

Tempo-Versand
Postfach 43, 9013 St. Gallen

Encounter Overland

stellt seine abenteuerlichen Reisen vor:

Expeditionen durch Afrika, Asien
und Südamerika, Yachtferien im
Indischen Ozean, Trekking und
Schlauchbootfahrten im Nepal und
Ostafrika-Safaris.

Lass dich vom Encounter Overland
mit Film und Dias (in englischer
Sprache) informieren am:

11. Mai in Wettingen

Hotel Zwyssighof, Alberich Zwyssig-Str. 78

12. Mai in St. Gallen

Hotel Ekkehard, Rorschacher Str. 50

13. Mai in Zürich

Hotel Limmathaus, Limmatstrasse 118

15. Mai in Bern

Zunftthaus zu Webern, Gerechtigkeitsgasse 68

18. Mai in Basel

Restaurant Löwenzorn, Gernsbach 2

Beginn der Veranstaltungen: 20.00 Uhr
Eintritt frei

SSR-Reisen
anders als anders

Basel, Bern, Biel, Chur, Luzern, St. Gallen,
Zürich. Telefonverkauf: 01/242 30 00.



TAI CHI

Diese Bewegungsmeditation aus dem alten China steigert die Konzentrationsfähigkeit, macht den Körper gesund und flexibel und lehrt, sich zu entspannen.

Unverbindliche
Demonstrationsstunde:
24. April 1981, 18.00 bis 19.30 Uhr
Evangelisches Seminar
Seminarsstrasse 29, 8057 Zürich

Kosten: Fr. 15.-

Anfragen:

Eva Koller
Lerchenhalde 37, 8046 Zürich
Tel. 57 62 72



braucht

Hörer,
(01) 242 11 12

und Gönner
(PC) 80-53650

Sardinien

Abflug jeden Samstag ab Zürich oder
Genf nach Olbia.

Tennis

Können und alle, die es werden
können, treffen sich in Alghero.
1 Woche Fr. 990.- Auf Wunsch auf
2 Wochen (Fr. 1490.-) oder 1 Woche
zusätzlich auf eigene Faust (Fr. 1020.-).
Neu: 1 Woche Tennis und 1 Woche Rund-
reise mit SUNDECKER, Fr. 1290.-.

Baden

14 Tage lang dem Alltag davonschwimmen
und am kilometerlangen Strand bei
Alghero unter sardinischer Sonne liegen.
Fr. 1090.- bis 1260.-, alles inbegriffen.

Wandern

Sardinien auch dort kennenlernen, wo
man nur zu Fuss hinkommt.
23.5.-6.6., 6.-20.6. Fr. 1130.-
5.-19.9., 19.9.-3.10., 3.-17.10. Fr. 1150.-

Auf eigene Faust

Mach, was du willst.
14 Tage lang Fr. 490.- - 560.-, inklusive
2 Übernachtungen in Olbia.

Fly-Drive

Mit Mietwagen und am besten mit Zelt
und Schlafsack. 7 oder 14 Tage.
Fr. 675.- bis 725.- für 7 Tage.

SSR-Reisen

Basel, Bern, Biel, Chur, Luzern,
St. Gallen und Zürich.

Telefonverkauf 01/242 31 31

anders als anders
Reisen
für
junge Leute.

Tramp doch ämal inä!

■ OFFSET-SYSTEMDRUCK

EXEMPLARE	1-seitig	beidseitig
bis 200	15.80	29.40
300	22.-	40.40
400	26.50	48.20
500	29.60	53.20
600	32.20	57.20
700	34.80	61.20
800	37.30	65.-
900	39.70	68.60
1000	42.-	72.-
2000	78.-	132.-
5000	171.-	282.-

■ PLASTIC-SPIRALBINDUNGEN

■ BROSCHÜREN

(Dissertationen)

■ XEROX - DRUCKKOPIEN

Preise (pro Vorlage)

1	50 Druckkopien	10 Rappen/Druckkopie
	60 Druckkopien	= Fr. 5.70
	70 Druckkopien	= Fr. 6.30
	80 Druckkopien	= Fr. 6.80
	90 Druckkopien	= Fr. 7.20
	100 Druckkopien	= Fr. 7.50
	150 Druckkopien	= Fr. 11.25
	200 Druckkopien	= Fr. 15.-
	jede weitere Druckkopie	= 7,5 Rappen

SORTIEREN GRATIS

A 4 Kopien (IBM und XEROX-Bücherkopierer)	15 Rappen
A 3 Kopien	30 Rappen
Verkleinerungen (stufenlos 100 % bis 61 %)	25 Rappen

Montag bis Freitag 08.00 Uhr bis 18.00 Uhr
SAMSTAG: Nur Copy-Center Sonneggstrasse
10.00 Uhr bis 14.00 Uhr

ADAG
ADMINISTRATION & DRUCK AG

ADAG COPY-CENTER
Sonneggstrasse 25
8006 Zürich
Tel. 01/47 35 54

ADAG COPY-CORNER
Seilergraben 41
8001 Zürich
Tel. 01/251 49 34

ADAG COPY-CENTER
Josefstrasse 32
8005 Zürich
Tel. 01/42 49 48

In Nidwalden erscheinen neuerdings zwei Alternativzeitungen

DIE SP INS BOCKSHORN GEJAGT?

Von Klemenz Berner

Als «rotes Signal aus einem schwarzen Land» bezeichnete SPS-Präsident Helmut Hubacher die Nidwaldner Alternativzeitung «Steibock» zum Anlass des fünfjährigen Bestehens. Inzwischen leuchten zwei rote Signale im CVP-schwarzen Nidwalden. Nach vergeblichen Autonomiebestrebungen haben sich die «Steibock»-Macher von der SP Nidwalden abgesetzt und mit dem «Bockshorn» eine neue Alternativzeitung ins Leben gerufen. Die unter Zugzwang geratene SP gibt weiterhin den «Steibock» heraus.

In Nidwalden ist die herrschende CVP-Dominanz vielfach gesichert. Nidwalden gehört mit Uri und dem Halbkanton Obwalden zu den unerschütterlichen Zentralschweizer Majorzbasen. Zudem ist die Ausübung des Referendumsrechts mit einer 5%-Hürde praktisch illusorisch. Hingegen ist die Ausübung des Initiativrechts – im Landsgemeindekanton kann jeder einzelne Bürger eine Gesetzesinitiative einreichen – erstaunlich liberal geregelt.

Für die Linke ist Nidwalden dennoch



ein harter Boden. So ist die in den 40er Jahren gegründete SP Nidwalden nie über eine unbedeutende Statistenrolle hinausgekommen. Den 1956 errungenen einzigen Sitz im CVP-dominierten Parlament (70% der Sitze, 30% beanspruchen die Liberalen) haben sie 1974 wieder verloren. Dieser Sitzverlust brachte wenigstens Leben in die Nidwaldner Presse-landschaft. Mit einer Zeitung sollte den Nidwaldnern «sozialdemokratisches Gedankengut» schmackhaft gemacht werden. Im Gegensatz zur Partei hat sich der «Steibock», der von der SP Nidwalden herausgegeben wurde, in der Nidwaldner Presselandschaft bald einen festen Platz erobert. Zum 5-Jahr-Jubiläum konnte «Steibock»-Macher Peter Steiner mit berechtigtem Stolz feststellen: «Im-

mer mehr Nidwaldner beziehen ihre Informationen über das Geschehen in ihrem Kanton aus dem «Steibock». Denn: «Mit unserer Zeitung haben wir etwas Neues ins Land gebracht: gut recherchierte Hintergrundberichte über kantonale und kommunale Politik.»

Gesunde Zeitung – desolate Partei

Während die Zeitung, die sich personell immer mehr von der SP Nidwalden löste, florierende, stagnierte die Partei. Das Verhältnis der «Steibock»-Macher zu ihrer «Verlegerpartei» trübte sich zusehends. Peter Steiner zum fünfjährigen Bestehen des «Steibock»: «Wir kämpfen für Eigenbestimmung der Nidwaldner. Diese beanspruchen wir auch für uns selbst.»



SPN prozessierte gegen «Steibock»

Vor dem Parteitag im April letzten Jahres wurden die SPN-Mitglieder über

den «alarmierenden Zustand» ihrer Partei informiert: «Bei uns, kurz vor dem Parteitag – herrscht Notstand. Die SP Nidwalden steht kurz vor der Auflösung!» Falls auf den Parteitag hin die ordentlichen Parteigremien nicht bestellt werden könnten, müsse an einem ausserordentlichen Parteitag über die Auflösung der Partei entschieden werden. Und – das war für die «Steibock»-Macher entscheidend –: «Der «Steibock», Organ der SP Nidwalden, von der Partei gegründet und herausgegeben, würde nicht mehr erscheinen.»

Die Zeitung retten!

Der Parteitag vom 12. 4. 1980 kann dann tatsächlich den Vorstand nicht statuten-gemäss besetzen. Eine «Steibock»-Mitarbeiterin stellt den Antrag auf Auflösung der Zeitung von der SP und auf eine entsprechende Unterordnung mit dem Vorstand. Die nächsten 2 Nummern des «Steibock» erscheinen. An einer Sitzung mit drei SP-Vorstandsmitgliedern zeigen sich diese hinsichtlich der Trennung gesprächsbereit. Am 10. 7. 1980 begründen die «Steibock»-Macher ihr Trennungsgesuch: Eine Trennung würde die SPN finanziell und politisch entlasten, eine eventuelle Auflösung der SPN hätte nicht automatisch das Verschwinden des «Steibock» zur Folge. Überdies seien die Mehrheit der «Steibock»-Macher nicht SPN-Mitglieder. Die Redaktion würde damit Selbst- und nicht nur Mitbestimmung erhalten, die Zeitung könne sowohl eine Öffnung vornehmen als auch der SPN als Publikationsorgan weiterhin zur Verfügung stehen.

Im November wird der «Verein Steibock» gegründet, der sich das Ziel setzt, «eine politisch-kulturelle Zeitschrift» herauszugeben und «mit zielverwandten Organisationen» zusammenzuarbeiten.

Das Macher-Modell

In der Dezember-Nummer 1980 haben die Macher das Wort: Für sie sei jede Nummer «ein Sich-zur-Wehr-Setzen gegen Fatalismus und Resignation, gegen Übermacht und Ohnmacht, gegen Unvermögen und Unwissen». Sie bezeichnen ihr Zeitungsmachen als «ein kollektives Sichwehren für ein besseres Nidwalden». Die damit verbundenen An-



strengungen seien nur zu leisten, «wenn einige Randbedingungen erfüllt sind». Wichtigste Randbedingung: die Organisationsform. «Beim «Steibock» hat sie seit längerer Zeit nicht mehr den tatsächlichen Verhältnissen und Wünschen der Mitarbeiter entsprochen. Wir haben uns deshalb neu organisiert, so dass nurnormel mitbestimmen kann, wer auch mitarbeitert. Diese Neuorganisation will die Bewegungsfreiheit beider, der SP und des «Steibock», vergrössern.»

Die SP klemmt

Wenig Freude an ihrem flügel gewordenen Organ bekundet die SPN. Auf Antrag der SPN erlässt der Kantonsgerichtsvizepräsident ein «superprovisorisches Verbot», ein Druckerzeugnis unter dem Namen «Steibock» herauszugeben und Gelder des Magazins zu verwenden. Nachdem SPS-Präsident Helmut Hubacher ein Vermittlungsgesuch der «Steibock»-Macher ablehnt und in einer einstweiligen Verfügung des Kantonsgerichts mit Rechtskraft ab 23. 2. 1981 den «Steibock»-Machern die Herausgabe des «Steibock» verboten wird, erscheint am 21. 2. 1981 eine neue Nidwaldner Oppositionszeitung, das «Bockshorn». Auf die Trennungsgeschichte wird in der ersten Nummer nur kurz eingegangen. Im März gibt die SP eine neue «Steibock»-Nummer heraus. Die gross aufgemachte Titelseite: «Die Geschichte einer miss-

lungenen Zwangsadoption und der Geburt eines «Bockshorns».

Mutet sich die SPN zuviel zu?

Für eine gütliche Einigung ist der Zug in Nidwalden bereits abgefahren. Daran ändert auch ein nachträglicher Vermittlungsversuch von H. Hubacher nichts mehr. Mit ihrem breiten Auswalzen der «Zwangsadoption», in der es von persönlichen Verunglimpfungen wimmelt, hat die SPN die «Steibock»-Macher in ihrem Anliegen wohl nur bestärkt. Und im SP-«Steibock» zeigt sich deutlich, woher nun der Wind weht. Um dem parteieigenen Proporzvorstoss vor der kommenden Landsgemeinde mehr Chancen zu geben, sind im neuesten «Steibock» einem Interview mit dem CVP-Regierungsrat Bruno Leuthold ganze vier Seiten gewidmet.

Am Proporz – inzwischen hat die Liberale Partei eine eigene Vorlage gestartet – haben sich jetzt die Meinungen entzündet. Peter Steiner wirft der SPN vor, sie wolle sich mit der Proporzfrage nur selbst profilieren und sei nicht bereit, mit einem breiten Bündnis dem sachlich wichtigen Anliegen grössere Chancen zu geben. Es dürften auch die Proporzambitionen gewesen sein, welche die SPN veranlassten, den «Steibock»-Machern vorzuwerfen, die politischen Verhältnisse im Kanton zu übergreifen und die Interessen der Partei nicht mehr zu vertreten.

Die Opposition wahren

Die «Bockshorn»-Macher wollen ihre Oppositionsrolle wahrnehmen und fassen sogar eine Ausdehnung der Zeitung auf den benachbarten Halbkanton Obwalden ins Auge. Peter Steiner: «Wir wollen mit neuen Ideen einer in Nidwalden dringend notwendigen Opposition zum Durchbruch verhelfen.» Geplant ist nicht eine eigene Partei, sondern projektorientiert arbeitende Gruppen, die in einem losen Zusammenhang stehen. Sollte das gelingen, wird die ohnehin auf arg wackeligen Füssen stehende SPN wohl noch mehr Mühe haben. Der vorläufige Sieg um den «Steibock» könnte sich als Pyrrhussieg erweisen.

Zwei Filme zum «Drogenproblem»

Von Marianne Fehr

Als Christiane F. den beiden «Stern»-Journalisten Kai Herman und Horst Rieck ihr dreizehnjähriges Leben erzählte, machte «Stern» daraus eine Story in 12 Folgen. 6,6 Millionen Leser und Leserinnen liessen sich erschauern, und mehr als eine Million Erschütterte kauften das Buch «Wir Kinder vom Bahnhof Zoo», welches eine verarbeitete Form der Tonbandprotokolle von Christiane F. ist. Es wurde in 10 Sprachen übersetzt, der «Stern»-Verlag rühmt sich, dass es neben dem Diercke-Weltatlas das meistverkaufte Buch in der BRD ist. Seither ist der Zoo beliebtes Ausflugsziel: «Geh'n wa mal die Fixer kucken.» Und nun ist noch «the movie» mit 100 Kopien in Deutschland und 11 Kopien in der Schweiz gestartet (über eine gleichnamige Schallplatte ist noch nichts bekannt). Im Presstext heisst es: «Niemand wird danach auf die Idee

Die Love story vom Bahnhof Zoo

kommen, auch nur einmal zu fixen!» In der Schweiz stieg die Zahl der (polizeilich erfassten) Heroinkonsumenten in den letzten fünf Jahren auf etwa das Doppelte an, 1980 starben im Kanton Zürich 19 Menschen an Drogen, und seit Anfang dieses Jahres sind es 11; Schade, hätten sie doch nur den Film gesehen. Der «Züri Leo» hat das Geschäft auch gewittert: Redaktorin Caroline Ratz hat ein Buch

Auf Anfrage des Fernsehens, ob «Stern» einen Teil seiner «Zoo»-Gewinne für die Drogenhilfe zu spenden gedenke, antwortete Chefredaktor Felix Schmidt: Es erwarte ja auch niemand von der Waffenschmiede Krauss-Maffei, dass sie aus den Überschüssen beim Panzerverkauf Beiträge zur Kriessopferversorgung leiste. (Aus: «Der Spiegel»)

mit dem phantasievollen Titel «Wir Kinder vom Hirschenplatz» herausgegeben. Fast schon geschmacklos.

Was hat uns dieser Streifen an Neuigkeiten noch zu bieten? So sieht die Aufwandschicht die Probleme: «Ich sage mal: der sensationelle Aspekt – zuerst. (...) In der Regel sieht man im deutschen Film langweilige Geschichten mit langweiligen Leuten in langweiligen Situationen. Und wenn man hier amerikanische Filme sieht – die Amerikaner können das halt, sagt man, in Amerika passieren auch tollere Sachen – Pustekuchen! Hier sieht man, es ist eine deutsche Geschichte, die ist nicht erfunden, sondern die ist passiert» (Drehbuchautor Herman Weigel). Regisseur Ulrich Edel: «Der dramaturgische Leifaden ist die Liebesgeschichte zwischen Christiane und Detlev.»

Weniger interessiert als die Love story haben die Gründe für die Drogensucht der beiden Liebenden. Im Buch machen sie immerhin den ganzen ersten Teil aus: das Wohnghetto Gropiusstadt etwa, wo Beziehungen zwischen Menschen unmöglich sind, wo Kinder zwischen Verbots-tafeln verkümmern. Solche Gropiusstädte sind sicher nicht die einzigen Gründe, aber sie sind Symbole einer beziehungslosen Welt, für die es sich nicht mehr lohnt, das dreissigste Jahr zu überleben. Im Film dürfte Guestar David Bowie stellvertretend für die Sächtigen das «Lebensgefühl» verkörpern: live, in sauberen Jeans und adrettem rotem Lumber singt er «It's too late», und der geneigte Zuschauer hat die «message» sofort gecheckt, die paar Schwenker auf die Plattenhülle und immer wieder diese saubere Bowie-Musik hätte es nicht mehr gebraucht. Aber Musikfilme kommen bei den Jungen gut an.

Die schöne Liebe zwischen Christiane und Detlev wird getrübt durch die fortschreitende Abhängigkeit vom Heroin. Sie müssen anschaffen gehen, sie verfallen zusehends. Dies beweisen die vielen, vielen Grossaufnahmen des hübschen Gesichtchens der Christiane – dargestellt von der 13jährigen Natja Brunckhorst («Natja ist klug, schlank, schön und unglaublich diszipliniert», der Regisseur). Am Ende weist das Gesicht Pickel auf, die Augen sind schwarzumrandet, die



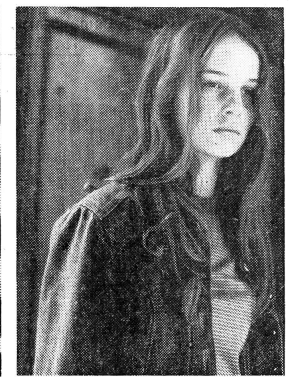
«Ein anständiges Leben»

hennagefärbten Haare stumpf und glanzlos – aber schön und photogen ist es allemal noch. In einer Fahrt durch den Bahnhof Zoo verwandelt die Kamera auf andern Fixerköpfen, an welchen der Maskenbildner ein Meisterwerk vollbracht hat.

Um die Filmrechte an diesem kassen-trächtigen Stoff hat es anfangs ein grosses Gerangel gegeben. Regisseur Edel hat nicht gewonnen, weil er das Fixermilieu am besten kennt. Die echten Fixer haben sich nämlich geweigert, in irgendeiner Form mitzumachen; die totale Ablehnung aller hierzulande gültigen Werte schliesst auch die Konsumware Film nicht aus.



Weil die Zuger SP über kein eigenes Zeitungsorgan verfügt, ist sie dereinst auf die Idee gekommen, im CVP-Blatt «Zuger Nachrichten» vierteljährlich ein ganzseitiges Inserat mit dem Namen «Di rot Zytig» zu placieren. «Zür»-Redaktor Rossi behielt sich jedoch vor, mit dem Rotstift einzugreifen, wenn ihm etwas nicht passe. Nicht genehm waren ihm mal eine Bildlegende zu einem besetzten Haus (er ist mit dessen Besitzer befreundet) und das «Miteneinander»-Inserat der SP: Hier fielen gleich drei Textpassagen seiner gestrigen Aufsicht zum Opfer. Schorngewollter geht man auch beim freiständigen «Zuger Tagblatt» mit anderen Meinungen nicht um: Im Januar publizierte das «Tagblatt» einen Artikel gegen die Aktionsgruppe Wohnungsnot (AGW). Statt deren



«Wir Kinder vom Bahnhof Zoo»

Diesem Widerspruch hat sich der andere Drogenfilm – er läuft Ende April in Zürich an –, «Et anständig Liv» («Ein anständiges Leben») des Schweden Stefan Jarl, gestellt. Jarl kennt die Fixer, beobachtet und befragt sie, begleitet sie bei ihren zahllosen Zusammenbrüchen ins Spital. Während der Dreharbeiten hat er einen nach dem andern sterben sehen müssen. Abhängigkeit von der Droge, Strich, Zerfall und Tod sind nicht in Watte verpackt, sondern knallharte Realitäten. Was es bringt, diese aufzubereiten, habe ich mich allerdings auch hier gefragt: Das Wissen um die kaputteten aller Opfer einer gewalttätigen Gesellschaft alleine hilft nicht, einermassen unversehrt zu entkommen.

Antwort zu veröffentlichen, wurde die Entgegung dem kritisierten Hauspekulanten weitergeleitet. Dieser stellte dann Strafantrag. Höchste Eisenbahn, dass die Zuger SP und die Oppositionellen sich um eigene Zeitungen bemühen – bevor Zug abfährt.

Bundesrat Leon Schlumpf hat kürzlich eine Beschwerde der Schweizerischen Vereinigung für Atomenergie (SVA) betreffend die Fernsehberichterstattung über den Reaktorunfall in Harrisburg abgelehnt. Folgerichtig bemüht sich die AKW-Lobby um ein besseres Image und hat kurzerhand 50 Programmschaffende des Schweizer Fernsehens eingeladen, das AKW Gösgen zu besichtigen. Um eine freundlichere Berichterstattung schon im voraus zu sichern, versteht sich. Die AKW-Gegner, notabene SRG-Koncessionäre, haben flugs ausgerechnet, was diese PR-Aktion das Fernsehen kostet und kommen dabei auf 10 000 Franken, die sie jetzt als «Ausgleich» für sich reklamieren.

Sundecker:
Ferienspass auf
höchster Ebene.



Sundecker-Reisen sind
einzigartig. Eigene
Küche, flexible Pro-
gramme, die Nächte im
Zelt und Hochstimmung
bis übers Dach!

9 Routen in Europa und
Nordafrika und
80 Abfahrtsdaten.
Mehr Details?

Ruf uns an und du erhältst
postwendend und gratis
unseren Sundecker-Katalog
oder hol in dir im
SSR-Reisebüro!

SSR-Reisen

Basel, Bern, Biel, Chur, Luzern, St. Gallen, Zürich

Telefonverkauf
01/242 3131

anders als anders
Reisen
für
junge Leute.

GOTTES DIENSTE

in der Predigerkirche
neben der Zentralbibliothek

Freitag, 8. Mai, zum Semesterbeginn:
17.30 Uhr Orgelrezital: **Verena Graf**
18.15 Uhr **Hans Heinrich Schmid**, Professor für
alttestamentliche Wissenschaft und
allg. Religionsgeschichte

Freitag, 12. Juni, zur Einsetzung der Hochschul-
pfarrerin:
17.30 Uhr Orgelrezital: **Bruno Reich**
18.15 Uhr **Walter Leuthold**, Pfr. Dr. Dekan
Käthi La Roche

Freitag, 10. Juli, zum Semesterschluss:
17.30 Uhr Orgelrezital: **Erika Hauri**
18.15 Uhr EHG-Team
an die Gottesdienste anschliessend im Foyer Hir-
schengraben 7:
ein feines Nachtessen, Musik und gute Gespräche
(siehe auch «Am Freitag im Foyer»)

Einmal fragte jemand den Rabbi Jizchak Meir: «Jiz-
chak Meir, ich gebe dir einen Gulden, wenn du mir
sagst, wo Gott wohnt.» Er antwortete: «Und ich
gebe dir zwei Gulden, wenn du mir sagst, wo er
nicht wohnt.» Martin Buber

ÖFFENTLICHE VERANSTALTUNGEN

28. Mai

MAIBUMMEL AN AUFFAHRT

Gemeinsamer Gottesdienstbesuch in Dorf a. I. und
anschliessend eine Frühlingswanderung im Wein-
land und dem Rhein entlang über Rüdlingen nach
Eglisau.
Essen in einer gemütlichen Landbeiz.
Kosten für die Fahrt mit Bahn und Postauto
ca. 15 Fr.
Anmeldung bis 22. Mai



Samstag-Montag, 6.-8. Juni

Pfingsten im Domleschg

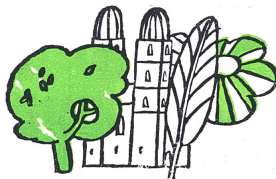
Wandern entlang den Spuren des vorindustriellen
Zeitalters: alte Saumpfade, Burgen, urgeschicht-
liche Felszeichnungen, Kirchen.
Standquartier: JH Burg Ehrenfels, Sils i. D.
Kosten: 85 Fr. Anmeldung bis 1. Juni

STAMM-TISCH

ein Diskussionsforum für engagierte Stadtbewoh-
ner zu Konflikten und Problemen rund um das
Thema:

Leben in Zürich
mit Gästen,
die sich in, gegen oder für die Bewegung
einsetzen oder zum Nachdenken haben anregen
lassen.

Zugesagt haben:
Martin Farner, Bezirksrichter
Emanuel Hurwitz, Psychoanalytiker
Adolf Muschg, Schriftsteller
Hans Stamm, Beauftragter für Jugendfragen
Ueli Wildberger, Theologe
jeweils dienstags über Mittag
am Hirschengraben 7, Foyer
ab 12.15 Uhr bei mitgebrachtem Lunch und
ab 12.45 Uhr zu Gespräch und Auseinander-
setzung
erstmalig am Dienstag, 5. Mai
verantwortlich: Käthi La Roche und Kurt Straub



WISSENSCHAFT & ETHIK

Ist der Anspruch aufrechtzuerhalten, dass Wissen-
schaft wertfrei sei, oder trifft eher die Behauptung
zu, dass sie immer im Dienst bestimmter Interes-
sen steht?
Wie hängen Wissenschaft und Politik zusammen?
Wie und wo können wir unsere Interessen und
unsere Verantwortung wahrnehmen?

Meinungen, Gespräche, Kontroversen

Daten und Themen der verschiedenen Veranstal-
tungen im Verlauf des Semesters werden mit Flug-
blättern und im «zs» bekanntgemacht.

Eine Reihe gemeinsam verantwortet mit dem «al-
ternativen lehrangebot» des VSU (Verband Studie-
render an der Universität Zürich).
verantwortlich: Herbert Beck und Kurt Straub



AM FREITAG IM FOYER

einmal im Monat die Woche gemütlich ausklingen
lassen im **Foyer Hirschengraben 7**, bei einem
feinen Nachtessen, Musik und Tanz und guten
Gesprächen.
Am 8. Mai, 12. Juni und 10. Juli ab 19.15 Uhr.



jeden Freitag ab 12.15 Uhr: für alle, die uns schon
kennen, und für alle, die uns kennenlernen möch-
ten, gibt es im Foyer Hirschengraben 7 ein währ-
schaftes Zmittag.
Für ganze 4.50 Fr. servieren wir ein feines Menü,
Getränk und Kaffee.

ATELIER

FRAUENGRUPPE

Wir sind kein Kafichränzli – obwohl es meistens
Kafi gibt.
Wir sind keine Therapiegruppe – dazu ist ein Se-
mester zu kurz.
Wir sind eine Selbsterfahrungsgruppe von und mit
Frauen. Das heisst für uns:

- einander kennenlernen, aufeinander reagieren;
- einmal über Dinge reden, die besonders schwer
über die Lippen kommen – zwischen Frauen
geht das manchmal leichter;
- Verhaltensmustern auf die Schliche kommen,
die viel mit unserer weiblichen Rolle und wenig
mit unseren eigenen Bedürfnissen zu tun
haben.

Leitung: **Brigitte Eugster**, Psychologin, und
Gaby Belz

10 Abende
jeweils montags, 19-21 Uhr
Foyer Voltastrasse 58, Keller
Beginn: 4. Mai
Kosten: 50 Fr.
Anmeldung: bis 29. April

Wird weitergeführt,
ein paar wenige Plätze sind noch frei:

SCHRITTE

aus mir heraus:
Frauen und Männer kennenlernen.
Sie und sich selber in Beziehung zu ihnen erfahren.
Neues ausprobieren.

Eine Selbsterfahrungsgruppe unter Anleitung von
Hanny Lütolf, Psychologin, und Kurt Straub
Methodischer Ansatz:
Themenzentrierte Interaktion und Gestalt

11 Abende
jeweils dienstags, 19-21.30 Uhr
Foyer Voltastrasse 58, Keller
Beginn: 5. Mai
Kosten: 90 Fr.
Anmeldung: 24. April

Samstag/Sonntag, 16./17. Juni
im Foyer Voltastrasse 58

KÖRPERARBEIT

Dein Körper
sich bewegend
rhythmisch
wachsend
sich verändernd
altern.

Ausprobieren, wie «ich» zu «ihm» Kontakt finde an
einem Wochenende mit
Steve Hurley
Mittel: Massage, Bewegung, Stille
Kosten: 60 Fr. Anmeldung bis 11. Mai

Samstag/Sonntag, 27./28. Juni
im Foyer Voltastrasse 58

TANZ UND SPIEL

Experimentieren mit verschiedenen Bewegungs-
formen und -qualitäten:
schnelle, langsame, gleitende, abgehackte, runde,
eckige, geschlossene und offene ...
alleine, zu zweit, mit der ganzen Gruppe.

Den Raum erfahren und nutzen lernen durch frei-
re Formen des Tanzes.

Ein Wochenende unter Anleitung von
Peter Dändliker
Kosten 40 Fr. Anmeldung bis 15. Juni

ARBEITSGRUPPEN

PSYCHIATRIE

Noch immer ist psychische Erkrankung verbunden
mit gesellschaftlicher Achtung und Isolierung.
Psychiatrische Kliniken stehen irgendwo abseits,
werden aus unserem Bewusstsein verdrängt. Wir
suchen das zu durchbrechen mit:

- wöchentlichen Besuchen in den Kliniken Burg-
höltzli und Hard (Embrach) auf offenen und ge-
schlossenen Abteilungen (Montag- oder Mitt-
wochabend oder Samstagmorgen);
- regelmässigen Gruppengesprächen, bei denen
wir unsere Begegnungen mit Patienten und un-
ser eigenes Betroffensein reflektieren (jeweils
mittwochs über Mittag).

Einführung:
Donnerstag, 30. April, 12.15-14 Uhr
Foyer Hirschengraben 7
Orientierung und Gruppeneinteilung
verantwortlich: Sonja Straub, Kurt Straub

ENTWICKLUNGSPOLITIK

Entwicklungen in der Dritten Welt haben Rückwir-
kungen auf die «entwickelten Länder»: anhand ver-
schiedener Filme (u. a. Peter von Gunten: «Terra
Roubada»), die den Bezug zwischen den Proble-
men der Dritten Welt und den unseren aufzuzeigen
suchen, informieren wir uns und überlegen, wie mit
diesen Filmen im Rahmen von Erwachsenenbil-
dungskursen gearbeitet werden könnte.

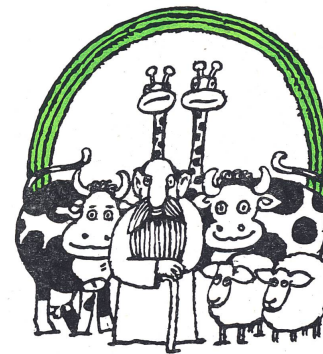
jeweils donnerstags, 12.15-14 Uhr
Foyer Voltastrasse 58, Bibliothek
erstmalig am Donnerstag, 7. Mai
verantwortlich: **Markus Nauser** und Kurt Straub

GEWALTFREIHEIT

Anhand von gewaltfreien Kampagnen (z. B. Lar-
zac, Landarbeiter in den USA, südtindischer Unab-
hängigkeitskampf unter Gandhi) machen wir uns
mit verschiedenen direkten Aktionsformen
bekannt.

Wir arbeiten zu einem aktuellen Thema, z. B.
«Hunger ist ein Skandal», eine eigene Aktion aus
mit dem Schwerpunkt «Blitztheater», erproben die-
se in der Öffentlichkeit und werten aus.

jeweils donnerstags, 19-22.30 Uhr
Foyer Voltastrasse 58
erstmalig 30. April
verantwortlich: **Graziella Christen**



ÖKOLOGIE UND POLITIK

Jeden Tag können wir sehen und erleben, wie
unsere Umwelt zunehmend zerstört wird: Luftver-
schmutzung, Gewässerverschmutzung, Verbetrie-
nung ... Wir setzen uns auseinander mit Ursa-
chen und Konsequenzen solcher Behandlung der
Umwelt. Durch Bewusstmachung und Öffentlich-
keitsarbeit versuchen wir, uns dagegen zu wehren:

- Im letzten Winter haben wir eine Podiumsdiskus-
sion «Wohnen in Zürich» veranstaltet. Das
Thema ist für uns noch immer aktuell. Wir su-
chen Kontakt zu anderen Gruppen, die im Rau-
me Zürich daran arbeiten.
- wir spielen weiter

Im Sommer nehmen wir unsere Arbeit am Land-
wirtschaftsspiel wieder auf: es ist ein Gesellschafts-
spiel, das Abläufe und Zusammenhänge aufzeigen
soll. Wir beabsichtigen, es zusammen mit dem
WWF zu veröffentlichen.
Treffen jeweils montags, Foyer Voltastrasse 58,
19 Uhr Nachtessen
anschliessend Arbeit am Thema

Einführung:
Montag, 4. Mai, 19 Uhr
Foyer Hirschengraben 7
nach dem Nachtessen stellen wir uns vor und
spielen anschliessend das Landwirtschaftsspiel
verantwortlich: Kathrin Zatti

GLAUBE UND UNGLAUBE

Wo stehe ich in diesem Spannungsfeld?
Wenn Glauben mehr ist als blosses Fürwahrhalten,
wenn Glauben bedeutet Indifferenz überwinden,
Stellung beziehen, sich engagieren ...
wie orientiere ich mich da persönlich?

In Auseinandersetzung mit biblischen und literari-
schen Texten und miteinander suchen wir nach
einer Sprache des Glaubens.

Regelmässige Gesprächs- und Leseabende mit
Käthi La Roche und **Matthias Krieg**, Germanist
jeweils dienstags, 19-21 Uhr
am Hirschengraben 7, Dachraum
erstmalig am Dienstag, 5. Mai

TREFFPUNKT FÜR THEOLOGINNEN

und andere Interessierte

- Frauen in der Bibel – Frauen in der Kirche
Randfiguren?
- Umgang mit Vor-Bildern,
mit solchen, die man sich erhalten, und
mit solchen, die man abschütteln möchte.

Ziel ist es, im Gespräch und bei der Lektüre von
Texten ein Stück Klarheit über sich als Frau zu
gewinnen im Kontext geprägter und prägender
christlicher Tradition.

jeweils mittwochs über Mittag
in der Helferei, Kirchgasse 13, Zwinglistube
ab 12.15 Uhr bei mitgebrachtem Lunch und
ab 12.45 Uhr zum Gespräch bis 14 Uhr
erstmalig am Mittwoch, 6. Mai
verantwortlich: Käthi La Roche und
Elisabeth Jodl, Gemeindefarlerin

EHG-VOLLVERSAMMLUNG

Rückblick und Ausblick,
neue Mitarbeiter, neue Räumlichkeiten,
neue Ideen?

Ein Gespräch zwischen Mitgliedern bestehender
Arbeitsgruppen, interessierten, kritischen und höf-
entlich auch den unzufriedenen Studenten, EHG-
Team und Freunden darüber, wie's in der EHG
weitergeht.

Datum: zweite Hälfte des Semesters, siehe
Anschlagbrett und Flugblätter

Häufig werden unsere Aktivitäten in Flugblättern
und Inseraten im «zs» noch genauer erläutert
(z. B. Anmeldefristen, Kosten)



EVANGELISCHE
HOCHSCHULGEMEINDE
Hirschengraben 7
8001 Zürich
T 251 87 55

Kritische Universität in Bern

Von Alfred Arm

Widerstand gegen die Unifabrik

Die Kritische Uni (KU), die vom Vorstand der Studentenschaft der Uni Bern mitgetragen wird, ist in der Tradition der Studentenbewegung zu sehen. Gleichzeitig wird auch eine Weiterentwicklung der 68er-Ansätze versucht: Umgewichtung der Themen und mehr Beachtung der Veranstaltungsformen.

«Die Universität ist ein Apparat zur Verteidigung des bestehenden Wirtschafts- und Sozialsystems. Universitätsdozenten vertreten Ideologie und Interessen der Herrschenden in dieser Gesellschaft. Die Sozialwissenschaften dienen der Kontrolle des gegen diese Gesellschaft rebellierenden Unbewussten und der Reintegration kaputtierter Individuen in den Arbeitsprozess.» Solche Überlegungen waren massgebend, als linke Studenten 1968 in Bern

Gegenuniversität

Losgelöst vom offiziellen Lehrbetrieb war die «Gegenuniversität», welche von Rudi Dutschke und anderen ein Jahr vor der KU Berlin gegründet wurde. Dutschke strebte in Kreuzberg, einem Stadtteil in Berlin, eine Art Arbeiteruniversität an, in der Studenten und Jungarbeiter zusammenleben und gemeinsam kämpfen sollten. Durch die Gründung einer solchen revolutionären pädagogischen Anstalt hofften er und seine Mitkämpfer, der Einheit von Theorie und Praxis nä-

Unifabrik zur Lancierung eines Projektes Kritische Universität geführt, das sich bewusst ans Berliner Vorbild anlehnt. Es bestehen aber auch Unterschiede. Die KU Bern kann vom Konzept her eher als institutioneller Rahmen für ein alternatives Lehrgeschehen betrachtet werden, das eine intensive und aktive Teilnahme ermöglicht. Thematisch orientierte sie sich weniger am Kampf der Arbeiterklasse im traditionellen Sinn als an den verschiedenen gegen die bürgerliche Gesellschaft revoltierenden Randgruppen. Der Bewegung der Unzufriedenen war denn auch das erste grosse Blockseminar gewidmet.

Auch von der Form her soll die KU Bern anders sein als ihre ausländischen Muster. Es geht zwar nach wie vor darum, dass sich Studenten in autonomen und interdisziplinären Gruppen auf die Hauptveranstaltungen vorbereiten. Ver-

Sprachdarwinismus

Herrschaftsgehebe und Bluff im verbalen und nonverbalen Kommunikationsverhalten werden während der Uni-Laufbahn zur nahezu unbewussten Gewohnheit. Darin besteht der «heimliche Lehrplan», der dem offiziellen Lehrplan an der Uni unterschoben ist*. Das Beängstigende daran ist: Diese Form der Wissensvermittlung setzt sich auch gegenüber aufklärerischen Inhalten durch. Selbst bei der Aneignung von emanzipatorischem Wissen werden Herrschaftsstrukturen zementiert, sofern das Bewusstsein des eigenen Redeverhaltens nicht ständig mitschwingt. Hat sich auch an der Kritischen Universität in Bern der heimliche Lehrplan durchgesetzt?

An der Veranstaltung zum Thema Jugend und Kultur 1980 mit dem Soziologieprofessor Urs Jäggi nahmen ca. 60 Leute, darunter etliche Aktivisten aus der Bewegung, teil. Nachdem Diskussions Themen erarbeitet wurden, die anschliessend in Gruppen weiter verfolgt werden sollen, trifft sich das Plenum wieder. Rund um die Jugendbewegung reiht sich eine ganze Palette von Themen. Eine Seminarteilnehmerin bemerkt: «Die Frauenfrage ist wieder einmal ausgeklammert!» Zuerst betretenes Schweigen, dann geht die Diskussion über den männerbeherrschten Diskurs gleich los. Sehr schnell wird klar: Es wird sich eine Diskussionsgruppe «Frauenbewegung/Jugendbewegung» bilden. Die Frauen beschliessen, auch Männer zuzulassen.

In dieser Gruppe sind es vorerst die Frauen, die die wesentlichen Impulse geben. Die Männer sind zurückhaltend, da keiner ins Fettnäpfchen treten möchte. Aufgeworfen wird verschiedenes: Etlliche Frauen fühlen sich in der Bewegung nicht wohl. Sie stellen bei vielen engagierten Männern eingeschlossene chauvinistische Verhaltensweisen fest und haben Mühe, sich einzubringen, sei es nun in Zweiergesprächen, in Arbeitsgruppen oder an Vollversammlungen. Eine Frau macht deutlich, dass Frauen im Gespräch anders miteinander umgehen als Männer: «Frauen schauen sich viel mehr an beim Sprechen und nehmen das Gegenüber ganzheitlicher wahr. Männer konzentrieren sich mehr aufs Wort und nehmen gar nicht recht zur Kenntnis, wie das Gegenüber darauf reagiert.»

Mit der Zeit tauen auch die Männer auf. Ein Kollege beschreibt seine Lage, die er im Moment unangenehm empfindet: «In Diskussionen über Männerverhalten habe ich immer grosse Mühe, mich zu beteiligen. Ich habe Angst, etwas Falsches zu sagen und dann an die Kasse zu kommen.» Das

Klima in der Gruppe wird allmählich recht gut. Die Männer werden immer wieder auf diskriminierende Gesprächsstrukturen aufmerksam gemacht. Ein Beispiel, das mein eigenes Verhalten zeigt: Eine Frage, von einer Frau aufgeworfen wurde, klassifiziere ich zunächst mit einem «gut», bevor ich darauf eingehe. Hier konfrontiert mich eine andere Frau mit der Rückfrage: «Hast du dieses «gut» auch schon bei Fragen von Männern angebracht?»

Männer und Frauen verweisen auf ihre Schwierigkeiten mit der herkömmlichen Seminarkommunikation. Etllichen Männern wird klar, dass Uni-Bluff und patriarchale Gesprächsstrukturen eigentlich Probleme jener Männer sind, die versuchen mit der Sprache Herrschaft auszuüben.

Vor der Gruppendiskussion hatte Professor Jäggi den Frauen geraten, sie müssten sich untereinander organisieren und kollektiv Druck auf die Männergesellschaft ausüben, dann werde sich schon etwas ändern. Diese Ansicht wird nun mit grossen Fragezeichen versehen. Sollten Männer sich nicht selbst aufordern, etwas in Richtung Abbau von herrschaftlichem Verhalten beim eigenen Sprechen zu tun?

Im abschliessenden Plenum versuchen wir, das Geschehen in unserer Gruppe einigermaßen umfassend darzustellen. An den Disputen beteiligen sich aber wieder nur wenige Frauen. Irgendwie gelingt es uns nicht mehr, das vorsichtig abtastende Gesprächsklima der Diskussionsgruppe auch im Plenum entstehen zu lassen. Über «das zentrale Problem der Frauenbewegung» referieren dann wieder Männer in ihrer gewohnten Art, und diesmal nützt es nichts, als auf diesen Umstand – übrigens wieder von Männern – hingewiesen wird.

Alfred Arm

* So Wolf Wagner in: «Uni-Angst und Uni-Bluff», Robbuch-Verlag Berlin, 1977



Verband der Schweizerischen Studentenschaften
Erlachstrasse 9
3012 Bern
Tel. (031) 23 28 18

lin versucht haben, in Abkehr von der offiziellen Universität, ihr Projekt einer emanzipativen Wissenschaft im Rahmen der Kritischen Uni zu formulieren: «Der Kritischen Universität muss es gelingen, den aufkeimenden Widerstand unter den arbeitenden Massen dieser Stadt theoretisch zu artikulieren und praktisch voranzutreiben.»

Kritische Universität

In der programmatischen Erklärung der KU Berlin, die trotz Verbot des akademischen Senats an der Wende zum Jahre 1968 ins Leben gerufen wurde, wird eine Gegenmacht innerhalb der Universität gefordert. Im ersten provisorischen Vorlesungsverzeichnis der KU Berlin waren die Hauptaufgaben wie folgt umrissen:

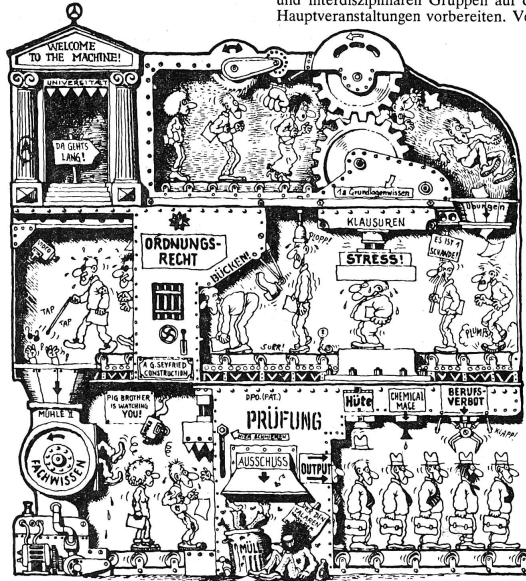
1. Permanente Hochschulkritik und praktische Studienreform
2. Verbreiterung und Intensivierung der politischen Praxis
3. Vorbereitung der Studenten auf die Praxis der Wissenschafts- und Gesellschaftspolitik in ihren künftigen Berufen und Unterstützung der kritischen Intelligenz in diesem Berufsbereich.

Vom Sozialistischen Deutschen Studentenbund (SDS) als Kampfinstrument gegen die Ordinariatsuniversität lanciert, orientierte sich die KU Berlin also trotz dem in konfliktueller Weise an der öffentlichen Institution Universität.

Studienreform:

Den Menschen über die Institution stellen

Lange genug haben wir darauf gewartet, dass die Studiengänge unseren Wünschen gemäss eine Verbesserung erfahren, nun müssen wir Studenten selbst für Veränderungen sorgen, damit es uns möglich wird, selbst unsere Lernziele bestimmen zu können. Daher streben wir den Ausbau des Tutoratswesens an. Am 12./13. Juni veranstaltet der Verband Schweizerischer Studentenschaften (VSS) hierzu ein Seminar. Als Vorbereitung erscheinen in der nächsten «konzept»-Nummer und in den lokalen Studentenzeitungen Artikel über die Studiengangsphase und Tutorate.



Zeichnung: G. Seyfried

her zu kommen. Die Gegenuniversität knüpfte an die Tradition der marxistischen Arbeiterschulung während der Weimarer Republik an und nahm Anstösse der amerikanischen «free universities» auf. Sie scheiterte jedoch, da die Voraussetzungen für ein Zusammengehen zwischen Jungarbeitern und Studenten nicht gegeben waren. Die unterschiedliche Lebenssituation dieser beiden sozialen Gruppen zeitigte unterschiedliche politische Nahziele und andere Kampfformen.

Die Opposition zur Hochschule als einer Kaderschmiede, die reaktionäre und arbeitfeindliche Lehrinhalte vermittelt, artikuliert sich heute an vielen Universitäten durch das Angebot von alternativen Lehrveranstaltungen und dem Auftrieb, gemeinsam Vorlesungsrezensionen zu schreiben und zu veröffentlichen. In Bern hat der Widerstand gegen die

mehrt wird aber das Augenmerk auf die Gefahren des «Seminarismus», einer linken Spielform von kopplästigem Akademismus, gelenkt. Es geht eben «auch um unsere Art, miteinander umzugehen, den Plausch zusammen zu haben, Führen und Feste zu organisieren, kurz: neue solidarische Verkehrsformen und eine eigene Kultur zu entwickeln». (Aus der Broschüre der Berner Studentenschaft).

Beim Bewegungs-Blockseminar hiess dies konkret: zusammen essen und diskutieren, Untergruppen zu spontan formulierten Themen bilden, persönliche «Puffer» austragen, Sprechemonologien entschärfen, nonverbale Kommunikationsformen entwickeln, Sketches und Spontantheater inszenieren. Diese ganzheitliche Lebenserfahrung ist nicht nur eine Erweiterung der üblichen Arbeitsgruppenmentalität, sondern auch eine

Kritik daran: Arbeitsgruppen haben ihre Parallelen in den Stäben und Ausschüssen der Firmenleitungen und lehnen sich insofern, trotz alternativer Inhalte, an das Organisationssystem der Fabrikgesellschaft an. Viele Mitglieder spontaner Diskussionsgruppen der KU Bern äusserten explizit Kritik an protestantischer Arbeitsmoral und Theoriefixierung linker Supertheoretiker.

Die Kritische Universität wird auch ausserhalb von ihrem von der Studentenschaft organisierten Rahmen praktiziert: Fachschaften, Polit- und Basisgruppen organisieren sich spontan als Teil einer Gegenmacht zur Unifabrik. Mit zeitweise gegen hundert Teilnehmern an den Veranstaltungen zu «Jugend und Kultur 1980» war es im übrigen bereits schwierig, überschaubare und persönliche Auseinandersetzungen zu führen (vgl. dazu den Kasten). Trotzdem scheint ein Stück Alternative verwirklicht worden zu sein, wenn ein Teilnehmer äussert: «Bei den Uniseminaren bin ich zu 10% beteiligt, hier war ich es zu 90%!»

In der Reihe «SUB-Alternativen» der Berner Studentenschaft erscheint als Nummer 4 die Dokumentation der Berner Bewegung:

Wir haben genug gewartet!

Dort findet sich alles, was du schon immer wissen wolltest:

- Chronologie der Berner Bewegung
 - Vorgeschichte(n)
 - Ideen zur Autonomie
 - Analysen und Kommentare
- Die Doku ist angereichert mit Witz und tausend Sachen, Schmier und Fotis, Zeitungsartikeln und Flugis, Chaos, Phantasie und Anarchie. Zusammengefasst von einem Redaktionskollektiv der Bewegung. 220 Seiten auf A4, Kostenpunkt 15 Franken.

Bestellungen: SUB, Erlachstrasse 9, 3012 Bern

Ich bestelle ... Ex. der Doku

Name, Adresse:

Kaum zu glauben:
Xerox-Kopien zu 8 Rp. das Stück! Spiral-Bindungen in kürzester Frist!
(Ab 70 Stück 7 Rp.)

Keinerlei Sortierkosten!

Kopien aus Büchern nur 15 Rp.!
Mit Legi 10% billiger!

KOPIERSINN!

Druck von Liz-Arbeiten und Dissertationen!

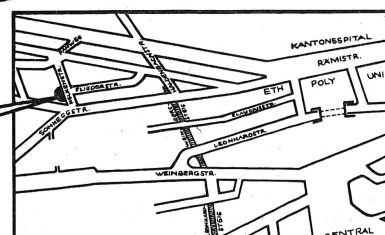
Wir drucken auch Verilith und Offset!

Wir lochen, heften und binden!

Individuelle Beratung!

LetraLetters

Beschriftungsfolien für Büro, Schule, Haushalt und Hobby!



STUDENTEN DRUCK ZENTRALE
SDZ/Nelkenstr. 7/8008 Zürich / (01) 361 01 31

Neues Aufsichtsverfahren gegen Rechtsanwalt Rambert

DIE STANDESSCHELLE

Von Res Strehle

Dem unbequemen Zürcher Rechtsanwalt Bernard Rambert, Strafverteidiger von Walter Stürm und Petra Krause, augenblicklich für zahlreiche Mandanten in «Bewegungsverfahren» engagiert, droht ein zehnjähriges Berufsverbot. Einem aus von unbekannter Seite zugespielten Dokument ist die Eröffnung eines neuen Aufsichtsverfahrens zu entnehmen. Die darin geäußerten Vorwürfe betreffen Ramblers Teilnahme an der Pressekonferenz zu den Haftbedingungen von Walter Stürm am 13. Dezember des vergangenen Jahres vor der Strafanstalt Regensdorf.

«Da nach den vorliegenden Akten davon auszugehen ist, dass sich Rechtsanwalt lic. iur. B. Rambert als Verteidiger von Walter Stürm an der Demonstration vom 13. Dezember 1980 in Regensdorf beteiligte, an welcher die sofortige Haftentlassung Stürms gefordert wurde, da sich die Frage stellt, ob er die Demonstration organisiert oder bei ihrer Organisation massgebend mitgewirkt hat,

da nach Darstellung in der Verzeigung anlässlich dieser Demonstration Gewalttätigkeiten gegen Sachen begangen wurden, wobei sich Rechtsanwalt Rambert nicht entfernte und nichts gegen diese Ausschreitungen unternahm,

da aufgrund der Akten davon auszugehen ist, dass Rechtsanwalt Rambert anlässlich dieser Demonstration als Verteidiger Stürms zu den Teilnehmern sprach,

So haben die Herren der Aufsichtskommission über die Rechtsanwälte im Kanton Zürich an ihrer Sitzung Nummer 36 vom 4. März 1981 gesprochen. Am Beschluss beteiligt waren: zwei Oberrichter (CVP/FDP), drei Rechtsanwälte, ein Bezirksgerichtspräsident sowie Obergerichtsschreiber i. V. lic. iur. Müller. Drahtzieher des neuen Vorstosses ist – wie könnte es anders sein – erneut die agile kantonale Justizdirektion, auf deren Antrag hin die Anwaltskommission tätig geworden ist. Von dieser Seite wurden auch gleich die «Beweise» für Ramblers unstandesgemässes Verhalten mitgeliefert: Ein klandestiner mitgeschchnittener Tonband seiner recht zahmen Rede

direktion steht auf tönernen Füßen. Ausser den Namen der anwesenden Mitglieder hält kaum eine Stelle des Beschlussprotokolls näherer Prüfung stand:

● Die Pressekonferenz vom 13. Dezember war von den Initianten der Stürm-Inserate-Kampagne organisiert worden, um der Presse einen offenen Brief zur Haftsituation Stürms zu übergeben. Zu diesen Initianten gehörte Rambert nachweislich nicht; auf der Einladung war er lediglich als Redner aufgeführt.

● In dieser Situation als Verteidiger von Walter Stürm zur Presse zu sprechen scheint uns nicht nur legitim, sondern geradezu Pflicht des mit der Wahrung der Interessen seines inhaftierten Klienten beauftragten Verteidigers.

● Die «Gewalttätigkeiten» gegen Sachen – darunter so erquickliche Aktionen wie die Demontage von Überwachungskameras – wurden erst im Anschluss an die Pressekonferenz begangen. Auch wenn Rambert zu jener Zeit noch anwesend gewesen wäre, scheint es grotesk, von ihm in einer solchen Situation Polizistenfunktion gegen Mitglieder der Bewegung zu erwarten, deren Autonomie sich inzwischen auch bis in die Stuben des Obergerichts herumgesprochen haben sollte.

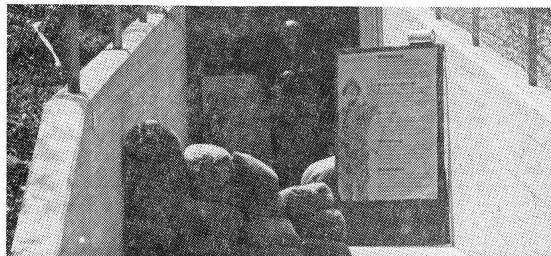
Womöglich lassen sich die standesbewussten Saubermänner der Anwaltskommission von diesen Tatsachen nicht beirren. Die Vorwürfe können notfalls auch zurechtgebogen werden, wenn es darum geht, unbequeme Kollegen mundtot zu machen. Noch sind die später vom Bundesgericht mehrheitlich aufgehobenen Anschuldigungen gegen die Verteidiger im Pruntrut Prozess in Erinnerung, aus neuerer Zeit auch die kleinräumige Rüge an das Zürcher Anwaltskollektiv wegen Herausgabe der Haftbroschüre. Man will die zahlreichen gewordenen linken Kollegen offenbar mit aller Gewalt an die Kordeln nehmen oder aber verstossen – damit man unter sich ist. All die krummgebohrten Kollegen, die in undurchsichtigen Finanzgesellschaften sitzen, für jeden juristischen Dreh zu haben sind, der etwas einbringt, stören diese Herren offenbar weniger, zumindest ist in dieser Richtung noch kaum ein Aufsichtsverfahren bekannt geworden. Da fühlt man sich offenbar unter seinesgleichen.

DR-80-Gegner vor Militärgericht:

Scharfe Strafen

mit. Harte Urteile fällt das Divisionsgericht 4 in Solothurn gegen zwei Soldaten der Aktion «Gwehr abgä». 35 Soldaten hatten im Juni 1980 aus Protest gegen den Wachdienst mit scharfer Munition ihre Waffen im Basler Grossratsaal deponiert.* Für die meisten hatte diese Protestaktion keine schwerwiegenden Folgen: Sie wurden disziplinarisch mit einem Verweis bestraft. Richard Spillmann jedoch wurde zu 45 Tagen Gefängnis unbedingt und Ausschluss aus der

lassen, in welchem ich als Kdt FAK 2 aufgefordert werde, für den WK des Ls Rgt 21 den Wachdienst im Sinn einer Ausnahme ohne Kampfmunition durchführen zu lassen. (...) Ich stelle deshalb den Antrag auf Einleitung einer Untersuchung durch die hierfür zuständige Stelle. Dabei ist zu berücksichtigen: die durch das Appellationsgericht des Kantons Basel-Stadt vom 31. Januar 1978 gegen Spillmann verhängte Strafe von sieben Monaten Gefängnis bedingt auf vier Jahre (wiederholte Aufforderung zur Verletzung militärischer Dienstpflichten); die vom Kdt FAK 2 gegen Spillmann ausgesprochene Verwarnung vom 7. Februar 1980, gegen welche



Scharfe Wache

Foto: Soldatenkomitee Basel

Armee verurteilt. Gleichzeitig erliess das Gericht, dass eine bedingt entlassene Gefängnisstrafe von 7 Monaten, zu der Spillmann 1976 wegen angeblicher Aufzucht zur Verletzung von militärischen Dienstpflichten verurteilt worden war, zu vollziehen sei.

Spillmann war den Militärroben schon lange ein Dorn im Auge. Nachdem eine Soldatengruppe bei höchster Stelle die Aufhebung des Wachdienstes mit scharfer Munition gefordert hatte, schrieb Korpskommandant Zumstein in einem Brief an die «Direktion der Eidgenössischen Militärverwaltung, Bundeshaus Ost»: «Ich gestatte mir, Ihnen beiliegend ein Schreiben der WK Gruppe Ls Rgt 21» vom 29. Juni 1980, unterzeichnet durch den sattsam bekannten Ls Sdt Spillmann Richard, zukommen zu

Spillmann beim Chef EMD Klage erhoben hat; die von Spillmann und Konsorten in zahlreichen Truppenverbänden, auch ausserhalb des FAK 2, betriebene ständige Agitation.»

Korpskommandant Zumstein darf jetzt mit seinen Richtern zufrieden sein.

Der zweite Angeklagte, Martin Flückiger, wurde mit zwei Monaten unbedingt und Ausschluss aus der Armee bestraft. Auch in seinem Fall widerrief das Divisionsgericht 4 eine bedingte Gefängnisstrafe von 20 Tagen.

Die «Rädelsführer» sind jetzt erst einmal versorgt und können fürderhin die Schweizer Armee nicht mehr durch ständige Agitation infizieren. Aber der Protest gegen die «scharfe Wache» beschränkt sich ja glücklicherweise nicht nur auf zwei «Drahtzieher» – da nützen weder unnötige Höchststrafen noch ebensolche Militärdiebstahls...

*Vgl. «Scharfe Wache» in «dk» Nr. 11/80 und «(Ge)» wehrlos in «dk» Nr. 7, 8/80.



in der Erwägung, dass sich die Frage stellt, ob die Teilnahme und das Sprechen als Verteidiger von Stürm an der erwähnten Demonstration (eventuell deren Organisation), das Nicht-einschreiten gegen die Sachbeschädigungen bzw. das Sich-nicht-Entfernen sowie der Inhalt der Rede mit den Standespflichten vereinbar seien, insbesondere mit der Pflicht, den Beruf gewissenhaft auszuüben und sich auch durch sein sonstiges Geschäftsgebahren der Achtung würdig zu zeigen, die sein Beruf erfordert,

da sich weiter fragt, ob Rechtsanwalt Rambert dadurch nach Recht und Billigkeit die Interessen seines Mandanten Stürm wahr genommen hat,

und endlich auch zu prüfen ist, ob Rechtsanwalt Rambert weiterhin die Ehrenhaftigkeit und Vertrauenswürdigkeit besitzt,

beschlossen:

Gegen Rechtsanwalt lic. iur. B. Rambert wird ein Verfahren wegen Verletzung der Standespflichten und Verlusts von Ehrenhaftigkeit und Vertrauenswürdigkeit eröffnet.»

(unterbrochen von heftigen Schneeballgeräuschen), die schriftlich an Radio und Fernsehen abgegeben worden war (!), eidesstattliche Zeugenaussagen der Sekretäre Ribi und Weilenmann als Beobachter hinter geschlossenen Fensterläden in Regensdorf und vier Photos aus dem Album der Kantonspolizei, von denen mindestens zwei selbst den Mitgliedern der Anwaltskommission fragwürdig erschienen. Man kennt das Vorgehen. Beim Fall des (ehemaligen) Bezirksanwalts Gasser waren die Beweise auch dermassen stichhaltig, dass sie nachher wieder zurückgezogen werden mussten.

Rechtsanwalt Bernard Rambert wollte sich zu den Anschuldigungen auf Anfrage hin nicht äussern, da das Verfahren hängig sei. Ihm ist eine Frist bis zum 21. April gesetzt, um zu den Vorwürfen Stellung zu nehmen.

Kein Zweifel, die Klage der Justiz-

Von Frank Garbely

Die Spanier Nicolas Casaus und Miguel Diaz haben wohl keine Bekannten, die in der Schweiz als Gastarbeiter schuften. Sonst hätten sie wissen müssen: Wenn es hart auf hart geht, ist auf Helvetia kein Verlass.

Anfang März hatten sie – der eine ist Elektriker und der andere Mechaniker – in Barcelona den zurzeit erfolgreichsten Torjäger Spaniens, Enrique Quini Casero, entführt und 2,5 Millionen Schweizer Franken Lösegeld gefordert. Mit einem Schlag vergass die Spanien der Putsch der Generäle, Ihre Sorge galt nicht mehr der bedrohten Demokratie, sondern dem gekidnapten Fussballidol Quini. Fussball-Heisspörne sahen in der Entführung ein ruchloses Attentat gegen den FC Barcelona. Ohne Quini würde der zweitplatzierte FC Barcelona jegliche Hoffnung auf einen Titelgewinn begraben müssen. Andere vermuteten einen politischen Racheakt gegen die Basken, da Quini Sympathien für die rebellische Provinz nachgesagt werden.

Aber die Entführer aus Saragossa kümmerten sich einen Dreck um die baskische Politik. Casaus und Diaz wollten Geld. Casaus sass bereits in einem billigen Genfer Hotel. Er hatte ein Nummernkonto eröffnet und dies der Familie von Quini übermittle. Tage später fragte er am Bankschalter schüchtern: «Ist das Geld eingetroffen?» Es war. Doch als Casaus 10 000 Franken abhob und nach Paris verschwinden wollte, schnappte ihn die Polizei. Der gefasste Spanier begriff die Welt nicht mehr: die Schweiz hatte das Bankgeheimnis gelüftet.

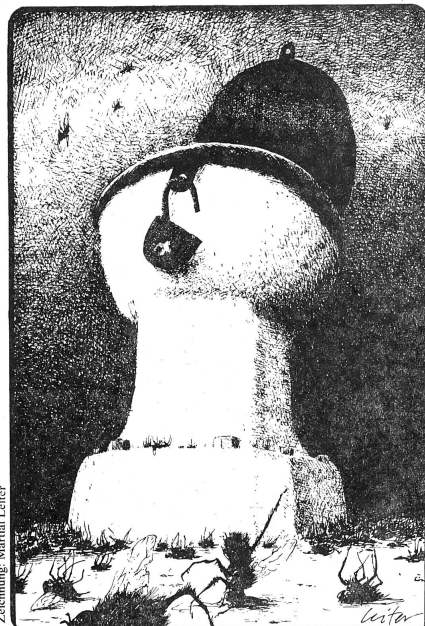
Bricht jetzt eine harte Zeit für die Ganoven an? Werden sich jetzt die Nummernkonti schlagartig leeren? Mühen. Alles bleibt bloss eine Frage des Stils. Ein Beispiel aus Tausenden: Yves Jacquin, einst Steuerprüfer im Sold Frankreichs, später Inhaber eines der grössten Büros der Branche «Steuerberatung» auf dem Platz Paris, war derart gefragt, dass er selbst vom staatlichen Steueramt für besonders delicate Fälle beigezogen wurde. Dass die Grande Nation damit den Wolf zum Schäfer ernannt hatte, ahnte damals niemand. Erst ein Hauskrach bei Y. Jacquin brachte alles an den Tag! Ein Mitarbeiter eröffnete sein eigenes Büro und jagte Jacquin die Kunden ab. Jacquin schaffte Millionen ins Ausland und flog nach Sitten. Dann liess er seinen Ex-Kumpel auffliegen. Frankreichs Prominenz zitterte. Minister und hohe Politiker

Der Fussballer und das Bankgeheimnis

mussten vor Gericht. Unbehelligt verfolgt Yves Jacquin Verhaftungen und Prozesse vom sonnigen Montana-Crans aus; seine in die Schweiz abgeschobenen Gelder legte er in unsern Banken an. Niemand stört sich am Gastinvestor Jacquin, er gehört sozusagen zur Finanzprominenz. Jacquin darf nicht ausgeliefert werden, so wollen es unsere Gesetze.

Gelder von Diktatoren, Waffenschleppern, Devisenschmugglern, Steuerbetrüggern lassen sich auch nicht abweisen. Einem neutralen Land ist der Grundsatz heilig: Man darf sich nicht in andere Hände mischen. Wenn es um das liebe Geld geht, nimmt man die Neutralität pedantisch beim Wort: Die Nato-Staaten erstellen zum Beispiel jährlich eine Liste aller Waren (meist technisches und militärisches Material sowie hochentwickeltes Know-how), die nicht in den Ostblock geliefert werden dürfen. Firmen in der neutralen Schweiz sorgen dafür, dass die Kommunisten auch etwas von den Vorzügen der «freien Marktwirtschaft» bekommen. Und die Zwischenhändler leben fürstlich.

Bei den Entführern aus Saragossa verhält es sich natürlich ganz anders. Elektriker und Mechaniker, die in einem billigen Hotel in Genf absteigen und Sandwiches essen, das fehlt noch! Hier darf man das Bankgeheimnis guten Gewissens lüften. Das hat natürlich nichts damit zu tun, dass der Lösegeldbezahlter bei der Omega Schweiz für 5 Millionen Franken einkauft und mehrere andere Fussballklubs dasselbe in Aussicht stellen.



Zeichnung: Marital Leiter

Schweizerische Utopie: Die Aufhebung des Bankgeheimnisses – für alle

TIP · TIP · TIP ·

Papierfabrik retten

Um die Papierfabrik Stoecklin in Arlesheim BL vor der geplanten Schliessung zu bewahren, soll der Betrieb in eine selbstverwaltete Genossenschaft umgewandelt werden. Es geht aber nicht nur um die Erhaltung von rund 100 Arbeitsplätzen, sondern auch um die Weiterführung der umweltfreundlichen Produktion. Als bisher einzige Firma in der Schweiz stellt die Papierfabrik Stoecklin das Original-Umweltschutzpapier her. Es hat sich nun ein «Förderverein für Umweltschutzpapier und Selbstverwaltung» (FUP) gebildet, der sich für das Gelingen des Genossenschaftsprojekts einsetzt. Wer Fabrikation, Vertrieb und Verkauf von Original-Umweltschutzpapier unterstützen will, ist aufgerufen, dem Förderverein beizutreten. Jährlicher Mitgliederbeitrag mind. 20 Franken.

Interessenten wenden sich an FUP, Postfach 196, 8031 Zürich, PC 80-31 900.

Entwicklung = Befreiung

Ein «entwicklungspolitisches Symposium der Solidarität» findet Ende Mai in Bern statt. Die Organisatoren gehen davon aus, dass sich die Situation in der dritten Welt in den letzten Jahren nicht verbessert, sondern noch verschlimmert hat. Hauptverantwortlich dafür ist die Entwicklungshilfe der industrialisierten Länder, die nur Profitinteressen dient. «Mit dem Symposium wollen wir uns aussprechen über eine eigenständige Position zur herrschenden Entwicklungsdoktrin in unserem Land. Wir verstehen Entwicklung als Prozess der Befreiung», erklären die Initianten des Symposiums, darunter die meisten Drittweitgruppen und Hilfsorganisationen – von Terre des hommes bis zum Nicaragua-Komitee.

Am Symposium interessierte Organisationen und Einzelpersonen melden sich beim Sekretariat: R. Helbling, Haldenstrasse 135, 8055 Zürich, Tel. freitag (01) 33 31 75.

«Wohnen statt Profit»

«Es gibt vorfabrizierte Kaninchenställe, Schlafstuben in blinden Satellitenstädten, in denen du wohnst würdest. Es gibt Häuser, in denen du wohnen möchtest. Also besetzen wir die leerstehenden, zum Abbruch bestimmten Häuser und begreifen damit Hausfriedensbruch...» Mit diesen Worten stellt die Mietergruppe der POB (Progressive Organisationen Basel) ihre neuerschriebene Broschüre zur Wohnungsfrage vor. Sie sei «nicht einfach eine weitere theoretische Darstellung der Wohnsituation im Kapitalismus», sondern ein «Zwischenresultat konkreter Erfahrungen» der Basler Mieterbewegung, heisst es in der Einleitung. Dargestellt wird vor allem die Situation in Basel, aber die 100seitige Dokumentation enthält auch mehrere Kapitel für Hausbesitzer und Mieter in der übrigen Schweiz.

«Wohnen statt Profit» ist erhältlich zu 9.50 Franken in Buchhandlungen oder direkt beim POCH-Verlag, Postfach 539, 8026 Zürich.

Jurafrage ungelöst

Unter diesem Titel ist kürzlich im POCH-Verlag eine Broschüre erschienen: Sie zeigt in einem ersten Teil, wie es zur Spaltung des Juras gekommen ist. Ein zweiter Teil befasst sich mit der gegenwärtigen Situation im Süd-jura. Dabei kommen auch Vertreter autonomistischer Organisationen, die sich gegen den Druck von seiten Berns wehren (insbesondere des PSAS), zu Wort. Ein ausführliches Interview mit Jean-Claude Crevoisier, Nationalrat und Vizepräsident des Rassemblement jurassien, beschäftigt sich im dritten Teil mit der Frage, welche Perspektiven sich im Kampf für die Befreiung des Südjuras auftun. Ferner enthält die Broschüre ein Interview mit der Wirtin des im März 1980 von Pro-Bernern belagerten «Hôtel de l'Ours» in Cortébert, eine Zusammenstellung sämtlicher im Süd-jura aktiver Parteien und Organisationen, einen Beitrag über die freie Fraktion im Berner Grossen Rat und eine Übersicht über die autonomistischen Beizen im Süd-jura.

Zu beziehen bei: POCH-Verlag, Postfach 539, 8026 Zürich (60 S., 5.50 Franken).